



Stenografisches Protokoll der 30. Sitzung - endgültige Fassung* -

2. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 4. März 2015, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, E.300

Vorsitz: Dr. Eva Högl, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

Seite 7

Öffentliche Zeugenvernehmung:

Leitender Kriminaldirektor Dieter Schiffels
(Beweisbeschluss 18(27)46)
Direktorin beim Bundeskriminalamt Dr. Sabine Vogt
(Beweisbeschluss 18(27)47)
Jürgen Hoffmann (Beweisbeschluss 18(27)48)

* Hinweis:

Die Zeugen Leitender Kriminaldirektor Dieter Schiffels, Direktorin beim Bundeskriminalamt Dr. Sabine Vogt und Jürgen Hoffmann haben Einsicht in das Stenografische Protokoll genommen. Die Korrekturwünsche des Zeugen Leitender Kriminaldirektor Dieter Schiffels sind dem Protokoll als Anlage beigefügt. Die Zeugen Dr. Sabine Vogt und Jürgen Hoffmann haben keine Korrekturwünsche übermittelt.



(Beginn: 15.23 Uhr)

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 30. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode. Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest mit Blick nach oben: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Ich begrüße die Öffentlichkeit und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien an dieser Stelle recht herzlich.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, noch ein paar Vorbemerkungen. Bild-, Ton- und Filmaufzeichnungen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Entsprechende Geräte sind abzuschalten. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Wir haben heute einen **einzigen Punkt der Tagesordnung**:

Öffentliche Zeugenvernehmung:

Leitender Kriminaldirektor
Dieter Schiffels
(Beweisbeschluss 18(27)46)
Direktorin beim Bundeskriminalamt
Dr. Sabine Vogt
(Beweisbeschluss 18(27)47)
Jürgen Hoffmann
(Beweisbeschluss 18(27)48)

Ich begrüße Herrn Schiffels, Frau Dr. Vogt und Herrn Hoffmann recht herzlich und heiße Sie herzlich willkommen.

Es folgen jetzt noch einige Vorbemerkungen, und dann werden wir Sie in der genannten Reihenfolge vernehmen. Ich werde Sie gemeinsam belehren, auf die Wahrheitspflicht hinweisen usw., und dann beginnen wir mit Ihrer Vernehmung, Herr Schiffels. Dann folgt die Vernehmung von Frau Dr. Vogt, und als dritter Zeuge folgt dann Herr Hoffmann.

Ich komme zunächst zur Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages. Für den Fall, dass Teile der Vernehmung als Vertraulich oder höher eingestuft werden, weise ich bereits an dieser Stelle auf die Geheimschutzordnung hin. Nach § 7 der Geheimschutzordnung müssen wir eine entsprechende Beschlussfassung herbeiführen, wenn wir eingestuft Vertraulich oder höher tagen. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass, wenn wir Vertraulich oder höher tagen, ein Wechsel des Sitzungssaals erforderlich sein wird. Wir gehen dann in den Sitzungssaal 2.300, den Sitzungssaal des Innenausschusses, hier im Paul-Löbe-Haus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, wenn Vorhalte aus eingestuften Akten gemacht werden, dann ist das nur möglich in einer ebenso eingestuften Sitzung. Grundsätzlich ist es, wie wir das ja hier auch immer machen, sehr sinnvoll, dass wir, wenn wir den Zeugen etwas vorhalten und aus einer Unterlage zitieren, dann auch die MAT-Nummer nennen.

Wir haben es bisher immer so gemacht, dass wir, wenn wir Vertraulich oder höher eingestuft tagen, die Wortprotokollierung grundsätzlich weiterführen. Dagegen gab es bisher nie Einwände. - Ich sehe auch jetzt keine. Dann machen wir eine durchgehende Wortprotokollierung.

Liebe Frau Dr. Vogt, Herr Schiffels, Herr Hoffmann, ich darf Sie jetzt zunächst alle drei gemeinsam belehren, und dann beginnen wir, wie schon gesagt, mit der Vernehmung von Herrn Schiffels.

Sie haben es eben schon gehört. Wir protokollieren, und diese Sitzung wird aufgezeichnet. Das dient ausschließlich dem Zweck, die Stenografen zu unterstützen und die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird später gelöscht. Sie bekommen das Protokoll Ihrer jeweiligen Vernehmung nach Fertigstellung zugestellt und haben anschließend die Möglichkeit, noch Korrekturen und Ergänzungen anzubringen.

Sie sind jeweils mit Schreiben vom 6. Februar 2015 geladen worden, und das Beweisthema ist Ihnen mit dem Untersuchungsauftrag und dem



2. Untersuchungsausschuss

Beweisbeschluss zugegangen. Da Ihnen das bekannt ist - davon gehe ich aus - und auch den Mitgliedern des Ausschusses, verzichte ich darauf, es hier noch einmal zu verlesen.

Wir haben die erforderlichen Aussagegenehmigungen. Die haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Tischvorlage auf Ihren Plätzen.

Ich komme jetzt zur Belehrung. Frau Dr. Vogt, Herr Schiffels und Herr Hoffmann, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung, die im Untersuchungsverfahren sinngemäße Anwendung finden, und den Vorschriften des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages - im Folgenden verwende ich die Abkürzung PUAG - muss ich Sie zunächst belehren. Sie sind als Zeugen verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Wahrheit gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Danach kann derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss un-
eidlich falsch aussagt, gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden. Sie können nach § 22 PUAG die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Personen, die im Sinne des § 52 Absatz 1 Strafprozessordnung Ihre Angehörigen sind, in die Gefahr bringen würde, einer Untersuchung nach gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, dann bitte ich Sie direkt um einen Hinweis, wenn wir bei der Befragung zu einem solchen Komplex kommen, damit wir dann eine entsprechende Einstufung vornehmen können.

Wir machen es hier in der Praxis immer so, dass wir zunächst den öffentlichen Teil machen und alle Fragen, die nur in einem eingestuften Teil möglich sind, dann gesammelt in einem eingestuften Teil stellen, damit wir nicht andauernd den Saal wechseln müssen. Das ist ja auch mit einigem Aufwand verbunden.

Haben Sie zu dem, was ich eben gesagt habe, noch Fragen? - Herr Hoffmann.

Zeuge Jürgen Hoffmann: Das kann ich vielleicht gleich machen. Ich hätte eine Frage, und zwar ist in meiner Aussagegenehmigung darauf hingewiesen, dass bei dem Komplex, zu dem ich aller Wahrscheinlichkeit nach befragt werde, es sich um Angaben handelt aus Akten, die Ihnen vorliegen, die nach dieser Aussagegenehmigung im Wesentlichen in nichtöffentlicher Sitzung nur erörtert werden können. Da sind ja dann Gegenstand Disziplinarmaßnahmen und sonstige Dinge. Da hätte ich schon gerne den Hinweis, was dann in öffentlicher Sitzung aus Ihrer Sicht noch behandelt werden kann und wo man vielleicht in nichtöffentlicher Sitzung einsteigt. Ich für meinen Teil lege diese mir erteilte Aussagegenehmigung eng aus.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank, Herr Hoffmann. Dieser Hinweis ist auch in der Aussagegenehmigung gemacht worden, und die Mitglieder des Ausschusses sind sich vollumfänglich bewusst, dass wir selbstverständlich nur wenig in öffentlicher Sitzung werden erörtern können und das meiste in nichtöffentlicher Sitzung. Wir versuchen natürlich, im Interesse der Öffentlichkeit so viel wie möglich in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Dazu sind wir auch gehalten im Untersuchungsausschuss. Aber uns ist das sehr wohl bewusst, und wir schauen auch sehr genau darauf, inwieweit das von Ihrer Aussagegenehmigung umfasst ist. Wir haben auch immer hier, in Ihrem Rücken sitzend, aber ausschließlich unterstützend, den strengen Blick der Bundesregierung darauf. Hier werden also keine Fragen in öffentlicher Sitzung gestellt, die eigentlich in eine eingestufte Sitzung gehören. Einverstanden so weit? - Gut. Dann haben wir das auch noch erörtert. Ich gehe davon aus, dass Sie zu dem Gesagten keine weiteren Fragen haben.



2. Untersuchungsausschuss

Ich darf Ihnen noch kurz den Ablauf vorstellen. Ich habe ja eben schon gesagt, dass wir Sie in der genannten Reihenfolge befragen. Sie haben nach § 24 Absatz 4 PUAG jeweils zu Beginn Ihrer Vernehmung zur Sache Gelegenheit, uns im Zusammenhang das vorzutragen, was Ihnen vom Gegenstand unseres Untersuchungsauftrages und des Beweisthemas, zu dem Sie geladen sind, bekannt ist. Danach erhalten die Mitglieder des Untersuchungsausschusses das Wort für Nachfragen. Das geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Soweit die notwendigen Vorbemerkungen und Belehrungen. Wenn es keine Fragen gibt, darf ich Sie, Frau Dr. Vogt, und Sie, Herr Hoffmann, bitten, noch einmal wieder in den Zeugenraum zu gehen. Wir rufen Sie nachher wieder hierher und beginnen mit Herrn Schiffels.



**Vernehmung des Zeugen
Dieter Schiffels**

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Lieber Herr Schiffels, jetzt beginnen wir mit Ihnen. Sie sind Leitender Kriminaldirektor. Ich habe Ihnen den Gegenstand der Vernehmung erläutert, ich habe Sie zur Wahrheit ermahnt, ich habe Sie belehrt, und wir kommen jetzt zunächst zur Vernehmung zur Person. Bitte seien Sie so freundlich und nennen Sie uns Ihren Namen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Dienstort.

Zeuge Dieter Schiffels: Mein Name ist Dieter Schiffels. Ich bin 57 Jahre alt und Leitender Kriminaldirektor im Bundeskriminalamt Wiesbaden.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zur Vernehmung zur Sache. Ich hatte Ihnen ja eben schon gesagt, dass Sie die Gelegenheit haben, jetzt im Zusammenhang vorzutragen. Ich erteile Ihnen sehr gern dafür das Wort.

Zeuge Dieter Schiffels: Vielen Dank. - Ich habe kein Eingangsstatement in dem Sinne. Ich möchte nur ein paar Ausführungen machen zu meiner dienstlichen Funktion und zu meinem Aufgabenbereich. Ich bin seit 1. Oktober 2011 der Leiter der Gruppe SO 1 - die heißt „Gewalt und Schwerekriminalität“ - in der Abteilung SO. Zu dieser Gruppe SO 1 gehört auch das Referat SO 12. Das ist mir nachgeordnet, sodass ich auch zum Zeitraum der Operation „Selm“ der zuständige fachliche Gruppenleiter war. Was ich feststellen möchte vorab, ist, dass ich mit der Bearbeitung der dienstrechtlichen Angelegenheit, was den Beamten X betrifft, nicht befasst war.

Vielleicht noch eine ergänzende Angabe, was den Bereich SO 12 betrifft: Ich war in den Jahren 2004 bis 2011 in einer anderen Abteilung tätig und war in den Jahren 2003/2004 Referatsleiter in dem Referat - das hieß damals noch anders in einer anderen Organisationsform -, in dem auch damals das Sachgebiet „Sexuelle Straftaten zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen“ angegliedert war. - Das vorab zu meinem Aufgabenbereich.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herzlichen Dank, Herr Schiffels. - Ich stelle dann zunächst noch ein paar Fragen, und dann kommen die Fraktionen. Vielleicht könnten Sie so freundlich sein, uns noch mal - Sie haben ja geschildert, seit wann Sie der Leiter sind und wie das war - Ihre Aufgaben als Leiter von SO 1 etwas konkreter zu beschreiben. Wie genau sind Sie mit den einzelnen Sachverhalten, zu denen ich gleich auch noch komme, befasst als Leiter von SO 1? Was gehört zu Ihren Aufgaben? Wo schauen Sie drauf? Was machen die Sachbearbeiter? Was kriegen Sie gar nicht zu Gesicht? Das wäre für uns hilfreich, wenn Sie uns das noch mal darlegen.

Zeuge Dieter Schiffels: Letztendlich kann man das aufteilen in fachliche Aspekte und Personalführung. Was Personalführung betrifft, ich denke, das muss man nicht weiter erläutern, was halt eben dort Gegenstand ist: Personaleinsatz, Personalgewinnung jetzt nicht im direkten Sinne, aber Prüfung, wer für die Gruppe SO 1 geeignet ist. Das gilt natürlich auch für das Referat SO 12 umso mehr, wobei die direkte Personalauswahl für die Kolleginnen und Kollegen dann durch die Referatsleitung erfolgt. Was fachliche Aufgaben betrifft, ist es natürlich nicht so, dass ich jetzt der Experte bin im Bereich Kinderpornografie. Das ist auch nicht meine Aufgabe. Es gibt auch weitere Bereiche in meiner Gruppe wie die Bereiche Menschenhandel, Schleusungskriminalität, Waffenkriminalität. Da verhält es sich natürlich ähnlich, dass man nicht in allen Verästelungen drinsteckt, aber natürlich einen guten fachlichen Überblick über den Bereich haben muss.

Was wesentliche Aufgaben betrifft, die in den Referaten wahrgenommen werden, wird mir das regelmäßig vorgetragen. Wir haben Gruppenbesprechungen einmal die Woche, in denen die Referatsleiter und Referatsleiterinnen dann Gelegenheit haben, zu den Aufgaben, Tätigkeiten, aktuellen Operationen vorzutragen, die für die Gruppe von Belang sind, weil ich natürlich auch eingebunden bin in die Abteilung SO, sodass ich natürlich auch aus Referaten der Gruppe in der, wie das bei uns heißt, Präsenzlage bei der Frau Dr. Vogt berichte. Von besonderem Interesse sind das natürlich dann Sachverhalte, die für die Abteilung von Belang sind, oder im Einzelfall natür-



2. Untersuchungsausschuss

lich auch, wenn Führungsinformationen geschrieben werden oder ich das für erforderlich erachte oder der Referatsleiter, die für die Amtsleitung gefertigt werden, also wenn das Aspekte sind, die auch für die Amtsleitung BKA von Bedeutung sind.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Schiffels, dann komme ich mal direkt zur Operation „Selm“, die uns hier ja interessiert und vom unserem Untersuchungsgegenstand umfasst ist. Können Sie uns mal beschreiben, wie Sie damit befasst waren, also wie Sie davon erfahren haben und bei welchen Bearbeitungsschritten Sie mit der OP „Selm“ auch Entscheidungen getroffen haben oder was Sie veranlasst haben.

Zeuge Dieter Schiffels: Also, der erste wesentliche Punkt - das war Ende Januar 2012 - war die Feststellung des Beamten X in dieser Kundenliste der Firma Azov. Der Referatsleiter SO 12 ist damals zu mir gekommen mit einer Sachbearbeiterin, mit Frau Wiegand, und hat mir mitgeteilt, dass man im Rahmen der Fallbearbeitung festgestellt hat, dass sich auf dieser Kundenliste ein Beamter des Bundeskriminalamtes befindet. Dann sind auch nähere Erläuterungen dazu gemacht worden, sehr grob allerdings nur zu diesem Zeitpunkt, wo denn diese Informationen herkommen, was Gegenstand oder Umfang dieser Kundenliste ist, sehr grob allerdings nur. Ich habe dann ganz konkret nachgefragt, ob wir sicher sind, dass es sich bei der Person, die benannt wurde, der Beamte X, auch wirklich um ihn handelt, um da auch zu belastbaren Informationen zu kommen, weil natürlich von großer Bedeutung war, mit diesem Sachverhalt sehr angemessen umzugehen. Das ist mir dann auch dargelegt worden vom Referatsleiter SO 12, von Herrn Hoppe, und auch von Frau Wiegand, wie denn die kriminalpolizeilichen Feststellungen dazu waren.

Der nächste Komplex war dann die Frage: Liegt straffbares Material vor? Da sind dann auch entsprechend Aussagen dazu getätigt worden. Ganz genau konnte man sich nicht festlegen. Es wurde von grenzwertigem Material zu diesem Zeitpunkt gesprochen, was natürlich dann insbesondere auch die Möglichkeit nahelegt: Das ist straffbares Material.

Das war so der erste Punkt gewesen. Wir haben zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Detail über den Hintergrund gesprochen, wo denn diese Kundenliste herkommt. Ich weiß noch, dass Frau Wiegand bereits einen Vermerk dabei hatte, weil ich habe mir das dann auch zeigen lassen in diesem Sachverhaltsvermerk, der zu dem Beamten X geschrieben wurde. Ja, nach diesem Sachvortrag dazu habe ich dann direkt danach im Beisein von Herrn Hoppe meinen damaligen Abteilungsleiter unterrichtet. Das war Herr Henzler. Das war so der erste wesentliche Punkt gewesen. - Soll ich dazu fortfahren?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Fahren Sie gerne fort, was Sie dazu noch sagen möchten, und dann stelle ich noch eine Frage.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, gerne. - Ich habe Herrn Henzler dazu unterrichtet. Und dann war natürlich die Frage zu erörtern: Wie geht es weiter? Was natürlich die Feststellung war, was für solche Sachverhalte immer der eingeschlagene Weg ist, dass die Amtsleitung unterrichtet wird und natürlich dann in der Folge es wahrscheinlich so sein wird, dass bei uns das zuständige Fachreferat Geheimschutz, ZD 25, diesen Fall übernimmt bzw. was die dienstrechtlichen Aspekte betrifft, aber auch die weitere Fallbearbeitung von dort erfolgt. Dazu konnten aber jetzt noch keine Festlegungen getroffen werden, sondern Herr Henzler hat dann mitgeteilt, dass er das mit der Amtsleitung besprechen wird. Das ist dann auch erfolgt. Er hat dann eine Rückmeldung gegeben an mich. Das war am Montag, dem 30., dass das mit dem Präsidenten abgestimmt wurde und der Präsident damit einverstanden ist, dass dieser Weg beschritten wird, also ZD 25 einschalten. Demzufolge hat dann auch eine Besprechung stattgefunden mit Herrn Spaniol am Morgen des 30. Januar. Da waren Herr Hoppe und ich bei Herrn Spaniol gewesen. Da war noch ein Mitarbeiter dabei, glaube ich, von Herrn Spaniol. Wir haben dann die vorliegenden Informationen dort vorgestellt und den Vermerk übergeben, den die Frau Wiegand geschrieben hatte. Insoweit ist dann auch erörtert worden: Wie könnte es weitergehen? Wie sollte es weitergehen? Da, glaube ich, hat Herr Hoppe auch noch mal dargelegt, dass wir zu diesem Zeitpunkt auch noch keine Staatsanwalt-



2. Untersuchungsausschuss

schaft hatten, was diesen späteren Gesamtkomplex OP „Selm“ betrifft, und es naheliegend war, die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft für den Wohnort des Beamten X mit diesen Ermittlungen zu betrauen bzw. den Fall an diese Staatsanwaltschaft zu übergeben. Das war Gegenstand dieser Erörterung.

Ich kann mich noch erinnern: Danach habe ich den Vizepräsidenten Stock unterrichtet über das Ergebnis der Besprechung mit ZD 25, und er hat das dann auch so zur Kenntnis genommen, hat auch der Vorgehensweise zugestimmt, weil ich weiß, der Präsident war zu dem Zeitpunkt dann mit Herrn Henzler auf Dienstreise, ich glaube, auf Auslandsdienstreise. Auf jeden Fall war das jetzt mit der Amtsleitung abgestimmt. An der Stelle hat der Vorgang dann zunächst mal für mich, was die Unterrichtung der Amtsleitung betrifft, ein Ende gehabt.

Ich weiß dann von Herrn Hoppe, dass ein Termin ausgemacht wurde mit der StA Mainz, der dann auch stattgefunden hat am 1. Februar 2012. Herr Hoppe hat mich dann danach unterrichtet, dass diese Besprechung stattgefunden hat mit der StA Mainz, der Vermerk übergeben wurde und jetzt natürlich als weiterer Ansprechpartner für diesen Vorgang ZD 25 zur Verfügung steht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank, Herr Schiffels. - Ich hätte noch mal zwei Fragen zur Operation „Selm“ ganz grundsätzlich. Sie haben gesagt, Sie haben durch den Sachverhalt des Beamten X von dieser Operation überhaupt erfahren. Das heißt, ich halte fest: Sie hatten vorher von der Operation keine Kenntnis, sondern haben das anlässlich dieses Sachverhaltes erfahren. - Da frage ich noch mal ganz kurz nach. Können Sie uns sagen, was für eine Priorität Ihrer Ansicht nach die Operation „Selm“ innerhalb des Referates SO 12 hatte?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, das muss man natürlich dann in den Gesamtkontext der Aufgaben des Referates SO 12 stellen, und ich denke, das ist auch schon dargelegt worden. Wir haben es hier mit einer sehr großen Arbeitslast zu tun, die monatlich hier auf die Schreibtische kommt. Es gibt ja vielfältige Hinweise, Informationen, die

dem Bundeskriminalamt zugehen, ca. 1 300 Hinweise pro Monat aus verschiedenen Quellen über Verbreitung von Kinderpornografie. Demzufolge muss natürlich auch eine sinnvolle Priorisierung erfolgen, und das Ganze steht immer unter dieser ersten Priorität, dass Informationen gescreent werden, gesichtet werden, Erstsichtungen vorgenommen werden, ob sich hier Informationen darunter befinden, dass wir es mit einem anhaltenen sexuellen Missbrauch zu tun haben. Also Priorität, sexueller Missbrauch feststellen, beenden, Strafverfolgung einleiten; das hat, wie gesagt, höchste Priorität. Es gibt noch weitere Fallkonstellationen. Also auch Flüchtigkeit von Daten spielt eine große Rolle. Es wird immer dann priorisiert. Es gab so eine Operation „Downfall“, wo IP-Adressen dann gekommen sind, die man zügigst oder sehr schnell bei den Providern abfragen muss aufgrund der fehlenden Speicherfristen. Insofern werden dort Prioritäten gelegt.

Was die Operation „Selm“ betrifft, hat sich das dann, auch durch die entsprechenden Arbeiten, die im Rahmen der Vorbereitung der OP „Selm“ und dann im Rahmen der Sachbearbeitung getroffen wurden, festgestellt: Es ist ein Kundenverfahren letztendlich. Wir haben es hier mit einer großen Liste von Personen zu tun, die bei der Firma Azov Material bestellt, gekauft haben. In dem Zusammenhang ist dann natürlich wichtig, ob zu diesem Zeitpunkt dann auch Informationen vorliegen, ob es hier anhaltende sexuelle Missbräuche gibt. Das war zu dem Zeitpunkt nicht der Fall. Das bedeutet, dass die Priorität eigentlich eines solchen Komplexes dann nicht die höchste ist und im Rahmen der Arbeiten, die auch ansonsten im Referat durchgeführt werden, einge-reiht wird, wobei jetzt die Besonderheit natürlich bei „Selm“ die schiere Quantität an Material war, was die kanadischen Behörden zur Verfügung gestellt haben, sowohl was die Filme und Fotos betrifft, aber auch die reinen Fachinformationen, die Kundenliste an sich, sodass dann später hier auch eine personelle Freistellung, wie das von SO 12 genannt wird, erfolgt ist, also die beiden Sachbearbeiterinnen sich nur noch dieses Falles angenommen haben.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das heißt, Herr Schiffels, es ist auch völlig üblich, dass so eine aus Sicht von SO 12 nichtpriorisierte Operation, wie



2. Untersuchungsausschuss

es die Operation „Selm“ war - das soll jetzt überhaupt keine Kritik sein -, Ihnen auch nicht vorge-
tragen wird, sondern dann erst anlässlich einer
Besonderheit, die aufgetaucht ist, Sie davon
Kenntnis erlangen. Das ist üblich, dass dann erst
Ihnen als Gruppenleiter das so vorgetragen wird.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja. Das war in dem Fall
auch so gewesen. Also im Rahmen der Folgear-
beiten, die ja dann durchgeführt wurden über das
Jahr 2012 hin, hat sich ja dann die Gesamtdimen-
sion überhaupt erst mal erschlossen: Mit was ha-
ben wir es hier zu tun? Natürlich wurde auch
später dann ein Verfahren eingeleitet bei der Ge-
neralstaatsanwaltschaft Frankfurt, bei der ZIT in
Gießen. Das war dann auch so ein Punkt gewe-
sen, der später dann auch zusammenfassend mal
festgehalten wurde in der Führungsinformation
Nr. 1 aus dem November 2012, um mal nicht nur
der Abteilungsleitung, sondern auch der Amtslei-
tung anzuzeigen: Wir haben es hier mit einem
großen Komplex zu tun, einem erneut großen
Komplex. - Solche Führungsinformationen wur-
den auch schon bei vorhergehenden Operationen
wie zum Beispiel „Tornado“ geschrieben, um
den Fall dann hier auch entsprechend mal anzu-
zeigen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nachdem der Fall des
Beamten X aufgetaucht ist im Zusammenhang
mit der Operation „Selm“, haben Sie sich dann
fortlaufend informieren lassen über den Fortgang
der Operation? Oder war das, nachdem der Kom-
plex des Beamten X erledigt war, dann auch für
Sie keine Notwendigkeit, über den Fortgang der
Operation „Selm“ informiert zu werden?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, das hatte zunächst
mal an der Stelle aufgehört, weil wir den Fall ja
abgegeben hatten und jetzt auch noch nicht klar
war - das hatte ich eben schon mal erwähnt -:
Was ist die Dimension des Ganzen, was aus Ka-
nada gekommen ist? Insoweit habe ich noch gut
in Erinnerung, dass im Sommer 2012 dann Herr
Hoppe mal in einer Gruppenbesprechung mitge-
teilt hat: Ja, wir haben jetzt ein Ermittlungsver-
fahren eingeleitet. Wir haben Personal freige-
stellt. - Solche Informationen sind mir dann zu-
gegeben worden, und, ich glaube, ich habe dann

auch noch darum gebeten, dann einige Zeit spä-
ter: Da schreiben wir jetzt mal eine Führungs-
information dazu.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Schauen Sie sich als
Gruppenleiter eigentlich auch die Beweismittel
mal an? Jetzt gar nicht mal die Frage, ob Sie das
bei der Operation „Selm“ gemacht haben, son-
dern generell. Gucken Sie sich das auch mal an,
das Material?

Zeuge Dieter Schiffels: Im Regelfall nicht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das heißt, da ver-
trauen Sie auch der Einschätzung der Kollegin-
nen und Kollegen aus dem Referat SO 12.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja. Es gibt auch keinen
fachlichen Bedarf, dass ich mir das ansehe, um
da meine auch nicht so tiefe Expertise dann ein-
zubringen, was die Kategorisierung von Bildern
betrifft.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Da gibt es ja den ge-
schützten Raum, in dem die Bilder, das ganze
Material angeschaut wird. Haben Sie Zugang zu
diesem Raum?

Zeuge Dieter Schiffels: Wenn ich diesen Raum
betreten möchte, würde mir das bestimmt gestat-
tet werden.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Aber Sie haben keinen
eigenen Zugang. Das heißt, Sie müssten dann bei
SO 12 nachfragen, ob Sie in diesen Raum kön-
nen, -

Zeuge Dieter Schiffels: Genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: - und dann könnten
Sie sich Bildmaterial anschauen.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann meine Frage zur
Operation „Selm“, und zwar zu der Pressemittei-
lung der kanadischen Polizei. Das ist ja auch er-
örtert worden, auch mit dem BKA und innerhalb
des BKA, im November 2013, wie sinnvoll oder
nicht sinnvoll das ist, dass die kanadische Polizei
an die Öffentlichkeit geht. Waren Sie mit diesem



2. Untersuchungsausschuss

Thema - Pressekonferenz der kanadischen Polizei, damit einhergehende Information der Öffentlichkeit - auch befasst?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, ich weiß, dass Herr Hoppe das damals vorgetragen hat, dass die kanadischen Behörden beabsichtigen, eine Presseerklärung oder eine Pressekonferenz zu der Gesamtoperation „Selm“ durchzuführen. Das war ja im November 2013 gewesen, ich glaube, 14.11., und insoweit hatten wir natürlich kein großes Interesse, dass diese Presseerklärung durchgeführt wird. Ich weiß aber - das ist mir dann auch berichtet worden -, dass wir wohl erreichen konnten, dass die kanadischen Behörden Deutschland nicht erwähnen als Teil der Gesamtoperation. Ich weiß, in der Presseerklärung ist davon gesprochen worden, dass über 50 oder 100 Staaten weltweit beteiligt waren. Das Stichwort „Deutschland“ konkret ist nicht benannt worden. Ich glaube, mehr war aber an der Stelle nicht zu begründen an kanadischer Seite. Ich glaube, die RCMP war da mit ihrer Operation so weit am Ende, dass sie das auch dann pressewirksam an die Öffentlichkeit geben wollten. Ich weiß, wir haben auch der Amtsleitung berichtet zu dieser angekündigten Pressekonferenz, dass das am, ich glaube, 14.11. stattfinden soll. Es ist also eine schriftliche Berichterstattung an die Amtsleitung erfolgt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Schiffels, ist die Operation „Selm“ eigentlich mittlerweile abgeschlossen, oder läuft die noch?

Zeuge Dieter Schiffels: Die ist von BKA-Seite so weit abgeschlossen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann habe ich jetzt eine Frage zu dem Komplex Sebastian Edathy. Können Sie uns bitte schildern, wie Sie darüber informiert wurden, dass der Name des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy sich auf der Kundenliste von Azov Films befindet?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, das war eigentlich, wie schon in dem ersten Fall, Beamter X, so gewesen: Herr Hoppe kam zu mir ins Zimmer und hat mir dann berichtet, dass Herr Edathy sich auf dieser Kundenliste befindet. Auch hier sind dann

wieder diese beiden Fragestellungen relevant geworden, die ich eben schon mal erwähnt habe: Ist das, was die Person betrifft, eine wirkliche Identifizierung? Handelt es sich um den Abgeordneten Edathy? Sind andere Möglichkeiten gegeben, dass diese Personendaten missbraucht werden? - Also die üblichen Fragen, die man dann so stellt. Das ist entsprechend verneint worden, auch im Hinblick darauf, dass durch die Rückmeldung der Polizeiinspektion in Nienburg jetzt diese Bestätigung erfolgt ist: Ja, es handelt sich um den Abgeordneten Edathy. - Eine andere Frage war dann gewesen: Was für ein Material ist das? Um welches Material geht es? - Dazu ist dann diese Aussage erfolgt: Ja, das ist sogenanntes Kategorie-2-Material, nicht strafbar.

Herr Hoppe hat dann noch mal vorgetragen, wie die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt solche Fälle rechtlich einstuft und auch behandelt, nämlich dermaßen, dass man hier auch einen Anfangsverdacht für weitere Ermittlungen sieht, aber letztendlich bei dieser Fallgruppe keine eigenen Durchsuchungsbeschlüsse beim Amtsgericht beantragt, sondern die Akten an die örtliche zuständige StA zur weiteren Bearbeitung abgibt. Das war die Information.

Ich habe dann Frau Dr. Vogt angerufen, unmittelbar danach, auch direkt im Beisein von Herrn Hoppe. Frau Vogt war auf Auslandsdienstreife zu diesem Zeitpunkt. Es war ein Gespräch über Mobiltelefon, und ich habe ihr den Namen am Telefon nicht gesagt. Es ging nur um die - - Ich habe ihr gesagt: Es ist ein Abgeordneter, der hier festgestellt wurde, und natürlich der Bedarf besteht, zügigst die Amtsleitung zu informieren. - Wir sind dann so verblieben, dass ich Herrn Henzler anrufe, Vizepräsident Henzler, was ich dann auch gemacht habe. Ich habe ihm dann diese Information zugegeben, wie ich eben erwähnt habe, und Herr Henzler hat dann um Feststellung gebeten, dann auch um Mitteilung an ihn, wie die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt gedenkt, mit diesem Fall umzugehen, also: Was ist die Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt?

Insoweit ist dann zwischendurch auch noch mal eine kurze Zeit später eine Abstimmung erfolgt -



2. Untersuchungsausschuss

ich glaube, von Frau Greiner - mit dem sachbearbeitenden Staatsanwalt, der dann mitgeteilt hat, er, der sachbearbeitende Staatsanwalt, beabsichtigt, den Fall an die Generalstaatsanwaltschaft Celle abzugeben. Dazu müsse er sich aber mit seiner Behördenleitung abstimmen. Er hat wohl einen Rückruf für den nächsten Tag, also 16. Oktober, zugesagt. Das habe ich dann Herrn Henzler wieder zugegeben als Information, und er hat dann darum gebeten, dass vorbereitet wird eine Präsentation für den Präsidenten, für Herrn Ziercke, am nächsten Tag. Die Mitteilung war: Er ist sowieso am Standort W 3, wie das heißt, wo wir uns in Wiesbaden befinden, und dann sollte ein Termin mit ihm dann durchgeführt werden, um ihm das zu präsentieren. Das ist dann auch erfolgt, also am Vormittag des 16. Oktober.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sagte Ihnen der Name Sebastian Edathy was, als Sie das erfahren haben von Herrn Hoppe?

Zeuge Dieter Schiffels: Der Name hat mir natürlich was gesagt. Ich wusste auch: Ja, das ist der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses. Also, mir war das sofort präsent.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Kennen Sie auch den Bundestagsabgeordneten Michael Hartmann?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich weiß auch, wer Herr Hartmann ist als Abgeordneter. Ich habe ihn persönlich nie getroffen, außer dass ich mal im gleichen Raum mit ihm war in der BKA-Herbsttagung. Aber da sind ja viele Leute. Ein persönliches Gespräch hatte ich weder mit Herrn Hartmann noch mit Herrn Edathy.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sie haben uns ja geschildert, dass Sie Frau Dr. Vogt angerufen haben und Herrn Henzler. Haben Sie mit weiteren Personen innerhalb des Bundeskriminalamtes oder darüber hinaus über diesen Sachverhalt Sebastian Edathy gesprochen?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein. Also es betrifft beide Fälle. Was natürlich besonders wichtig war, war Geheimhaltung. Schon beim Beamten X - das will ich deutlich sagen - war mir sofort bewusst: Das muss höchst sensibel bearbeitet werden. Es muss schnell gehen, also was die Bearbeitung des

Falles durch die Kolleginnen und Kollegen betrifft, die mir nachgeordnet sind, und die Information muss fließen an die zuständigen Vorgesetzten. - Das ist auch passiert. Ich habe, was den Fall Beamter X betrifft, auch den Fall Abgeordneter Edathy, mit niemand darüber gesprochen. Es war auch vereinbart worden, auch angeordnet worden, dann auch bei dem Termin mit dem Präsidenten Ziercke am 16. Oktober: Die Information bleibt in dem Kreis der Sachbearbeiter, Führungsbeamten, die jetzt da eingebunden sind.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Waren Sie selbst bei dem Briefing dabei, oder haben Sie das nur vorbereitet, und wenn Sie dabei waren, können Sie uns mal schildern, wie das abgelaufen ist? Ich meine jetzt den Vormittag des 16., das Briefing des Präsidenten.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, da war ich dabei.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann schildern Sie uns doch bitte mal, wie das ablief.

Zeuge Dieter Schiffels: Das war konkret so gewesen, dass Frau Greiner, eine der beiden Sachbearbeiterinnen der OP „Selm“, Herrn Ziercke über die Feststellung des Abgeordneten unterrichtet hat. Sie hatte auch einen Vermerk mit dabei, also die Sachinformationen, die sie hatte. Es bestand dann auch die Gelegenheit - - oder Herr Ziercke hat auch konkret nachgefragt wiederum zur Frage der Identifizierung, wie wir auf ihn gekommen sind. Das hat Frau Greiner dann alles erwähnt. Auch die Frage des Materials - Kategorie 1, Kategorie 2 - ist erörtert worden, ist ihm dargelegt worden. Das war so der Gegenstand dieser knapp einstündigen - - Eine Dreiviertelstunde, maximal eine Stunde hat das gedauert, die Besprechung.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ist dabei darüber gesprochen worden, dass Herr Ziercke diesen Sachverhalt an das Bundesministerium des Innern berichten wird?

Zeuge Dieter Schiffels: Das weiß ich jetzt im Detail nicht mehr. Aber wir haben bereits am 16.10., glaube ich, den Auftrag bekommen, einen Entwurf zu fertigen für einen BMI-Bericht, sodass ich jetzt nicht mehr weiß, ob er den Auftrag direkt gegeben hat, diesen Entwurf zu schreiben.



2. Untersuchungsausschuss

Aber es war auf jeden Fall, glaube ich, am 16., weil da haben schon die ersten Vorbereitungsarbeiten stattgefunden. Ich glaube, der Entwurf ist auch bereits am 16. an LS gegangen, also an den Führungsstab. Ich weiß, am 17. Oktober ist er ans BMI übermittelt worden durch LS. Also muss in diesem Zeitfenster auch dieser Auftrag gekommen sein von der Amtsleitung, das BMI zu unterrichten.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Jetzt interessieren mich noch mal die wesentlichen Schritte danach. Sie haben sich ja sicherlich fortlaufend informieren lassen. Können Sie uns das noch mal schildern, nach dem 16./17. Oktober? Wie ist es dann weitergegangen mit dem Sachverhalt? Über was wurden Sie auch informiert, was veranlasst wurde?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, die weiteren Informationen, die dann kamen, waren im Wesentlichen von SO 12, immer aus Anlass von Kontakten der Sachbearbeitung mit der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt bzw. der Staatsanwaltschaft Hannover. Zum Beispiel gab es die nächste Information am 26.11. Da hat sich, glaube ich, Herr Oberstaatsanwalt Klinge gemeldet bei Frau Greiner und hat sich als sachbearbeitender Staatsanwalt in dem Fall Edathy vorgestellt. Dort sind dann Dinge besprochen worden, wie das alles - - Er hat, glaube ich, konkret darum gebeten, alle Akten von Personen mit Kategorie 2 aus Niedersachsen der Staatsanwaltschaft Hannover zuzustellen, weil alle gleichermaßen, in einem Paket quasi, dort entschieden und bearbeitet werden sollten. Diese Akten sind dann auch erstellt worden gemäß Abstimmung mit der Generalstaatsanwaltschaft. Ich glaube, dann am 6. Dezember hat Herr Klinge dann noch mal angerufen und hat um dringende Übermittlung der Niedersachsen-Vorgänge gebeten, weil sich bei ihm ein Anwalt oder der Anwalt des Abgeordneten Edathy gemeldet hätte und nachgefragt habe, ob es Informationen dazu gibt oder ein Verfahren gegen Herrn Edathy geführt wird wegen kinderpornografischen Materials. Das war am 06.12.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Darf ich mal ganz kurz einhaken, Herr Schiffels? - Wussten Sie auch, dass die Sachbearbeiterinnen von SO 12 ihrer-

seits bei der Staatsanwaltschaft Hannover nachgefragt haben und sich erkundigt haben, wie der Stand der Dinge ist?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, ich habe dann gesehen - - Es gab ja noch im Januar zwei Kontakte. Das waren dann aktive Nachfragen von Frau Greiner gewesen bei der StA Hannover, ich glaube, am 21. Januar und noch mal Ende, 31.01. Das ist auf Bitten von LS erfolgt. Nach meinem Stand war es so gewesen, dass der Leiter LS bei Herrn Theissig angerufen hatte - der war Referent bei SO 12 - und um Feststellung gebeten hatte oder um Mitteilung gebeten hatte: Wie ist es weitergegangen in dem Fall? - Frau Greiner hat dazu dann diese Anrufe bei Herrn Klinge getätigt und das dann auch verschriftlicht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Hat Frau Greiner Sie darüber damals informiert direkt, dass sie diesen Kontakt mit der Staatsanwaltschaft Hannover gesucht hat auf Bitten von LS?

Zeuge Dieter Schiffels: Das ist mir so berichtet worden, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Kannten Sie die Motivation von LS, oder haben Sie sich darüber Gedanken gemacht, was der Hintergrund ist?

Zeuge Dieter Schiffels: Für mich war das nicht weiter zu hinterfragen, weil es naturgemäß so ist, wenn ein Abgeordneter wie Herr Edathy hier als Kunde, Tatverdächtiger in einem solchen Fall festgestellt wird, dass Interesse besteht, wie das in diesem konkreten Fall weitergeht. Ansonsten habe ich mir dazu keine besonderen Gedanken gemacht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich habe noch eine letzte Frage, und zwar: Die gesamte Bearbeitung des Sachverhalts Sebastian Edathy, wick die in irgendeiner Art und Weise von der üblichen Bearbeitung ab? Also gab es irgendwas, was nicht so war, wie es hätte sein sollen, oder was anders war als in anderen Fällen, jetzt mal abgesehen von der Tatsache, dass sich es sich um einen Bundestagsabgeordneten handelt, aber was gravierend anders war?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Dieter Schiffels: Im Großen und Ganzen eigentlich nicht. Umfangsverfahren, wie sie heißen, auch die Operation „Selm“, kommen zwar nicht so häufig vor, aber immer wieder, im schlimmsten Fall gleichzeitig, gleichzeitige große Umfangsverfahren, was sehr belastend ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gibt auch dazu ein bundesweit abgestimmtes Verfahren zur Bearbeitung von Umfangsverfahren. Das ist zwischen Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern, den Ansprechstellen, abgestimmt, und danach wird auch verfahren. Das ist also ein sinnvolles, festgelegtes Prozedere, wie man solche Umfangsverfahren aufgrund der Quantität abarbeiten kann. Insoweit hat es, denke ich mal, bei der Operation „Selm“ jetzt keine wesentlichen Besonderheiten gegeben.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank. Soweit erst mal meine Fragen. - Jetzt sind die Fraktionen dran, und es beginnt Herr Tempel für die Fraktion Die Linke. Bitte sehr.

Frank Tempel (DIE LINKE): Danke schön. - Bevor ich auch chronologisch mal einsteige, möchte ich bei einer Sache kurz nachhaken, die gerade angesprochen wurde. Wenn bei der Staatsanwaltschaft noch mal nachgefragt wird zu dem Verfahrensstand, ist das üblich? Wir haben ja hier ein Verfahren mit fast 800 Namen verschiedener Kategorien. Ist das üblich, dass nachgefragt wird? Ist das vom Aufgabenfeld des Bundeskriminalamtes gedeckt bei Verfahren, die bereits abgegeben wurden an die Staatsanwaltschaft, noch mal nachzufragen, wie da der Bearbeitungsstand ist?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, also, ich würde es jetzt nicht als ungewöhnlich beschreiben. Für mich hat sich die konkrete Frage auch nicht gestellt, weil aufgrund der besonderen Sensibilität jetzt, die durch die Feststellung dieses Tatverdächtigen dann auch aufgetreten ist, für mich schon dann nachvollziehbar war, dass Fragen gestellt werden, wie es in diesem konkreten Fall dann weitergeht.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja, also eine gewisse Neugier, weil es was Besonderes ist, verstehe ich. Ist es vom Aufgabenbereich des Bundeskriminalamtes abgedeckt, wenn man noch mal nachfragt

bei Vorgängen, die bereits an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurden? Es geht hier ja nicht darum - - Bestimmte Sachen sind ja menschlich verständlich, aber wir sollen gucken: Wo sind eventuell auch Regelungsbedarfe, um bestimmte Sachen auch in der Wiederholung zu vermeiden? Deswegen noch mal die Frage: Ist es vom grundsätzlichen Aufgabenbereich des BKA abgedeckt, bei bereits abgegebenen Verfahren nochmals nachzuhaken, wie weit denn der Bearbeitungsstand bei der jeweiligen Staatsanwaltschaft ist?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, das gibt es auch in anderen Ermittlungsverfahren, die das BKA führt, dass noch mal mit der Staatsanwaltschaft gesprochen wird.

Frank Tempel (DIE LINKE): Dass es das gibt, weiß ich. Ist es vom Aufgabenumfeld des BKA abgedeckt, wenn die Verfahren abgegeben wurden an die Staatsanwaltschaft, da noch mal weiter nachzufragen? Dann müsste es ja auch Regelfall in anderen Verfahren sein. Oder ist das nur etwas, dass es bewegt - - Wir haben ja auch den Umstand beim Beamten X, dass viele Kollegen, was verständlich ist, wenn da Gerüchte im Umlauf sind - „Hier hat was einen Kollegen aus der Führungsebene betroffen“ -, mal nachgeguckt haben, was nicht ganz korrekt ist, in Daten, was denn da los sein könnte. Das wird gemacht, das kenne ich auch aus anderen Dienststellen so, dass so was passieren kann, ist aber nicht korrekt. Deswegen auch hier die Frage. Dass es gemacht wird, noch mal nachgefragt wird, ist klar - es gab eine Antwort -, aber ist es von der Aufgabenbeschreibung des BKA her abgedeckt, wenn das Verfahren einmal an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, ich denke, ich halte das für zulässig, da noch mal nachzufragen. Ich wiederhole mich jetzt. Es wird in vielen anderen Fällen auch nachgefragt. Das hat dann auch konkrete Hintergründe, dass man sich möglicherweise auch auf Hauptverhandlungen vorbereiten muss, noch mal auch mit der Staatsanwaltschaft darüber spricht, wie die Beweislage ist. Das ist sicherlich nicht ungewöhnlich, sagen wir es so.

Frank Tempel (DIE LINKE): Von der Praxis her ja, aber der Mehrwert für die Aufgabe des BKA?



2. Untersuchungsausschuss

Man hat das Verfahren abgegeben. Aber gut. Sie haben Ihre Meinung dazu gesagt.

Ich steige mal in den vorbereiteten Teil ein. Sie haben ganz kurz auch mal zwischen - - Mir geht es um den Bereich Controlling. Sie sind ja auch Gruppenleiter. Das ist hier nicht immer ganz klar geworden: Wie läuft Controlling ab? Sie haben was von einer wöchentlichen Gesprächsrunde mit Berichten gesprochen über Operationen. Aus der Aktenlage habe ich eher entnommen, dass die Abteilungsleiterin bei der OP „Selm“ eine wöchentliche Berichterstattung über den Arbeitsstand angeordnet hat, allerdings erst im April 2014, als die Bearbeitungsdauer bei dieser OP bereits auch außerhalb des BKA kritisch beobachtet wurde. Also wie hat sich dieses Controlling entwickelt, und ist das nur eine Berichterstattung? Ich habe zum Beispiel mal Korruptionsdelikte in einem Landeskriminalamt bearbeitet. Da ging es auch immer: Wie weit ist das Verfahren? Wie lange wird das Verfahren noch gehen? Wo sind Problemlagen? Also, ist Berichterstattung das Einzige, oder wie funktioniert Controlling bei solchen großen Umfangsverfahren?

Zeuge Dieter Schiffels: In der Tat, wenn sich solche Operationen entwickeln, ist es nicht unüblich oder ist es normal - sagen wir es so -, dass dann auch über wesentliche Fortschritte in der Gruppenbesprechung oder in Einzelgesprächen des Referatsleiters mit mir vorgetragen wird. Es können auch personelle Aspekte eine Rolle spielen. Also, wenn vorgetragen wird, dass möglicherweise auch technische Aspekte eine Rolle spielen, dass wir vielleicht andere Abteilungen einschalten müssen. Das kann vielfältige Gründe haben. Was Sie angesprochen haben, das ganze Controlling ab April 2014, hatte auch damit zu tun, dass natürlich die Operation „Selm“ bundesweit bekannt war und wir jetzt auch - das werden Sie auch gesehen haben - personell ja noch mal nachgelegt haben dann im April, auch deshalb, weil wir die beiden Sachbearbeiterinnen, Frau Wiegand und Frau Greiner, sehr stark belastet hatten, mussten, auch mit dem, was ja an interner Aufbereitung passiert ist. Insofern war dann die Gefahr da, dass wir mit der Sachbearbeitung nicht mehr weiterkommen, und haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BKA, die früher mal bei SO 12 gearbeitet haben, dort in

den Einsatz gebracht. Dazu hat Frau Vogt dann um fortlaufende Berichterstattung gebeten, wie sich denn die Fallzahlen entwickeln.

Frank Tempel (DIE LINKE): Hat denn die ganze Öffentlichkeit, die das Verfahren jetzt in der Vergangenheit hatte, bereits dazu geführt, dass intern in den Abläufen an sich nach Verbesserungsmöglichkeiten, nach Veränderungsmöglichkeiten gesucht wurde? Wir haben mal was vom Bereich Projektentwicklung gehört. Gab es da Ergebnisse? Sind die mal vorgelegt und diskutiert worden? Hat die ganze öffentliche Debatte, auch zu den ganzen langen Verfahrensabläufen, bereits BKA-intern zu Veränderungen, Verbesserungsvorschlägen geführt?

Zeuge Dieter Schiffels: Wir haben als Bundeskriminalamt, jetzt SO 12 konkret, diese AG Umfangsverfahren wieder ins Leben gerufen. Die sitzen schon seit mehreren Wochen oder Monaten zusammen, also genau der Kreis, der auch seinerzeit diese erste Konzeption erstellt hat, um auch anhand der Operation „Selm“ Änderungs-, Verbesserungsbedarf bei der bundesweiten Bearbeitung von Umfangsverfahren zu beraten und zu erarbeiten. Die sind noch nicht zu Ende, die sind noch in der Beratung befindlich.

Was personelle Aspekte betrifft, ist es so, dass wir im Jahre 2014 zwei Vollzugsbeamte zu SO 12 gegeben haben. Also es sind zwei PVB dort eingesetzt worden. Wir waren froh - muss ich wirklich auch so sagen -, dass es einen Sondertatbestand im Jahre 2014 gegeben hat, dass wir vier zusätzliche Stellen bekommen haben für SO 12. Wir sind fast jetzt so weit fertig, dass wir die Stellen auch besetzt haben, was bedeutet, dass wir hier schon zu einem personellen Aufwuchs gekommen sind, was wichtig ist.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das war es schon. Acht Minuten sind rum.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: So schnell können acht Minuten vergehen. Die weiteren Fragen machen wir in der nächsten Runde. Die Fraktionen haben unterschiedliche Zeitkontingente. Jetzt ist die Fraktion CDU/CSU dran. Bitte sehr. Wer fragt? - Herr Brandt. Bitte sehr.



2. Untersuchungsausschuss

Helmut Brandt (CDU/CSU): Herr Schiffels, Sie haben eben schon ein paar Angaben zu Ihren Aufgabenbereichen beim BKA gemacht. Seit wann sind Sie überhaupt beim BKA schon tätig?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich bin seit 1977 beim BKA.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Der Beamte X, seit wann, wenn Sie ihn kannten, kannten Sie den auch persönlich?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, natürlich. Ich kenne ihn schon über 30 Jahre. Auch in der Zeit, in der ich noch im gehobenen Dienst gearbeitet habe, in den 80er-Jahren, kannte ich ihn schon. Was jetzt die Abteilung SO betrifft, die früher OA hieß, Organisierte und Allgemeine Kriminalität, war ich - das hatte ich schon mal erwähnt - bis 2004 eingesetzt, und in der Zeit, speziell in den 90er-Jahren, war er dort auch eingesetzt als Referatsleiter. Er ist dann später in eine andere Abteilung gegangen. Als ich dann 2011 zurückkam, war er einer der fünf Gruppenleiter in der Abteilung SO, und wir haben uns natürlich regelmäßig getroffen, gesehen bei Gruppenleiterbesprechungen. Die gibt es zweimal die Woche. Ja, insofern hatte ich eigentlich einen Kontakt wie zu jedem anderen Gruppenleiter in der Abteilung auch, bis zu diesem Zeitpunkt.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Also kann man festhalten: Sehr lange, praktisch während Ihres ganzen Berufslebens, haben Sie ihn gekannt und hatten auch entsprechende berufliche Kontakte. Auch private?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, wir hatten keine privaten Kontakte in den letzten 10 Jahren oder 20 Jahren. Ich kann Ihnen sagen, wir waren mal in den 80er-Jahren bei einem Tennisturnier zusammen. Das fällt mir noch ein. Aber ich hatte keinen privaten Kontakt zu ihm in den letzten zwei Jahrzehnten.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Sie haben ja eben - der Kollege Tempel hat das auch schon noch mal hinterfragt - von diesen sogenannten wöchentlichen Gruppenbesprechungen - - Und gerade haben Sie gesagt, es fänden auch darüber hinaus

ein- bis zweimal in der Woche noch andere Besprechungen auf anderer Ebene statt. Können Sie mir noch mal sagen: Diese wöchentlichen Gruppenbesprechungen, wer nimmt daran teil?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, in meiner Gruppenbesprechung, das ist die Gruppenbesprechung SO 1, sind es die Referatsleiter und die Vertreter, soweit die vorhanden sind oder im Dienst sind in dieser Woche. Es kann auch mal sein, wenn ein Referatsleiter, Vertreter nicht da ist, dass ein Sachgebietsleiter an der Gruppenbesprechung SO 1 teilnimmt. Dann habe ich noch so einen Gruppenkoordinator, der dort auch teilnimmt.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Und Besprechungen, an denen jetzt der Beamte X teilgenommen hat, gehören die dazu, oder sind die darüber hinaus - -

Zeuge Dieter Schiffels: Das ist eine andere Besprechung. Das ist die SO-Präsenzlage. Die findet immer montags und donnerstags statt. Das ist dann der Kreis, wo sich dann die fünf Gruppenleiter treffen. Der Beamte X war ja zu dem Zeitpunkt Leiter Gruppe SO 2.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Bei diesen Besprechungen, ist da niemals von diesem Verfahren, das aus Kanada kam, gesprochen worden? Oder wann zum ersten Mal gegebenenfalls?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich glaube, das kann ich ausschließen, weil - - Also, ich bin am 1. Oktober 2011 zu SO 1 gekommen. Dann ist ja diese Information auf der Festplatte zum 01.11., Anfang November, ins Bundeskriminalamt gekommen, und eine Thematisierung dieses Komplexes Kanada, Kundenliste Kanada, hat auch bei mir erstmals stattgefunden, wie ich das eben erwähnt hatte, Ende Januar - da ist schon sein Name gefallen-, sodass eine Thematisierung in den Führungslagen SO vorher nicht stattgefunden hat.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Also hat man sich auch bis zu dieser Information zu dem betroffenen Beamten auch nie wegen des besonderen Umfangs - - Die Daten - das haben Sie ja eben schon geschildert - waren ja besonders umfangreich von der Anzahl der Personen wie auch von dem Material. Hat man bis dahin nie darüber in



diesen Besprechungen gesprochen, wie dies nun auch innerhalb Ihrer Behörde zu bearbeiten sei, von wem personalmäßig, oder auch, was den Einsatz von entsprechenden Strukturen anbelangt?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, in der SO-Präsenzlage, in der der Beamte X immer zugegen war, war das nicht Gegenstand der Erörterungen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Sodass bei diesen Besprechungen der Beamte X auch keine Kenntnis von diesem Verfahren erlangt haben könnte. - Haben Sie, obwohl Sie ja dann erst 2011 da eingestiegen sind in diesen SO-Bereich, vorher von Ermittlungen Kanadas bereits erfahren? Es waren ja, glaube ich, im Jahr 2010 schon Ermittlungen, die vor allen Dingen einen Deutschen betrafen, der also in Rumänien auch Filme mit Kindern gedreht hat, die auch über diese kanadische Firma vertrieben worden sind und die dann auch zu einer Verhaftung geführt haben. Haben Sie von diesem Umstand Kenntnis erlangt, also seit 2010 bis zu Ihrem Eintritt bei SO im November?

Zeuge Dieter Schiffels: Das war mir nicht bekannt. Mit der Materie Verbreitung Kinderpornografie bin ich auch dann erstmalig wieder befasst worden zum 1. Oktober 2011. In dieser anderen Abteilung, wo ich vorher war, das waren operative Dienste. Das ist was gänzlich anderes, hat mit der Abteilung SO nichts zu tun gehabt.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Okay. - Jetzt ist aus dem, was wir bislang schon hier an Ermittlungen sozusagen angestellt haben, bekannt, dass jedenfalls in der ersten Jahreshälfte 2012 es Startschwierigkeiten gegeben hat bei der Bearbeitung dieser umfangreichen Festplatte, also dieses Materials. Ist Ihnen darüber berichtet worden? Oder haben Sie da für Abhilfe mit gesorgt? Oder wie ist das gelaufen?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, diese einzelnen Arbeitsschritte, die hier durchgeführt wurden im ersten Halbjahr 2012, sind mit mir so im Detail nicht erörtert worden. Ich weiß noch, als die Besprechung mit der Staatsanwaltschaft stattgefunden hat im Juli - ich glaube, das hat Herr Hoppe mir dann auch berichtet -, oder in einer Gruppenbesprechung - - Was Details betrifft dieser dann organisatorischen, technischen Vorbereitung der

Operation „Selm“ im ersten Halbjahr, da war ich zunächst nicht drüber informiert.

Helmut Brandt (CDU/CSU): War Ihnen denn irgendetwas davon bekannt geworden, dass es dabei technische Probleme gab, das Material zu bearbeiten? Oder haben Sie davon nie oder erst später erfahren?

Zeuge Dieter Schiffels: „Probleme“ würde ich jetzt so nicht sagen. Das sind die Schritte, die jetzt dort vorgenommen worden sind, die geboten und in einem sinnvollen Ablauf stehenden Maßnahmen, um solche großen Komplexe abzuarbeiten. Insoweit denke ich mal - - Also das ist mit mir im Detail nicht erörtert worden. Ich habe natürlich das dann - - Im Nachhinein ist ja die komplette Operation minutiös aufbereitet worden, sodass dann noch mal tatsächlich auch klar war: Was ist wann erfolgt?

Helmut Brandt (CDU/CSU): Aber hätte das nicht in Ihrer Funktion eigentlich auch an Sie herangezogen werden müssen, dass es solche Probleme gab, damit eben vielleicht auch schneller Abhilfe geschaffen worden wäre?

Zeuge Dieter Schiffels: Es ist ja so, dass die Arbeitsbelastung SO 12 insgesamt aus meiner Sicht das Stichwort ist. Da ist die Operation „Selm“ ja nur ein Vorgang von vielen. Ich hatte von diesen 1 300 Vorgängen pro Monat gesprochen. Das muss alles, wie gesagt, gesichtet werden und dann abgearbeitet werden. Insoweit ist das ja der Gesamtkomplex, auch Personaleinsatz SO 12, der dort eine Rolle spielt. Ich habe mit Herrn Hoppe öfters mal wie auch mit allen anderen Referatsleitern über die Arbeitslast der Referate gesprochen, die sicherlich zu diesem Zeitpunkt auch deshalb noch schwieriger war, weil zu Beginn des Monats November der NSU-Komplex bekannt wurde und das Bundeskriminalamt die BAO „Trio“ eingerichtet hat. Ich weiß auch, dass die gesamte Abteilung SO hier massiv unterstützt hat, unterstützen musste. Ich glaube, wir haben zeitweise über 40 Vollzugsbeamte der Abteilung Staatsschutz zugegeben auf Anforderung, auf Entscheidung der Amtsleitung, weil das natürlich Priorität hatte. Das habe ich auch verstanden. Das habe ich auch akzeptiert natürlich. Das hatte die Konsequenz, dass natürlich auch alle Referate, fast



2. Untersuchungsausschuss

alle Referate, auch meine in der Gruppe SO 1, Personal abgeben mussten, sodass für die Wahrnehmung der eigenen Aufgaben natürlich auch jetzt 100 Prozent des Personals nicht mehr zur Verfügung standen. Insofern haben wir uns über diese Konstellation des Öfteren unterhalten. Dass das natürlich Schwierigkeiten in den abgebenden Referaten gibt für diese Unterstützungsmaßnahmen, liegt ja auf der Hand. Das muss aber kompensiert werden. Das sind Belastungsspitzen, die immer wieder mal vorkommen, und das muss dann auch entsprechend gehandelt werden.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Nun ist ja nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch hier im Rahmen unseres Untersuchungsausschusses deutlich geworden, dass das Ermittlungsverfahren, also die Arbeit in Ihrer Abteilung, in SO 12, sehr lange gedauert hat, jedenfalls nach der öffentlichen Wahrnehmung auch zu lange, ehe man zu Ergebnissen kam. Im Grunde genommen ist ja, wenn ich mal den Fall des Beamten X auslasse, im Laufe des Jahres 2012 gearbeitet worden, ohne dass jetzt da zu einem früheren Zeitpunkt als Ende 2012 Ergebnisse erzielt worden sind. Aus Ihrer heutigen wie vielleicht auch damaligen Sicht, halten Sie das für dieses spezielle Verfahren oder allgemein für noch angemessen, trotz der von Ihnen beschriebenen Belastung und des Umfangs der Arbeit?

Zeuge Dieter Schiffels: Auch das muss man natürlich wieder in den Gesamtkontext stellen. Wünschenswert ist es natürlich, dass das schnellstmöglich bearbeitet werden kann. Das liegt auf der Hand. Es ist natürlich dann auch immer eine Personalfrage, ob das mit den zur Verfügung stehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgen kann. Und - das hatte ich eben auch erwähnt - ich persönlich bin hingegangen, habe weitgehend versucht, das Referat SO 12 auszunehmen aus Personalgestellungen. Das hört sich jetzt nicht nach Unterstützung für SO 12 an, so war es aber gedacht, dass also nicht die Möglichkeit bestand, jetzt noch zusätzlich Personal zuzugeben, sondern so zu verfahren, dass man nicht noch Personal wegnimmt, was dann zulasten von anderen Bereichen meiner Gruppe gegangen ist, die Personal stellen mussten. Das betraf ja nicht nur den Fall NSU, BAO „Trio“, sondern

auch BAO „Transporter“, was später in der Abteilung als Verfahren bearbeitet wurde. Also, insofern habe ich dann immer versucht, SO 12 weitestgehend dort nicht - - also kein Personal abzuziehen.

Um Ihre Frage noch mal konkret zu beantworten: Das ist wünschenswert, dass das schneller geht, natürlich, wobei wir nur ein Teil in der Kette sind, wir als Bundeskriminalamt, weil wir ja die Ergebnisse übergeben, Einzelakten, die ja auch in der OP „Selm“ erstellt wurden, an die Landeskriminalämter, von dort an die örtlich zuständigen Polizeidienststellen, wo dann wiederum auch ein Workflow besteht in der Abarbeitung, was dann dort vor Ort entschieden werden muss, wie schnell solche Fälle bearbeitet werden.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Trotz des gerade von Ihnen ja beschriebenen Einsatzes, da möglichst kein Personal abzuziehen wegen der beschriebenen Gründe, ist ja eine der beiden Mitarbeiterinnen während der Bearbeitung zu einer anderen Aufgabe gewechselt, sodass ja tatsächlich das Personal dann doch wieder, von zwei einer, 50 Prozent sozusagen, ausgedünnt worden ist teilweise. Ich lasse es jetzt mal so stehen. Aber wenn ich das zusammenfasse, kann man ja damit auch dann nicht besonders glücklich sein.

Aber jetzt noch mal zurück zu dem Beamten X. Sie haben ja selbst gesagt, wie lange Sie den schon kannten. Man kann sich vorstellen, dass man dann über so eine Erkenntnis, der ist von so einem Verfahren betroffen, ja auch erschrocken ist. Hatten Sie persönlich zu diesem Zeitpunkt oder zum Zeitpunkt, nachdem Sie davon erfahren haben, noch mal persönlichen Kontakt zu ihm?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, ich hatte noch Kontakt in dem Sinne, dass er noch bis April, bis zum April 2012, im Dienst war, auch noch an Präsenzlagen teilgenommen hat, in dem Sinne natürlich dann weiter Kontakt zu ihm.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Das heißt, er hat, obwohl dieses Verfahren ihm möglicherweise nicht bekannt war oder bekannt war, jedenfalls noch über Monate hinweg in Ihrem Amt in seinem Büro gearbeitet.



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Dieter Schiffels: Ja. Das war Februar, März, April.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Im Januar haben Sie davon erfahren, und dann hat er bis April, also praktisch rund vier Monate, dann noch weiter gearbeitet. Und dann ab April nicht mehr, gar nicht mehr? Oder wie hat sich dann die Situation dargestellt?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich weiß noch, ich habe ihn zuletzt gesehen im Amt am 18. April 2012. Da ist ein anderer Gruppenleiter pensioniert worden, und der hat so eine kleine Ausstandsfeier gegeben. Dort war er anwesend. Ich glaube, da habe ich ihn zum letzten Mal im Amt gesehen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Und weshalb dann ab diesem Datum nicht mehr?

Zeuge Dieter Schiffels: Weil dann wahrscheinlich stattgefunden hat, später irgendwann, das weiß ich jetzt, die Außerdienstsetzung, weil ich habe später erfahren, sehr viel später, wesentlich später erfahren, dass er sich wohl krank gemeldet hatte, und in der Folge ist dann das Verbot der Ausübung der Dienstgeschäfte ausgesprochen worden, ich glaube, am 26.04.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Ja. Mich wundert jetzt etwas, dass das nicht Ihnen direkt mitgeteilt worden ist, sondern eben verzögert. Das wundert mich etwas. Denn Sie hatten ja die Verantwortung für diese Abteilung, damit auch für ihn.

Zeuge Dieter Schiffels: Ich hatte keine Verantwortung für ihn. Er war im Prinzip mein Kollege auf der gleichen Ebene.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Auf der gleichen Ebene, okay.

Zeuge Dieter Schiffels: Vorgesetzter als Abteilungsleiter war Herr Henzler gewesen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Ja, gut. Okay. Sie haben jedenfalls dann später erst davon erfahren. - Jetzt noch mal eine Frage zu der - ich wollte noch mal kurz zurückkommen; Sie haben das selbst auch erwähnt - Einordnung Kategorie 1 und Kategorie 2. Es ist ja wohl auch so gewesen, dass von

der Sachbearbeiterin Frau Greiner mal zu Beginn vorgeschlagen worden ist, Kategorie-2-Fälle gar nicht weiter zu bearbeiten. Das ist aber dann wohl verworfen worden, weil die Staatsanwaltschaft eine andere Einschätzung hatte, dass also solche Kategorie-2-Fälle eben auch ein Anfangsverdacht für eben andere, dann eben auch strafbare Handlungen sein können. Haben Sie diese Auffassung geteilt, und teilen Sie sie heute auch noch?

Zeuge Dieter Schiffels: Diese Auffassung teile ich und halte sie auch für richtig.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Kommen wir vielleicht jetzt mal zu der Frage, die auch schon gestellt worden ist und die Sie auch schon teilweise beantwortet haben, vielleicht sogar vollständig, aber nur, damit man sicher ist. Es wurde nach dem Abgeordneten Hartmann gefragt, den Sie vom Namen her und auch optisch jedenfalls kannten und da gesagt haben, dass Sie mal mit ihm in einem Raum waren. Aber sonstige Kontakte gab es nicht, also Telefonate, Gespräche mit ihm, Nachfragen bei Ihnen zu seiner Person oder zu anderen Personen oder eben auch zu Herrn Edathy speziell?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, ich habe mit Herrn Hartmann noch nie ein Wort gewechselt. Es gibt ja auch mitunter Besuche im Bundeskriminalamt, die Abgeordnete in ihrer Zuständigkeit durchführen, Informationsbesuche. So habe ich auch gehört, dass Herr Hartmann im Bundeskriminalamt war, ich glaube, Herr Edathy auch. Aber bei diesen Besuchen weder von dem einen noch dem anderen Abgeordneten war ich zugegen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Mit wem der eine oder der andere Abgeordnete - wir sprechen jetzt nur von den zweien natürlich, weil die anderen interessieren ja nicht - dann beim Bundeskriminalamt Kontakt hatte, können Sie uns dazu etwas sagen? Und zu welchen Zeiträumen das - - Wie kann man das zeitlich einordnen, diese Besuche?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich habe dann jetzt nur im Rahmen der weiteren Berichterstattung dazu davon Kenntnis genommen. Ich kann Ihnen jetzt auch nicht mehr genau sagen, wann das war, als Herr Hartmann im BKA war. Ich habe nur von



2. Untersuchungsausschuss

dem Umstand erfahren, dass er im Amt war. Aber da war ich nicht eingebunden, war auch nicht als Vortragender oder sonst irgendwas - - Dazu kann ich Ihnen schlichtweg nichts sagen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Zeitlich einordbar, wann das war? Vor diesen Vorfällen oder während dieser Zeit der Ermittlungen?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich glaube, Herr Edathy war mal 2007 da oder 2008. Das war ein Informationsbesuch. Bei Herrn Hartmann weiß ich das im Detail nicht. Ich kann sagen, bei der Herbsttagung 2013, da habe ich ihn gesehen in der Rhein-Main-Halle in Wiesbaden. Aber das ist mir - - Kann ich nichts zu sagen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Dann wechsele ich mal zur Person des Herrn Edathy und zu der Bearbeitung dieses Falles. Ich glaube, Sie haben es eben schon mal gesagt, aber vielleicht können Sie es noch mal einfürend wiederholen: Wann haben Sie von dem Verdacht gegen Herrn Edathy selbst erfahren?

Zeuge Dieter Schiffels: Das war konkret am Nachmittag des 15. Oktober.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Also im Grunde genommen an dem Tag, an dem dann auch in der Folge die entsprechenden Informationen an die Leitung gegangen sind.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja. Diese Information ist über mich dann in diese weiter von mir beschriebene Kette gegangen, die Informationskette.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Können Sie irgend- - Oder sagen wir mal so, vielleicht, dass Sie es noch mal erklären: Sie haben ja dann weitergeleitet; das haben wir eben von Ihnen auch schon gehört. Ich glaube, Sie sagten, wenn ich das richtig erinnere, dass an dem betreffenden Tag der damalige BKA-Präsident, Herr Ziercke, nicht selber da war, sondern er auf Auslandsreise war. War das so? Oder bezog sich das auf einen anderen Zeitpunkt? Ich will es nur - -

Zeuge Dieter Schiffels: Nein, die Frau Dr. Vogt war auf Auslandsdienstreise am 15. Oktober, und

ich habe sie dann telefonisch über Mobiltelefon unterrichtet.

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber nicht über den Namen?)

- Nicht über den Namen.

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Warum nicht?)

- Weil das über Mobiltelefon ging. Wir haben dann verabredet - das ist dann auch erfolgt -, wenn sie abends wieder in Wiesbaden ist, dass wir uns dann noch mal im Detail dazu unterhalten.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Aber Herr Ziercke hat ja den Namen erfahren.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Können Sie mir sagen, wie er auf diesen Namen reagiert hat? In besonderer Weise oder nur in der Weise: „Ein Abgeordneter wie jeder andere“? Oder gab es da eine besondere Reaktion?

Zeuge Dieter Schiffels: Das ist mir nicht bekannt, weil ich habe Herrn Henzler unterrichtet, der dann in der Folge - muss ich jetzt schließen - mit Herrn Ziercke gesprochen hat, sodass ich zur Reaktion von Herrn Ziercke nichts sagen kann bei dieser Erstinformation zu dem Namen am 15. Oktober.

Helmut Brandt (CDU/CSU): In der Folge, können Sie dazu etwas sagen, ob das eine besondere Reaktion erzeugt hat?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, bei der Besprechung am 16. Oktober, als Frau Greiner diesen Fall dann im Detail vorgestellt hat, hat er das ruhig zur Kenntnis genommen. Es gab eine Reihe Nachfragen von ihm, fachlich-sachliche Nachfragen - ich glaube, das hatte ich eben auch erwähnt -, ob das belastbare Informationen sind: Sind wir uns sicher? Stimmt das? Welches Material liegt vor? - Aber das ist in einem rein sachlichen Zusammenhang erfolgt.



2. Untersuchungsausschuss

Helmut Brandt (CDU/CSU): Sie haben ja eben gesagt, Herr Edathy sei Ihnen bekannt gewesen. Nun haben wir von vielen gehört, dass das nicht so selbstverständlich war, wie wir das vielleicht als Abgeordnete empfinden. Sie kannten ihn ja auch als Vorsitzenden des NSU-Ausschusses, haben ihn damit in Zusammenhang gebracht. Wir wissen, dass Herr Ziercke auch als Zeuge beim NSU-Ausschuss ja vernommen worden ist und nicht nur bei dieser, aber eben auch bei dieser Gelegenheit auf den Herrn Edathy als Vorsitzenden des Ausschusses getroffen ist. Hat Herr Ziercke sich dazu in irgendeiner Form zu ihm geäußert? Wissen Sie Reaktionen, wie Herr Ziercke insofern dort auf diese Befragung im Ausschuss und auf die Befragung durch den Vorsitzenden des Ausschusses reagiert hat?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, das ist mir im Detail nicht bekannt. Mir wurde seinerzeit bekannt, als der Präsident im NSU-Ausschuss ausgesagt hat, dass das eine sehr harte Vernehmung war oder eine sehr intensive Befragung. Zu Details bin ich aber nicht unterrichtet worden.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Aber es war auch, für Sie jetzt jedenfalls, bei Herrn Ziercke nicht festzustellen, dass er in irgendeiner Form in positiver oder negativer Hinsicht auf Herrn Edathy da reagiert hat.

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Kommen wir mal zu einer anderen Frage. Wir wissen, am 27. November 2013, da soll die Abteilungsleiterin SO angerufen haben und Ihnen mitgeteilt haben, dass sie vom Leiter Leistungsstab auf die Führungsinformation Nummer 6 hin telefonisch die Weisung von Herrn Ziercke übermittelt bekommen habe, wonach alle bei SO mit dem Fall befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das BMI nicht mehr unterrichten oder überhaupt nicht unterrichten dürften. Können Sie sich daran erinnern? Wissen Sie von diesem Telefonat, von dieser Anweisung?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich weiß, dass eine solche Weisung telefonisch weitergegeben wurde. Ich glaube, Frau Vogt hat mich dann auch angerufen, und ich habe es an SO 12 entsprechend gesteuert.

Das müsste auch in den Akten dann so dokumentiert sein.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Können Sie mir erklären, was diese Weisung zu bedeuten hat - oder hatte, aus Ihrer damaligen Sicht -, also einmal aus dem Gesichtspunkt: Ist es Ihre Aufgabe oder eine der Aufgaben der damit Betrauten, überhaupt irgendwelche unmittelbaren Informationen an das BMI weiterzugeben?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein. Also, in dem Zusammenhang war für mich - aber, ich denke, auch für alle anderen Mitarbeiter - klar und auch selbstverständlich, dass die Unterrichtung des Bundesinnenministeriums in diesem Fall über die Amtsleitung läuft.

Helmut Brandt (CDU/CSU): In diesem oder generell?

Zeuge Dieter Schiffels: In diesem Fall.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Und generell?

Zeuge Dieter Schiffels: Generell kann es schon mal sein, dass mit Referenten oder Referatsleitern im Bundesinnenministerium Telefonate erfolgen zu diesen oder jenen Fachfragen, Erlassen, die seitens des BMI an das BKA gestellt werden. Das ist nicht unüblich. In diesem konkreten Fall, aufgrund der besonderen Sensibilität, war für mich klar - aber auch sinnvoll -, dass solche Kontakte nur über die Amtsleitung laufen zum Bundesinnenministerium, schon allein um zu vermeiden, dass Leute mit dem Fall befasst werden oder Informationen bekommen, wo die Informationen nicht gesteuert werden sollten.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Haben Sie das auch so verstanden, diese Weisung, in diese Richtung, wie Sie es gerade erläutert haben?

Zeuge Dieter Schiffels: In diese Richtung, ja.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Oder wurde das auch damit begründet?

Zeuge Dieter Schiffels: Das weiß ich nicht mehr im Detail. Aber ich habe für mein Dafürhalten gesagt: Einer solchen Weisung hätte es eigentlich



2. Untersuchungsausschuss

nicht bedurft, weil für mich war das klar, dass das nur über die Amtsleitung erfolgt, aufgrund der Besonderheit des Falles.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Vielleicht noch eine letzte Frage - dann wäre der Komplex insoweit auch abgeschlossen -: Welche bzw. wie viele Mitarbeiter beim BKA hatten denn seit dem Bekanntwerden, es handelt sich um den Abgeordneten Edathy, überhaupt Kenntnis und waren damit befasst? Kann man das numerisch - - Können Sie das sagen?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, es waren Frau Greiner, Frau Wiegand, der Sachgebietsleiter, stellvertretender Sachgebietsleiter, Referent, Referatsleiter, meine Person, die stellvertretende Leiterin des Stabes und Frau Dr. Vogt. Das wären jetzt neun Leute bei SO.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Neun Leute und dann eben die Leitung selbst.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Die kommen dann noch hinzu.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Okay. Dann - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank, Herr Brandt. - Frau Mihalic hat das Wort. Bitte sehr.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Schiffels, Herr Brandt hat eingangs gefragt oder eingangs festgestellt, dass es ja am Anfang der Bearbeitung der OP „Selm“ so ein paar Startschwierigkeiten gab. Sie haben da auch von technischen Problemen in einer Art gesprochen. Ich möchte da gerne noch mal ein bisschen genauer nachfragen. Wir haben festgestellt, dass, bis allein die Dateierrichtungsanordnung für die OP-„Selm“-Aufarbeitung zustande kam, doch schon einige Zeit vergangen ist. Die ist erst am 15. Oktober 2012 in Kraft getreten, und den Entwurf gab es erst im Juli 2012, also gut sechs Monate nachdem die Daten im BKA angekommen waren, also zwischen November 2011 und dann Juli 2012. Dabei gab es auch einiges Hin und Her

zwischen den Beteiligten im BKA. Auch wenn man jetzt insgesamt zwei Monate für die Bearbeitung im BMI inklusive Bundesdatenschutzbeauftragtem und dergleichen berücksichtigt, dann ist es ja doch schon, zumindest nach meinem Empfinden, eine sehr lange Zeit, die diese bloße Dateierrichtungsgenehmigung in Anspruch genommen hat. Was können Sie uns dazu sagen?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, bei diesen Errichtungsanordnungen müssen ja viele Prüfungen erfolgen: Es muss geschrieben werden; der Datenschutz muss sich den Vorgang angucken; das muss der Amtsleitung vorgelegt werden. Das sind auch bürokratische Hürden, die dort zu nehmen sind, um zu einer solchen Errichtungsanordnung zu kommen. Aber, gut, die Rechtslage ist so, dass kein Weg dran vorbeigeht; das braucht man aufgrund der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also sechs Monate bis zum Entwurf und insgesamt fast ein Jahr bis Inkrafttreten.

Zeuge Dieter Schiffels: Nicht was die Errichtungsanordnung - -

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage jetzt mal: Ist das die Regel?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder ist es schon ein erheblich langer Zeitraum, der eigentlich hätte schneller vonstattengehen müssen?

Zeuge Dieter Schiffels: Diese Errichtungsanordnungen, das kann man natürlich auch möglicherweise beschleunigen. Was Sie ansprechen, ist natürlich richtig; der lange Zeitraum im ersten Halbjahr 2012, in dem die Sachbearbeitung noch nicht so durchgeführt werden konnte, wie es denn ab Juli erfolgt ist, durch dann die konzentrierte Auswertung, die Videos, die man sich dort dann angesehen hat, einkategorisiert hat. Da komme ich wieder darauf zurück, dass die Personalsituation SO 12 das Problem darstellt, die Arbeitsbelastung insgesamt, die Vorgänge, die auch ansonsten zu bearbeiten sind. Frau Wiegand



2. Untersuchungsausschuss

wurde ja auch nicht freigestellt im ersten Halbjahr 2012. Ich denke mal: Es ist auch für sie eine schwierige Situation, weil immer wieder auch Fälle reinkommen, die höhere Priorität haben, sich dann mal konzentriert mit einem solchen dann doch, wie sich zeigte, sehr großen Vorgang zu befassen. Es ist natürlich wünschenswert, dass das schneller geht; aber wenn solche Priorisierungen vorgenommen werden müssen - das hatte ich Ihnen - -

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten ja vorhin schon geschildert, welche Arbeitsbelastung da auch im Referat SO 12 vorgelegen hat -

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dergleichen. Da habe ich auch vollstes Verständnis für. Und das hat dann auch im Ergebnis dazu geführt, dass für diese Dateierrichtungsanordnung so viel Zeit vergangen ist?

Zeuge Dieter Schiffels: Die Errichtungsanordnung ist jetzt nur ein Randaspekt, würde ich mal sagen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur, danach hatte ich ja gefragt: warum diese so lange Zeit in Anspruch genommen hat, also bis es dann so weit war. Also das führen Sie auch auf die Arbeitsbelastung im Referat SO 12 zurück, zum Teil zumindest?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja. Umso früher ein Antrag geschrieben wird, umso schneller wird es ja auch genehmigt. Insoweit ist natürlich auch der Gesamtkontext, der hier eine Rolle spielt, von Bedeutung.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Vielen Dank, Herr Schiffels. - Dann habe ich noch eine Frage zu der Thematik „Umgang mit Beweismitteln“. Wir hatten ja Frau Greiner und Frau Wiegand und auch andere Sachbearbeiter hier schon als Zeugen. Die Mitarbeiter von SO 12 haben hier berichtet, dass von außen erhaltene Beweismittel - wie zum Beispiel jetzt diese Festplatte aus Kanada seinerzeit bei der Tagung - re-

lativ unbürokratisch von Hand zu Hand übergeben worden sind unter den Kollegen und auch im Haus auf die gleiche Art und Weise weitergegeben worden sind, ohne Abgabe-, ohne Empfangsquittung. Das ist natürlich wunderbar unbürokratisch, aber zumindest im Hinblick auf Beweissicherheit meiner Ansicht nach problematisch. Was können Sie uns dazu sagen?

Zeuge Dieter Schiffels: Ein Aspekt, den Sie angesprochen haben, ist „unbürokratisch“. Das würde ich jetzt nicht so definieren. Eine persönliche Übergabe von Daten ist immer eine sehr sichere.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nur, es ist ja nicht irgendwie quittiert worden. Vielleicht noch kurz zur Erläuterung: Wir haben hier auch mit den Zeugen seinerzeit die Frage bewegt: Die Festplatte ist übergeben worden von den kanadischen Kollegen. Die hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen von SO 12 konnten uns aber dann am Ende nicht sagen, wo die Festplatte zum Beispiel über Nacht verblieben ist, auf wessen Zimmer. Dann ist sie im BKA übergeben worden. Es konnte aber auch nicht mehr gesagt werden, welcher Kollege oder welche Kollegin das jetzt konkret übergeben hat. Also, das haben wir hier im Ausschuss auch problematisiert, ob man da nicht, so wie man es klassisch kennt, mit einer Übernahme-/Übergabequittung, um das auch wirklich festzuhalten - - Weil das sind digitale Daten, die können natürlich verändert werden, rein theoretisch. Welchen Beweiswert haben sie dann noch, zum Beispiel? Ob das nicht in dieser Hinsicht problematisch ist.

Zeuge Dieter Schiffels: Also, wünschenswert ist, dass das schulmäßig abgearbeitet wird, und schulmäßig ist bei der Polizei: gegen Übergabe. Dass das in diesem Fall jetzt so nicht erfolgt ist, habe ich später dann auch zur Kenntnis genommen. Aber es ist nicht die Regel, sagen wir es so.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es ist vom Grundsatz her anders vorgesehen, und in der Regel wird auch darauf geachtet, dass es anders ausgeführt wird?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja; dass man so eine Übergabebestätigung letztendlich gegenseitig quittiert.



2. Untersuchungsausschuss

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die dann auch zu den Akten genommen wird beispielsweise?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, Ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch mal auf die Kundenliste eingehen. Wir haben ja gehört - das haben Sie ja jetzt auch noch mal gesagt -, dass der Name Edathy - da haben ja meine Kolleginnen bzw. meine Kollegen hier auch schon nachgefragt - seinerzeit nicht aufgefallen ist im Referat SO 12. Wir haben hier auch mit den anderen Zeugen die Frage erörtert, ob es bei solch umfangreichen Verfahren so eine Art Screening auf sensible Fälle hin gibt. Also, ich meine jetzt ausdrücklich keinen Promi-Check - auch diese Frage hatten wir: ob so eine Liste mal nach prominenten Persönlichkeiten durchforstet wird; das meine ich ausdrücklich nicht -, sondern ich meine ein Screening im kriminalistischen Sinne, also zum Beispiel im Hinblick auf besondere Gefährdungen oder auch im Hinblick auf besondere Rechtsstellungen wie bei Abgeordneten beispielsweise, weil da gibt es ja auch relevante Aspekte zu beachten. Also, gibt es so was oder ist so etwas gar nicht vorgesehen?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, das ist so nicht vorgesehen. Da kommt man dann wieder zur Frage des Beurteilungsmaßstabes, was letztendlich - - Nicht Stichwort „Promi-Check“, aber die Frage ist: Was ist jetzt der Kern der Betrachtung? - Umso tiefer man dort jetzt in die Überlegungen einsteigt, umso schwieriger wird es auch, was Abgeordnete des Bundestages, der Länder, prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens generell betrifft. Dann kommt noch hinzu: Jeder hat einen anderen Horizont, Bekanntenkreis oder Informationsstand - sagen wir es so -, sodass das eigentlich möglicherweise dann auch beliebig werden könnte, sich solche Listen mal anzugucken. Also: Ein systematisches Gegenrastern verbietet sich. Das halte ich für rechtlich auch nicht vertretbar. Das führt ja zu ganz verrückten Ergebnissen, die sind gar nicht haltbar. Also insoweit ist das schon problematisch.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Alles Weitere in der nächsten Runde. - Jetzt hat die SPD das Frage-recht. Herr Grötsch, bitte sehr.

Uli Grötsch (SPD): Herr Schiffels, wir hatten heute und schon in vielen anderen Sitzungen immer wieder über die Arbeitsbelastung im Referat SO 12 gesprochen. Ich frage Sie mal als Gruppen-leiter: Inwieweit wurde denn die Bearbeitung der OP „Selm“, nachdem sie nun von BKA-Seite her abgeschlossen ist, durch die Arbeit verschleppt, sage ich mal, oder verlangsamt, die SO 12 für diesen Ausschuss hier leisten musste? Wie würden Sie das einschätzen?

Zeuge Dieter Schiffels: Das Problem war gewesen, dass diejenigen beiden Kolleginnen, die den Fall bearbeitet haben, ja auch nur die Fragen zum großen Teil beantworten konnten, sodass ab dem Beginn der BKA-internen Aufbereitung dieses kompletten Falles - das werden Sie ja auch in den Unterlagen gesehen haben, was dort an Akten produziert wurde - die beiden Beamtinnen auch hier entsprechend eingebunden waren. Das hat natürlich konkret dazu geführt, dass die eigentliche Arbeit am Fall nicht mehr weitergehen konnte. Insofern - das hatte ich eben schon mal erwähnt - war dann zu beraten - - Oder sagen wir es so: Es war nicht abzuwehren. Diese interne Nachbereitung hat eingesetzt, und dann kamen ja auch diese - - dann kamen die Innenausschusssitzungen. Das musste vorbereitet werden. Die Unterlagen mussten erstellt werden. Das musste schlichtweg erfolgen. Insoweit mussten wir dann zusehen - das hatte ich auch schon mal erwähnt -, dass wir weiteres Unterstützungspersonal gewinnen, um die Sachbearbeitung nicht komplett anzuhalten. Das hat über einen Zeitraum von zwei, drei Monaten den Fortgang dann doch behindert; aber es ging ja auch nicht anders.

Uli Grötsch (SPD): Vielen Dank. - Gibt es dann was, was sich jetzt, seitdem wir uns mit der Art und Weise der Sachbearbeitung der OP „Selm“ befassen, hinsichtlich der Sachbearbeitung vom Umfangsverfahren geändert hat, sodass man sagt: „Okay, das wurde nun im Rahmen des Untersuchungsausschusses oder im Rahmen der Befragungen im Innenausschuss so bekannt, und das haben wir nun geändert, sodass das in Zukunft besser oder flüssiger oder wie auch immer läuft“,



2. Untersuchungsausschuss

sodass es einen Mehrwert hatte, würde ich mal sagen wollen?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja. Ich hatte schon mal erwähnt eben, dass es dazu eine Bund-Länder-Projektgruppe gibt, AG „Umfangsverfahren“, die genau diese Fragen zurzeit untersucht. So wie ich das Ganze beurteile: Ich kenne jetzt die Ergebnisse im Detail noch nicht; aber die Arbeitsabläufe insgesamt, die sind eigentlich gut oder zufriedenstellend, polizeilich, fachlich zufriedenstellend. Es ist schlichtweg ein Mengenproblem, es ist eine Frage der Arbeits- und Personalsituation, Workload, wie es der Engländer sagt, und Personaleinsatz, und die Dimensionen nehmen ja ständig zu. Also, als ich Referatsleiter war, 2003/2004, hatten wir halb so viele Fälle in der PKS, was Besitz, Beschaffung, Verbreitung betrifft. In der Zeit ist von Operationen gesprochen worden mit zwei-, dreihundert Tatverdächtigen. Da hat man gedacht: Das ist es jetzt aber, das ist was ganz besonders Herausragendes. - Von solchen Dimensionen sind wir hier mittlerweile komplett entfernt, auch nicht nur einmal im Jahr, sondern immer wieder und immer wieder und - das darf ich Ihnen auch sagen - auch aktuell. Das liegt aber in der Natur des Internets selbst: Die Möglichkeiten sind natürlich vielfältig, sich hier entsprechend zu betätigen.

Uli Grötsch (SPD): Vielen Dank. - Es wurden schon viele Fragen gestellt, die wir alle an Sie hatten. Ich möchte, bevor ich noch ein paar letzte Fragen zum Thema Beamter X habe, gerne nach Ihrem Verhältnis zum ehemaligen Präsidenten, zu Herrn Ziercke, fragen. Können Sie mal darstellen, wie lange Sie jetzt - in Führungszeiten - unter dem Präsidenten Ziercke beim BKA tätig waren, in welchen Funktionen das war - muss jetzt nicht haarklein alles und ganz genau sein, aber es würde mich einfach interessieren - und wie Sie ihn in dieser Zeit wahrgenommen haben als Amtsleiter?

Zeuge Dieter Schiffels: Er ist ja 2004 BKA-Präsident geworden und war bis zu seinem Ausscheiden Ende November 2014 BKA-Präsident. Bei mir waren es drei Funktionen gewesen. Ich hatte erwähnt: Ich war mal Referatsleiter, OA 37 hieß das, Schwermriminalität mit Kinderpornografie, und dann von 2004 bis 2011 bei der Abteilung

Zentrale Dienste. Dort gab es aber wenige Anlässe, mit dem Präsidenten Gespräche zu führen oder Besprechungen durchzuführen, weil das waren - - sind die operativen Einsatzkräfte: Mobiles Einsatzkommando und Tatortgruppe. Dort werden jetzt keine tagesaktuellen Informationen so bearbeitet wie bei SO, wo Kriminalfälle reinkommen, bearbeitet werden, sich entwickeln. Das war in der anderen Abteilung eine andere Aufgabe gewesen, auch mehr Personalführung, sodass es rein - - auch weniger Anlässe gegeben hat, der Amtsleitung auch zu berichten oder auch Besprechungen durchzuführen, regelmäßig dann in dieser Funktion, wenn es um mögliche Organisationsänderungen ging, die dann auch begründet werden mussten, warum das erfolgt, also Details halt - wir haben mal die Tatortgruppe entsprechend anders aufgestellt -; aber das waren wenige Anlässe. Ich habe ihn immer als fachlich in höchstem Maße kompetenten Präsidenten kennengelernt, der auch sehr intensiv nachgefragt hat, fachlich anspruchsvoll, speziell für die Nachgeordneten.

Uli Grötsch (SPD): Vielen Dank. - Meine nächste Frage geht so ein bisschen in Richtung der Gruppenleiterbesprechungen, die Sie erwähnt hatten. Gab es eine Situation, in der Sie auf den Beamten X getroffen sind und in der er sich Ihnen gegenüber - oder gegenüber jemand anderem und Sie haben es wahrgenommen - über das Project „Spade“ aus Kanada erkundigt hat, in der er mal nachgefragt hat in der Richtung?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein. Ich glaube - ich hatte das eben schon mal erwähnt -, dass ich es eigentlich ausschließen kann, dass in dieser Besprechung, in der der Beamte X war, „Spade“ oder „Selm“ ein Thema war. So denke ich heute noch, deshalb, weil ich der Erste war bei SO 1, der davon erfahren hat - von SO 12, als die zu mir gekommen sind und berichtet haben -: Da ist der Beamte X festgestellt worden. - Insoweit gab es da keinen Grund oder überhaupt keinen Anlass, in einer Präsenzlage SO in seiner Anwesenheit darüber zu sprechen.

Uli Grötsch (SPD): Genau. - Meine nächste Frage knüpft so ein bisschen daran an. Und zwar denke ich mir, dass das - na ja, ich glaube, das haben wir inzwischen sogar schon geklärt - natürlich



eine ziemlich harte Information war, als bekannt wurde, dass der Beamte X auf der Liste war. Ich möchte gern nachfragen dahin gehend, wie mit der Information dann umgegangen wurde, wie Sie das wahrgenommen haben. Es wurde dann relativ schnell angeordnet, dass der Fall vorgezogen werden soll, was unstrittig ist. Trotzdem, glaube ich, ist es durchaus eine Herausforderung, dass so was dann nicht - die Runde macht, will ich mal sagen. Können Sie aus Ihrer Wahrnehmung heraus beschreiben, wie mit dieser sensiblen Information beim BKA umgegangen wurde?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, als Herr Hoppe bei mir war und auch Frau Wiegand, habe ich gesagt: Das ist eine Information, die muss in dem Kreis bleiben. Es wird auch niemand mehr informiert, der es jetzt nicht schon weiß durch die Sachbearbeitung, niemand, es bleibt in dem Kreis. Eines ist klar - das ist das besonders Wichtige dabei -: Unabhängig davon, ob man durch die Information jetzt beeindruckt ist oder nicht - natürlich ist das nicht schön -, hielt ich es für besonders wichtig, mit dem Sachverhalt professionell umzugehen. Jeder macht sich strafbar, der Strafvereitelungsmaßnahmen begeht, und das sind auch solche: wenn man über einen solchen Sachverhalt mit Dritten spricht. Das war für mich besonders wichtig. Deshalb auch die sofortige Information meines nächsthöheren Vorgesetzten.

Uli Grötsch (SPD): Haben Sie in Ihrer Zeit beim BKA so was zuvor schon mal erlebt: dass also jemand, der in leitender Funktion beim BKA tätig war - es muss bei weitem nicht in diesem Bereich sein, in irgendeinem anderen Deliktbereich -, auffällig wurde? Und, falls ja: Wurde dann im Fall des Beamten X anders mit der Sache umgegangen als mit etwaigen anderen, die Sie wahrgenommen haben?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, mir ist jetzt auf die Schnelle kein Fall bekannt, dass jemand aus der Führungsebene hier vom Dienst suspendiert wurde; ist mir jetzt nicht erinnerlich aus den letzten zehn oder zwanzig Jahren. Wie mit solchen Fällen, wenn es die denn gab früher, umgegangen wurde, das weiß ich nicht. Ich denke mal, es geht gar nicht anders, als dass man sofort und schnellstmöglich informiert und das weitergibt.

Uli Grötsch (SPD): Danke. - Jetzt möchte ich noch nach der Zeit nach der Durchsuchung der Wohnung des Beamten X fragen. Das war am 13. April 2012. Wie haben Sie die Situation im BKA wahrgenommen, als das dann publik wurde - was jetzt eine eventuelle Gerüchteküche angeht oder all die Sachen -, wie das im BKA aufgenommen wurde und wie es auch behördenintern kommuniziert wurde?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, der Tag der Durchsuchung beim Beamten X war mir nicht bekannt, ich denke, auch nicht den Kollegen bei SO 12, die mit dem Fall vorher befasst waren. Über den Fortgang der Sachbearbeitung nach Abgabe an ZD 25 hat es bei uns, bei mir keine Informationen mehr gegeben, sodass ich gar nicht wusste, wann bei ihm durchsucht wird. Ich habe erst dann am 26. April selbst erfahren, dass er vom Dienst suspendiert ist. Was zwischendurch war, ist mir nicht bekannt gewesen. Das habe ich alles erst später erfahren: dass am 13. April, glaube ich, dann bei ihm durchsucht wurde.

Uli Grötsch (SPD): Okay. - Dann habe ich noch eine Frage. In dem ganzen Komplex „Beamter X“ - vom Auftauchen seines Namens her über die Durchsuchung und das Strafverfahren und das Disziplinarverfahren, soweit Sie es wahrgenommen haben, weil Sie wohl nicht wirklich eng damit befasst waren -: Gab es in dem ganzen Komplex eine Situation, in der Sie den Eindruck hatten - Sie persönlich -, da stellt sich jetzt jemand in einer Art und Weise vor den Beamten X, die Sie persönlich schon für kritisch gehalten hätten, sodass Sie gesagt oder gedacht hätten: „Na, das geht ja nun aber wirklich schon an die Grenzen dessen, was man sich so erwarten darf in so einer Situation“?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein. Mir waren Details des Fortgangs des Disziplinarverfahrens oder auch des Strafverfahrens gar nicht bekannt. Insofern kann ich die Frage auch eigentlich nicht beantworten.

Uli Grötsch (SPD): Okay. - Darf ich dann festhalten, dass Ihnen, aus Ihrer Position heraus beim BKA, jetzt nichts aufgefallen wäre an dem Umgang mit dem Fall X, das Sie für eigenartig oder unnormale gehalten hätten?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Dieter Schiffels: Ich war - da muss ich mich jetzt, Entschuldigung, wiederholen - mit dem Vorgang nicht befasst, mit dem Disziplinarvorgang, habe auch keine Informationen bekommen, wie das weitergegangen ist, wie das entschieden wurde - noch nicht mal, wie das entschieden wurde -, auch dann nicht zu der Frage, warum das so entschieden wurde. Das war mir nicht bekannt.

Uli Grötsch (SPD): Okay, vielen Dank. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Dann ist jetzt wieder Herr Tempel dran. Bitte sehr.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich mache es wie vorhin. Sie geben uns so viele Informationen, auch um bestimmte fachliche Sachen zu verstehen, dass ich da noch mal nachhaken will.

Da wurde zu der Durchsuchung gefragt, rein aus - Sie haben ja vorhin geschildert, auch als stellvertretender Abteilungsleiter, dass Sie nicht immer im Detail Sachen bewerten können, zum Beispiel zu den einzelnen Bildern und so. Aber grundsätzlich haben Sie ja eine Führungs- und Fachaufsicht. In einem Deliktsbereich wie Verdacht, Besitz und Erwerb kinderpornografischer Mittel, was würden Sie aufgrund Ihrer fachlichen Erfahrung sagen: Was wird dann durchsucht? Nur der Computer, wo es Hinweise gibt aufgrund der Adresse, von der das direkt bezogen werden soll, oder alle Computer, alle Möglichkeiten, wo Datenträger werden liegen können, die dem potenziellen Beschuldigten hier zur Verfügung stehen? Was ist übliche Praxis, aus Ihrem Erfahrungsbereich?

Zeuge Dieter Schiffels: Es muss natürlich der jeweils zuständige Polizeibeamte oder Staatsanwalt aufgrund der Fakten in dem Fall, wie sie sich ihm darstellen, festlegen oder beantragen, was er an Durchsuchungsmaßnahmen dann durchführt - in welchen Objekten, Privatwohnungen oder Arbeitsplatz zum Beispiel - im Hinblick auf die Frage, wo sich solches strafrechtlich relevantes Material befinden kann. Das liegt in der Entscheidung des sachbearbeitenden Staatsanwaltes oder Polizeibeamten.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das befriedigt mich nicht ganz; aber es ist okay. - Ich versuche mich jetzt auf alles zu beschränken, was jetzt hier im öffentlichen Teil sein kann. Wenn irgendwann eine Antwort dabei ist, wo Sie sagen, das würde dann lieber in dem anderen Teil beantwortet, weisen Sie mich ruhig darauf hin.

Zum Beamten X habe ich dann schon noch ein paar Fragen. Wenn ich das vorhin richtig mitbekommen habe: An diesem 18.04. bei einer Feier hatten Sie das letzte Mal persönlichen Kontakt?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Die Durchsuchung war ja am 13. bereits, und Sie haben gesagt, Sie haben erst später davon überhaupt erfahren. Es war also in der Dienststelle überhaupt nicht bekannt, dass da am 13. Durchsuchung privater Räumlichkeiten, Wohnung etc. war. Und der war noch ganz normal am 18. bei einer Feier?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, mir war nicht bekannt, wie sich das bei der Staatsanwaltschaft Mainz weiterentwickelt. Insoweit können auch eigentlich die Mitarbeiter SO 12 nicht gewusst haben, wann durchsucht worden ist. Und: Ja, der war halt eben bis zu seinem Ausscheiden ganz normal im Dienst gewesen. Insoweit ist er seinen dienstlichen Aufgaben dann wahrscheinlich nachgegangen.

Frank Tempel (DIE LINKE): Also: Sie waren im Dienst, Sie haben - das kann ja sein, das ist vielleicht sogar richtig, korrekt; das will ich gar nicht infrage stellen - von der Durchsuchungsmaßnahme nichts gewusst, Sie waren nicht irgendwo unterwegs und haben es deswegen später erfahren, -

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Frank Tempel (DIE LINKE): - sondern Sie waren im Dienst, Sie waren dort, haben aber von der Durchsuchung der privaten Wohnräume usw. nichts gewusst am 13.?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Frank Tempel (DIE LINKE): Und am 18. haben Sie ihn noch gesehen? Er war auch ganz normal



auf Arbeit bis zum 20., glaube ich, wo er krankgeschrieben wurde?

Zeuge Dieter Schiffels: Es ist nicht unüblich, dass solche Sachverhalte nur in dem Kreis bekannt sind, der für die Bearbeitung zuständig ist, und das ist bei uns ZD 25, Geheimschutz, bzw., ich denke, Justizariat ZV.

Frank Tempel (DIE LINKE): Und der war noch auf einer Feier? Wie stelle ich mir das jetzt vor: Dann ging es ihm also am 18. doch noch ziemlich gut?

Zeuge Dieter Schiffels: Das weiß ich nicht, ob es ihm gut ging.

Frank Tempel (DIE LINKE): ... (akustisch unverständlich). Aber wenn einer am 18. zu einer Feier ist und am 19. zum Arzt geht, habe ich normalerweise andere Befürchtungen. Aber die lagen ja hier definitiv nicht vor, deswegen - - Wir reden ja darüber, dass aufgrund dessen, was ihm strafrechtlich drohte, eine besondere psychische Belastung auf ihm lag; darüber reden wir ja nachher noch im anderen Teil. Aber Sie haben gesagt, am 18.04. haben Sie ihn noch auf einer Feier bei einem Kollegen gesehen?

Zeuge Dieter Schiffels: Das ist jetzt nicht eine Ausstandsfeier in extenso gewesen.

Frank Tempel (DIE LINKE): Nein, nein.

Zeuge Dieter Schiffels: Da ist ein Gruppenleiter nach 40 Jahren aus dem Bundeskriminalamt verabschiedet worden durch ein Mitglied der Amtsleitung, was ein ganz normaler Vorgang ist. Bei dieser Verabschiedung - es gibt so einen offiziellen Teil -, da war er anwesend. Ich bin da nach anderthalb Stunden wieder gegangen. Das war am Nachmittag. Ich glaube, da war der - - Ich bin mir nicht mehr sicher, ob der Beamte X da überhaupt noch war. Aber das war jetzt keine Festivität, wie das Wort „Feier“ jetzt nahelegt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich verstehe; aber ich muss ja nachfragen. So wie Sie es vorhin geschildert haben, musste ich jetzt einfach noch mal nachfragen. Danke.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Also: Ob es da später bei dem inoffiziellen Teil war, wissen Sie nicht, das können Sie nicht sagen - habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja. Ich kann mich jetzt nur wiederholen: Ich habe nicht gewusst, wann durchsucht wird.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja, nein, gut, da reicht mir - - Ich denke, ich habe das - - Ich will bloß keine Missverständnisse.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Nehme ich ja so hin - könnte ich wahrscheinlich auch nicht nach so langer Zeit.

Sie waren ja, wie gesagt, dann auch in der Führungsebene tätig. Dann spielt natürlich auch immer eine Rolle - er ist dann krankgeschrieben -, wie es weitergeht. Haben Sie mitgekriegt, dass es dazu so eine Art runden Tisch, Gesprächsrunden gab, Gespräche, wie jetzt weiter mit ihm verfahren werden könnte, was aus ihm beruflich wird, wie die dienstliche Verwendung möglicherweise aussieht?

Zeuge Dieter Schiffels: Das ist mir nicht bekannt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Sind Sie auch nicht mit einbezogen gewesen?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein, war ich nicht einbezogen.

Frank Tempel (DIE LINKE): So, hier hatten Sie schon - - Das können wir hier nicht fragen. - Haben Sie etwas mitbekommen, dass mal - er war ja krankgeschrieben - grundsätzlich über eine Dienstunfähigkeit da schon diskutiert wurde zu dem Zeitpunkt? Ist ihm das nahegelegt worden?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, das sind jetzt alles diese Dinge, die im Rahmen - -



2. Untersuchungsausschuss

Frank Tempel (DIE LINKE): Grundsätzlich nur - im Detail müssen wir nachher - - Das ist mir schon klar.

Zeuge Dieter Schiffels: Nein. Nein.

Frank Tempel (DIE LINKE): Also auch von anderen Verwendungen im BKA, in anderen Bundesbehörden, Bundespolizei - - Ich kenne vergleichbare Fälle, wo dann auch komplett die Behörde gewechselt wurde. Das Verfahren ist ja auch noch nicht zu Ende, es ist nicht abzusehen, mit welchem Ergebnis es ausgeht. Ist darüber - - Haben Sie - - Sind Sie da zurate gezogen - - auch als Vorgesetzter mit zu - -

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Frank Tempel (DIE LINKE): Nicht. - Dann - ich glaube, der Kollege Grötsch hat das schon gefragt -: Grundsätzlich, kennen Sie - - gibt es häufig Verfahren gegen Kriminalbeamte Ihrer Behörde? Ist das grundsätzlich etwas, was dort - - Ist das ein einmaliger Fall gewesen, oder ist das etwas, was hin und wieder mal vorkommt?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, was den strafrechtlichen Vorwurf in diesem Fall hier konkret betrifft und was seine dienstliche Position im Amt betrifft, denke ich mal, das ist schon sehr einmalig.

Frank Tempel (DIE LINKE): Aber grundsätzlich, dass es Beamte auch mal treffen kann? Ich könnte aus meinem Direktionsbereich mindestens vier aufzählen.

Zeuge Dieter Schiffels: Na gut, leider ist es so, dass es auch bei Polizisten mitunter vorkommt, dass Straftaten begangen werden. Im Rahmen der Operation „Selm“ sind auch - - gab es einen - - ist mir mindestens ein weiterer Anlassfall bekannt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Darf ich die eine Ergänzungsfrage noch stellen, auf die das jetzt zielte?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ich habe nichts dagegen.

Frank Tempel (DIE LINKE): In den Fällen, in den anderen Fällen, die Sie kennen, nachdem der Beamte praktisch dann irgendwann durch Eröffnung eines Durchsuchungsbeschlusses, eines Vorwurfs im Rahmen einer Beschuldigtenvernehmung Kenntnis hat davon, dass gegen ihn ermittelt wurde: Haben Sie das schon irgendwann mal erlebt, dass der Beamte dann eine Woche noch weiter im Dienst bleibt, Dienststrecher, alles noch weiter nutzen kann? Ist das irgendwo schon mal vergleichbar geschehen?

Zeuge Dieter Schiffels: Kann ich jetzt im Detail nichts zu sagen, weil da fehlen mir jetzt auch die Vergleichsfälle aus eigenem Erleben im Amt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Deswegen habe ich ja gefragt, ob Sie schon andere Sachen erlebt haben, dass es Beamte betrifft, dass gegen sie strafrechtlich ermittelt wird. Da haben Sie gesagt: Ja, so was gibt es. - Und dann frage ich: Vergleichbar? Durften die nach Bekanntwerden der Strafvorwürfe gegen sie eine Woche weiter Diensträume nutzen, Diensttechnik nutzen, weiter im Dienst verbleiben, bis dann entsprechende Maßnahmen getroffen werden? Hier geht es ja um eine komplette Woche.

Zeuge Dieter Schiffels: Kann ich schwerlich beantworten. Das trifft wieder auf die Frage zu: Wer legt fest, wo durchsucht wird? - Die Frage hatten Sie ja auch gestellt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Nein, vergleichbar zu den Fällen, die Sie kennen: War das dort auch so, dass die weiter erst mal im Dienst verblieben oder war das dort nicht so? - Das ist ja relativ einfach zu beantworten.

Zeuge Dieter Schiffels: Ich kenne keine vergleichbaren Fälle, wo ich jetzt sagen könnte: Da ist jetzt so oder so agiert worden. Seit Jahren hat es eine solche Fallkonstellation in meinem Umfeld - - ist mir nicht Erinnerung.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ja, dann ist Ihre Antwort so; ist okay.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Dann sind Sie jetzt wieder dran, Herr Brandt. Bitte sehr.



2. Untersuchungsausschuss

Helmut Brandt (CDU/CSU): Ich habe auch nicht mehr sehr viele Fragen, aber zwei, drei vielleicht noch zu einem ganz anderen Komplex, der jetzt noch nicht angesprochen worden ist. - Herr Schiffels, nachdem also die ganze Sache, sowohl was den Beamten X als auch was Herrn Edathy anbelangt, nun auch in die Öffentlichkeit getragen worden ist, sind ja auch von Ihrem Amt, auch von Ihrer Abteilung Schriftstücke gefertigt worden zur Vorlage an den Präsidenten, damit dieser eben auch bei den Befragungen, die er dann im Innenausschuss über sich ergehen lassen musste, entsprechend präpariert war, sprich: Chronologie der Abläufe, damit die entsprechenden Daten präsent sind, usw. usf. Waren Sie mit dieser Chronologie selbst beschäftigt?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Mit wie vielen Chronologien?

Zeuge Dieter Schiffels: Diese Vorgänge insgesamt, die erstellt worden sind, sind regelmäßig auf dem Dienstweg zugeliefert worden. Es gab da eine Fülle von Aufträgen der Amtsleitung, die über LS gesteuert wurden, was zu dem Gesamtkomplex OP „Selm“ an Fragen beantwortet werden muss. Das waren Einzelfragen, das waren Berichte, zusammenfassende Berichte zum Gesamtkomplex OP „Selm“, das waren Chronologien. Es gab eine kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen. Da sind viele Detailfragen zu beantworten gewesen. Also vielfältige Anlässe, zu denen dann wieder und immer wieder massiv und intensiv berichtet wurde. Das ist alles in der Regel auf dem Dienstweg gelaufen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Ich spreche jetzt mal ganz speziell von einer Chronologietabelle zur Operation „Selm“, die am 14. Februar auf Anweisung der Leiterin der Abteilung SO gefertigt worden ist. Erinnern Sie sich an diese Chronologie? Haben Sie die selbst gesehen, bearbeitet?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich glaube, das ist die Chronologie „Beamter X“, die Sie meinen. Es gab zwei Chronologien.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Das ist schon die zur Operation „Selm“, aber auch zum Fall Edathy.

Zeuge Dieter Schiffels: Es gab eine Chronologie in Sachen Abgeordneter Edathy, ja.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Jetzt ist in dieser Chronologie - - gibt es zwei unterschiedliche Ausfertigungen, sage ich mal. Die haben einen, allerdings nicht unwesentlichen, Unterschied: In der einen Chronologie ist ein Telefonat zwischen Herrn Ziercke und Herrn Oppermann genannt, Variante eins; in Variante zwei taucht dieses Telefonat nicht mehr auf. Können Sie mir den Grund erklären, weshalb es diese zwei Varianten gibt?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja. Also, wenn ich mich recht erinnere, war das so gewesen, dass dort unter dem - so wie ich das aufgefasst habe - 15. Oktober 2013 irgendwann so eine Rubrik kam „Anruf Oppermann“. Da das nunmehr eine Chronologie war, die bei SO 12 erstellt wird, kann SO 12 gar nicht wissen, wann der Präsident mit Herrn Oppermann telefoniert hat. Insofern habe ich dann darum gebeten, das zu korrigieren, weil - - Ich glaube, so war das von der Frau Greiner auch gar nicht gemeint, weil sie hatte Fragezeichen da drangemacht, also quasi so die Erklärung: Das ist unbekannt, wann das konkret war. Hier ging es darum, festzustellen - - oder eine Tabelle anzuliefern, die dann auch richtig ist. Diese Information, wann dieses Telefonat stattgefunden hat, konnten wir ja gar nicht haben. Das war dieser Hintergrund gewesen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Wussten Sie denn von diesem Telefonat zu diesem Zeitpunkt, -

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Helmut Brandt (CDU/CSU): - oder haben Sie es hinterfragt, ob es stattgefunden hat und weshalb es stattgefunden hat, mit welchem Hintergrund? Ich meine, es gibt ja viele Gründe, dass vielleicht Herr Oppermann Herrn Ziercke anruft; unabhängig von dem Fall Edathy oder wem auch immer.

Zeuge Dieter Schiffels: Also, von diesem Telefonat habe ich erfahren durch die Presseveröffentlichung von Herrn Oppermann, glaube ich.



2. Untersuchungsausschuss

Helmut Brandt (CDU/CSU): Erst danach, also nachdem Herr Oppermann eine Pressemitteilung gemacht hat, haben Sie davon erfahren?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, das war mir vorher nicht bekannt.

Helmut Brandt (CDU/CSU): War Ihnen denn dann klar, dass es sich um dieses Telefonat, was Sie dann aus der Chronologie herausgenommen haben, gehandelt haben muss?

Zeuge Dieter Schiffels: So muss das gewesen sein, weil es gab die Presseveröffentlichung von Herrn Oppermann, dann von Herrn Ziercke. Da habe ich erst erfahren, dass dieses Telefonat überhaupt stattgefunden hat. Das war mir vorher nicht bekannt.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Es gibt dann noch einen weiteren Sprechzettel vom 16. Februar 2014, und der soll Ihnen auch vorgelegt worden sein. Der war auch bestimmt für den Präsidenten Ziercke für die Sitzung des Innenausschusses, die dann am 19. Februar stattgefunden hat. Können Sie sich an diesen Sprechzettel erinnern? Hat er Ihnen vorgelegen?

Zeuge Dieter Schiffels: Müsste er eigentlich, weil alles bei mir über den Tisch gelaufen ist.

Helmut Brandt (CDU/CSU): In diesem Sprechzettel war auch eine Rubrik 13. Februar 2014, ein Telefonat zwischen ebenfalls Herrn Oppermann und Präsident Ziercke. Können Sie sich daran erinnern, und was hat es mit diesem Telefonat vom 13. Februar in diesem Sprechzettel auf sich?

Zeuge Dieter Schiffels: 13. Februar 2014?

Helmut Brandt (CDU/CSU): Ja. Das war ja unmittelbar davor.

Zeuge Dieter Schiffels: Also, das sagt mir jetzt konkret nichts mehr.

Helmut Brandt (CDU/CSU): In dem Innenausschuss - darf ich Ihnen vielleicht noch vorhalten;

vielleicht fällt Ihnen dann dazu etwas ein - hat Herr Ziercke sich auch an ein solches Telefonat nicht erinnert, von einem solchen Telefonat auch nicht berichtet. Haben Sie für uns eine Erklärung, was es mit diesem Telefonat auf sich hat? Haben Sie mit jemandem darüber gesprochen? Sind Sie darauf angesprochen worden?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, das ist mir nicht bekannt. Ich kann Ihnen jetzt auch nicht sagen - das müsste ich mir dann noch mal angucken -, wie dieses Datum da reingekommen ist oder von wo das reingekommen ist.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Ich kann Ihnen das ja vielleicht vorlegen lassen.

Zeuge Dieter Schiffels: Vielleicht war es auch so gewesen, dass - -

Helmut Brandt (CDU/CSU): Das ist ja, wenn ich das richtig sehe - ich muss jetzt aufpassen, dass ich Ihnen nicht was Falsches vorhalte -, MAT A BKA 18(27)1-3, 201 (VS-NfD), paginiert 147 ff.* Wenn Sie sich das mal vor Augen führen, diese Stelle.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Steht dann:

... PR bitte ergänzen ...

Darunter links dann:

Telefonat MdB Oppermann mit
PR am 13.02.2014.

Zeuge Dieter Schiffels: Da kann ich jetzt konkret nichts zu sagen. Ich weiß von einem solchen Telefonat nichts. Vielleicht ist es ein Schreibfehler; ich weiß es nicht. Mir ist von einem solchen Telefonat nichts bekannt.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Der Schreibfehler wäre ja etwas ungewöhnlich.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BKA 18(27)1-3, 201, Blatt 220.



2. Untersuchungsausschuss

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ein ziemlich langer Schreibfehler!)

Ich meine, das ist ja nun - Telefonat MdB Oppermann mit PR am 13.02.2014 - auch noch unterstrichen. - Gut. Sie können ja nur entweder etwas dazu sagen oder nicht. Aber als Schreibfehler würde ich das schlecht identifizieren, muss ich ganz ehrlich sagen.

Zeuge Dieter Schiffels: Also, dieses Telefonat ist mir nicht bekannt.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Und wie das hier reinkommt?

Zeuge Dieter Schiffels: Kann ich jetzt konkret nichts dazu sagen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Aber Sie haben jetzt auch nicht veranlasst, dass das rausgenommen wird, damit der Präsident nicht auf eine falsche Fährte oder auch richtige Fährte gelenkt wird? Man weiß es ja nicht.

Zeuge Dieter Schiffels: Nein. Also, meine Äußerung von eben hat sich auf die Chronologie bezogen. Das war ein anderer -

Helmut Brandt (CDU/CSU): Das ist klar. Das ist ein anderer Sachverhalt.

Zeuge Dieter Schiffels: - Vorgang gewesen.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Das ist ganz klar. Hier geht es um einen anderen Sachverhalt.

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber hier muss ja schon wieder jemand etwas von einem Telefonat gewusst haben, wo Sie da hätten anordnen müssen: Löschen, weiß ich nichts von! Das wäre ja der zweite Fall!)

Zeuge Dieter Schiffels: Ich sehe: Das Dokument hat mir Herr Theissig übersandt.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Herr Theissig, ja.

Zeuge Dieter Schiffels: Entwurf Sprechzettel, Teilnahme Innenausschusssitzung, Frau Greiner und ich haben den Entwurf von LS 1 überarbeitet. Also ist der Entwurf vom Stab erst mal gefertigt worden. Ich versuche jetzt nur, zu rekonstruieren, wie so ein Datum da reinkommt. Insoweit ist mir das unerklärlich, wieso da so ein Termin reinkommt: 13.02.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Ich meine, mit Ihrer Erklärung eben zu dem anderen Telefonat - - das kann ich ja noch nachvollziehen, dass Sie gesagt haben, ein Telefonat zwischen Herrn Oppermann und Herrn Ziercke gehört nicht in das, was wir hier als BKA in dem Verfahren zu untersuchen hatten bzw. unternommen haben als Ermittlungsmaßnahme. Aber hier ging es ja um einen Sprechzettel für eine bevorstehende Innenausschusssitzung und eine Befragung des Präsidenten. - Okay. Also, abschließende Äußerung von Ihnen: Sie wissen es nicht.

Zeuge Dieter Schiffels: Nein, weiß ich nicht.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Haben auch keine Erklärung dafür?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Helmut Brandt (CDU/CSU): Okay. Dann müssen wir überlegen, ob wir da jemanden fragen können, der es weiß. Ich habe sonst keine Fragen mehr.

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich schon!)

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Schuster hat noch weitere Fragen. Bitte sehr.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Schiffels, hätten Sie denn Rückfragen? Ich meine, wenn Sie es nicht wissen und der Präsident sich an so ein Gespräch nicht erinnert, dann müsste der ja irgendjemanden gefragt haben: Wie kommt denn der Quatsch hier rein? Weil der hat



2. Untersuchungsausschuss

im Ausschuss hier gesagt, er kann sich an das Gespräch nicht erinnern. Aber das steht hier. - Keine Nachfrage?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich habe jetzt gerade mal versucht, festzustellen - - Also, der Sprechzettel ist geschrieben worden am 13. oder am 14.02.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Der ist am 16. übersandt und geschrieben 15.

Zeuge Dieter Schiffels: 15. Also, ich kann es nicht erklären, weil es ist ja genau zeitnah jetzt auch die Dokumentenerstellung zu diesem Termin, der da drinsteht.

(Helmut Brandt
(CDU/CSU): ja, eben!)

Ich weiß es nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich meine, wenn jemand am 15. etwas schreibt über ein Telefonat vom 13., das liegt ja nicht weit weg. Also, irgendeiner im BKA muss ja eine gute Information gehabt haben, wie mir sowieso auffällt, dass im BKA die Arbeitsebene verdammt gut informiert ist, weil, ich sage mal, Sie sagen: Ich kann mich nicht erinnern, dass es ein Telefonat von Herrn Oppermann mit Herrn Ziercke gab. Deswegen habe ich die Zeile aus der Chronologie streichen lassen. - Aber wer hat sie reingeschrieben, und wer wusste es?

Zeuge Dieter Schiffels: Das habe ich anders gesagt oder auch gemeint. Es ging um die Frage: Was ist das korrekte Datum dieses Telefonats? Dieses Telefonat hat, glaube ich, am 17. Oktober oder 18. Oktober stattgefunden. Wenn jetzt SO 12 eine Chronologie erstellt, in der drinsteht, dieses Telefonat hat am 15. Oktober stattgefunden, kann ich das nicht über meinen Schreibtisch gehen lassen, weil das ist so dann definitiv falsch nach dem Stand, den ich dann habe. So habe ich das gemeint. Deshalb habe ich darum gebeten, diese Liste zu korrigieren.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und die Korrektur bedeutete dann, Sie haben es löschen lassen, oder?

Zeuge Dieter Schiffels: Weil uns war schlichtweg der genaue Termin zu diesem Zeitpunkt so nicht bekannt bzw. hat es sich dann wahrscheinlich aus der Presse ergeben. Aber da bin ich mir jetzt unsicher, wann das genau erstellt wurde und was für ein Info-Stand zu diesem Termin da war.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, Sie haben es ja löschen lassen und nicht den Versuch unternommen, es an die richtige Stelle einsortieren zu lassen, was das genaue Datum anbelangt. Das ist richtig? Und die Löschung ging allein auf Ihre Initiative hin zurück?

Zeuge Dieter Schiffels: Der Text ist, glaube ich, dringeblichen - Anruf Oppermann - bei der Weiterleitung. Mir ging es lediglich darum, dass das Datum dort korrekt drinsteht und, wenn wir das nicht wissen, wann das Datum war, dass wir es nicht beim 15. reinschreiben. Darum ging es mir.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, ich gucke noch mal. Wir haben die erste Version. Da steht Ziercke drin ohne Datum, allerdings im Kontext zum 15. Oktober.

Zeuge Dieter Schiffels: Genau.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Die zweite Version - da ist es einfach raus. Dass uns das merkwürdig vorkommt, können Sie wahrscheinlich verstehen. Also, es ist nicht der Versuch, es richtig datumsmäßig einzusortieren, sondern es ist raus. Mir geht es jetzt nur noch um eine Frage: Ist das jetzt ursprünglich von Ihnen so angewiesen, oder haben Sie auf Anweisung gehandelt? Kommt das von Frau Dr. Vogt oder vom Präsidenten oder - -

Zeuge Dieter Schiffels: Nein. Ich kann mich noch dran erinnern. Mir ist aufgefallen: Das Datum stimmt nicht. Insoweit, wenn ich dann eine solche Information gezeichnet weitergebe, muss es ja zu Missverständnissen führen, wenn SO 12 eine Chronologie vorlegt, wo man als Dritter dieses lesen kann. Ich glaube, das war gar nicht so deutlich. Da war ein Fragezeichen noch dahinter: Fragezeichen wann. Mir hat es aber so nicht zugesagt, dass es aber dennoch in dieser Abfolge beim 15. Oktober stand. Wenn eine solche Chronologie erstellt wird, ist es natürlich auch so:



2. Untersuchungsausschuss

Wenn das an die Amtsleitung geht, an LS, die müssen das dann entsprechend auch aus ihrer Sicht überprüfen und dann ergänzen oder ändern, wenn das tatsächlich anders war.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das war allerdings jetzt nicht Ihre Weisung, Ihre Weisung war ziemlich präzise: Herr Schiffels hatte um Löschung einer falschen Zeile gebeten - Punkt! - und nicht um das richtige Einsortieren auf den 17. Oktober.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, mag dann sein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. Aber das jedenfalls waren Sie, und dazu hat mit Ihnen noch niemand gesprochen?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Darf ich nur eben fragen: Sie haben gerade gesagt, dass Sie wussten, dass das Datum falsch war für dieses Telefonat. Woher wussten Sie das? Woher wussten Sie, wann es wirklich war?

Zeuge Dieter Schiffels: Deshalb war eben noch mal meine Frage auch gewesen, wann diese Chronologie erstellt wurde. Das kann ich jetzt zeitlich so nicht in Abfolge bringen. Mir ist bekannt geworden von dem - - Das Telefonat ist mir bekannt geworden nach dieser Presseerklärung von Herrn Oppermann. Herr Ziercke hat ja sofort dann eine Presseerklärung selbst auch abgegeben. Dann war der Sachverhalt bei uns bekannt. Welcher konkrete Tag das jetzt war, kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen. Logischerweise müsste er aber vor der Erstellung dieser Chronologie gewesen sein.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie dann nur aus Medienberichten von dem Datum des Telefonats erfahren haben?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, mir ist das zum ersten Mal so bekannt geworden über diese Medienberichterstattung, dass dieses Telefonat stattgefunden hat. Vorher war mir das nicht bekannt.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Dann muss ich aber doch noch mal fragen. Wenn Sie dann aber sagen: „Die Zeile muss jetzt gelöscht werden; das ist falsch“, das haben Sie nicht noch mal mit dem Präsidenten kommuniziert oder mit Vorgesetzten kommuniziert, sondern haben das alleine entschieden, das muss jetzt raus, weil Sie aus Medienberichten wussten, dass es das falsche Datum ist? Ist das ein gewöhnlicher Vorgang, aus den Medien ein Datum zu übernehmen und dann zu sagen: „Hier in der Vorbereitung für den Präsidenten muss da jetzt was gestrichen werden“? Wäre es da nicht richtiger gewesen, das im Hause noch mal an die entsprechenden Stellen zu bringen, um dort nachzufragen: „Wann war es wirklich, das Telefonat?“?

Zeuge Dieter Schiffels: Das war jetzt eine Chronologie gewesen, die ist, ich sage mal, nur oder lediglich bei SO geschrieben worden, und die ist ja dann weitergegeben worden auch, ich glaube, an die Amtsleitung. Das wird natürlich dann geprüft, und da muss jeder natürlich dann auf seiner Ebene sehen, ob das den Tatsachen entspricht oder was er weiß. Da ich zu diesem Zeitpunkt wusste, dass das Telefonat nicht am 15. stattgefunden hat, habe ich da so entsprechend dann diesen Auftrag gegeben.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ja, aber dann wäre es ja richtiger gewesen, das dann zu berichten mit dem richtigen Datum. Das haben Sie nicht noch mal rückgekoppelt im Hause?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, die Tabelle ist ja weitergegangen, und wenn ich das so recht verstanden habe, ist die ja dann auch weiter ausgefüllt worden noch durch weitere Aktivitäten. Die haben ja nicht nur bei SO, sondern auch bei anderen Abteilungen stattgefunden. Das sind dann natürlich Teilinformationen, die hier drinstehen, aus dem Bereich, aus dem die Informationen herkommen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Herr Schiffels, abschließend: 13. Februar - an das Gespräch können Sie sich nicht erinnern, obwohl es in der Chronologie steht. Das ist Ihnen auch nicht Erinnerung, dass Ihnen da ein Fragezeichen gekommen ist?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Ich gehe noch mal zurück auf drei Aussagen, die Sie gemacht haben, wo ich noch eine Nachfrage hatte. Und zwar haben Sie erklärt, dass das eigentlich gar keiner Anweisung bedurft hätte, dass die Mitarbeiter nicht mit dem BMI über Ermittlungsschritte von sich aus reden. Die Frage, die ich mir jetzt stelle, ist: Warum hätten Mitarbeiter des BKA das überhaupt tun sollen? Oder anders gefragt: Warum bedurfte es denn dieser Anweisung überhaupt? Was sollte denn damit verhindert werden? Ich verstehe gar nicht, welcher Anknüpfungspunkt bestand für die wenigen, die von dem Fall überhaupt wussten, mit dem BMI zu telefonieren. Das BMI ist ja keine Ermittlungsbehörde.

Zeuge Dieter Schiffels: Also, mir ist jetzt der engere Sinnzusammenhang da auch nicht mehr präsent. Ich kann mich daran erinnern, dass das gesteuert wurde. Ich war - das habe ich eben schon mal erwähnt - der Auffassung, da der Sachverhalt sensibel und nur im kleinen Kreis war, hätte es dessen eigentlich nicht bedurft. Aber - das ist jetzt eine Interpretation höchstsubjektiver Art von mir - vielleicht war es nur mal, um zu verdeutlichen, wie sensibel der Sachverhalt ist. Aber das war eh klar.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, mir erscheint die Anweisung auch nachvollziehbar. Aber du triffst sie ja nur, wenn du Sorge hast, dass der eine oder andere Mitarbeiter mit irgendjemandem im BMI darüber sprechen könnte, wollte, sollte. Können Sie da irgendeine Konstellation uns mal sagen, wie das möglich sein kann?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, einen Anlassfall in diesem konkreten Einzelfall hätte ich nicht gesehen, weil wir hatten ja intern mit der Informationsweitergabe zum Abgeordneten Edathy diese Weisung auch von Ziercke erhalten; Das bleibt genau in dem Kreis. Und so war es ja dann auch.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und es gab auch bis zu der Anweisung keine Kontakte zwischen den Beamten SO 12 etc. zum

BMI? Also, gab es vielleicht einen konkreten Anlass, wo der Präsident sagte: „So, jetzt reicht es aber. Jetzt komme ich zu dieser Erklärung“?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Und dann noch mal - letzte Frage -: Mir kommt das nicht wegen Ihnen merkwürdig vor, sondern wegen der Zeugenvernehmung, die wir schon hinter uns haben im Fall X, dass bei dem Beamten X am 13. April durchsucht wurde. Und dann, wenn er am 18. April noch bei einer Veranstaltung war im Dienst, können ja viele Dinge, die man normalerweise im Kontext zu einer solchen strafrechtlichen Ermittlungsmaßnahme machen könnte, nicht erfolgt sein. Also, ich denke an Hausverbot und an die ganze Batterie; das kann ja alles noch nicht gewesen sein. Erstaunlich ist, dass Sie sagen: Und ich habe nicht mal gewusst - - ich wusste zu dem Zeitpunkt gar nicht, dass - - So.

Zeitgleich sind aber im BKA 82 BKA-Mitarbeiter mit 267 Recherchen auffällig geworden über einen Zeitraum von mehreren Monaten, die nach dem Namen des Beamten X, ich sage mal, in ihrem System gegoogelt haben, davon der überwiegende Teil, ohne dass ein dienstlicher Grund vorgelegen hätte. Ein erster heftiger Ausschlag - man kann ja die zeitlichen Verläufe sehen, wann die Abfragen gemacht wurden -, ein ganz großer Ausschlag war in zeitlich unmittelbarem Kontext zur Durchsuchung, also nach dem 13. April.

Jetzt wundert mich, dass Sie in der Ebene, in der Sie angesiedelt sind, von dem Fall X nichts wussten, aber etliche Mitarbeiter schon. Deshalb die konkrete Frage: Der Präsident hat ja keine Disziplinarverfahren gegen diese Beamten betrieben, sondern es dabei belassen, dass alle Vorgesetzten Kritikgespräche mit denen führen, nachdem die ihre Einlassung gemacht haben. Hatten Sie Beamte, die berechtigt oder unberechtigt abgefragt haben, auch? Mussten Sie solche Kritikgespräche führen, und haben Sie dabei bemerkt, dass die besser informiert waren als Sie, weil die unter Umständen schon sehr früh abgefragt haben?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, ich hatte bei mir einen Mitarbeiter, mit dem ich ein Gespräch führen



2. Untersuchungsausschuss

musste, was eine solche Abfrage betrifft, und zwar war diese Abfrage im November 2012.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): November 2013.

Zeuge Dieter Schiffels: Im November 2012.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, November 2012.

Zeuge Dieter Schiffels: 2012. - Im Rahmen der Behandlung des Falles durch die Abteilung ZV, durch ZV 15, das Justizariat, habe ich irgendwann im Frühjahr 2013 ein Schreiben bekommen, in dem das mitgeteilt wurde, dass dieser Beamte an dem Tag das abgefragt hat, und ich sollte ein schlicht mahnendes Gespräch mit dem Beamten führen. Das habe ich auch gemacht, wobei der Fall so gelegen hat, dass mich der Beamte an diesem Tag angesprochen hat und mir mitgeteilt hat, dass ihm zugetragen wurde, dass ein solcher Eintrag in INPOL besteht. Insoweit habe ich ihn dann gebeten, mir einen Ausdruck zu erstellen. Das hatte ich in Absprache mit Herrn Henzler gemacht, mit dem Abteilungsleiter. Ich hatte den Herrn Henzler angerufen und gesagt, ich habe das jetzt gehört, dass eine solche Information wohl in INPOL drin ist, und da kam ein Gerücht auf im November, dass das wohl mehrere schon wüssten. Jetzt die Frage war dann konkret: Was steht in INPOL drin? Und da habe ich diesen Beamten einen Ausdruck erstellen lassen. Den habe ich Herrn Henzler geschickt und er, glaube ich, dann der Amtsleitung. Vielleicht war es so, dass dann auch der Amtsleitung konkret bekannt wurde über diesen Fall - das weiß ich allerdings nicht im Detail -, dass dort Abfragen stattgefunden haben. Wie viele das waren und wer das war - - Wer das war, weiß ich nicht. Ich habe nur so eine Zahl gehört, die Sie eben genannt haben.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, durch Ihre Aussage, gekoppelt mit den Aussagen vom letzten Mal, entsteht bei mir jedenfalls das Bild - das hatte ich bis heute nicht -, dass der Beamte X noch im BKA unterwegs war, währenddessen schon die ersten Abfragen liefen, weil irgendwer wusste: Am 13. April ist da durchsucht worden. Es wirkt jetzt auf

mich so - weil Sie sagten, am 18. war der noch ganz normal da, da ist noch gar nichts passiert -, also, der ist über mehrere Tage quasi noch im Dienst gewesen, während Kollegen schon wussten, was passiert ist, nach ihm gegoogelt haben.

Zeuge Dieter Schiffels: Die Informationen liegen mir nicht vor. Das lässt sich ja feststellen, wer wann abgefragt hat; das lässt sich feststellen. Mit dem ich gesprochen habe, das war im November. Insoweit kann man ja in diesen Unterlagen nachschauen, ob es tatsächlich so war, dass jemand am 13.04. bis zum 26.04. dort abgefragt hat; das lässt sich feststellen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist das eine. Ich bin nur verwundert, weil Sie jetzt jemand sind, der nach fünf Tagen ihn trifft und noch nichts davon weiß, und ich wollte mich jetzt nur vergewissern: War das die allgemeine Situation im BKA oder nicht? Können Sie das heute noch sagen? Wissen Sie noch von Kollegen, dass die gesagt haben: „Das wusste ich viel früher“?

Zeuge Dieter Schiffels: Das ist mir nicht erinnerlich. Das lässt sich aber feststellen - ich halte es nicht für sehr wahrscheinlich -, ob es denn im Zeitraum direkt nach dem 13.04. solche Abfragen gegeben hat oder ob die erst angefangen haben im Sommer oder Herbst 2012.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich danke Ihnen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: So, jetzt war ich ganz großzügig, trotz der langen Redezeit von CDU/CSU. Aber da war der Komplex abgeschlossen. - Jetzt hat Frau Mihalic das Wort. Bitte sehr.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich möchte in diesem Kontext 13.04./18.04. eigentlich noch eine ganz andere Frage stellen, und zwar: Herr Schiffels, Sie haben das vorhin so gesagt, dass Sie über die Durchsuchung nicht informiert wurden als Gruppenleiter SO 1, dass Sie das aber auch normal finden, dass Sie nicht darüber informiert wurden, weil die Sachbearbeitung gewissermaßen jetzt nicht bei



2. Untersuchungsausschuss

Ihnen lag oder Sie mit dem Fall nicht befasst waren. Also, ich finde es, offen gestanden, erstaunlich, dass man Sie darüber nicht informiert hat, weil wir haben ja auch mit den anderen Zeugen in der letzten Woche hier die Frage erörtert - - Oder ich will mal anders einsteigen.

Die Zeugen von ZD 25 und ZV 15, die wir hier hatten, wussten überhaupt nicht, dass der Beamte X in diesem Zeitraum von über einer Woche, also zwischen der Durchsuchung und seiner Krankenschreibung, überhaupt noch irgendwie im Haus unterwegs war. Das war eine Frage, die hat uns hier alle in Erstaunen versetzt, wie jemand, der im dringenden Verdacht steht, kinderpornografisches Material besessen zu haben, dann sozusagen noch mehr oder weniger freien Zutritt zum Bundeskriminalamt hat, zu einem hochsensiblen Sicherheitsbereich, dort möglicherweise Beweismittel vernichten kann, belastendes Material gegen ihn, Gespräche führen kann, die ihm vielleicht Auskunft darüber geben, wie in seinem Verfahren jetzt gerade umgegangen wird, sich anderweitig Informationen verschaffen kann, die er außerhalb des Hauses vielleicht nicht gewinnen würde. Wir haben uns hier, glaube ich, alle gefragt, warum nicht unmittelbar am 13.04. gegen ihn entsprechende Maßnahmen getroffen worden sind wie Hausverbot oder Dienstverrichtungsverbot etc., warum das erst so spät erfolgt ist. Dann muss ich doch erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass ausgerechnet der Gruppenleiter, in dessen Referat die Sachbearbeitung von kinderpornografischem Material stattfindet, nicht darüber in Kenntnis gesetzt wird, dass bei einem Tatverdächtigen eine Durchsuchung stattfindet, der potenziell im BKA rumlaufen kann, wie er will. Ich frage jetzt mal ganz offen: Wundert Sie das nicht? Also, ich an Ihrer Stelle wäre, glaube ich, ausgeflippt.

Zeuge Dieter Schiffels: Nach den Regularien, die ich bei uns in der Behörde kenne - vielleicht ist das auch in anderen so -, werden solche Verfahren, wie wir es jetzt hatten, im zuständigen Referat durchgeführt, ZD 25, Geheimschutz. Die waren für den Kontakt mit der StA in Mainz zuständig. Was disziplinarische Maßnahmen betrifft, macht das die Abteilung ZV bei uns bzw. auf Vorgaben der Amtsleitung. Insoweit ist es so,

dass Detailinformationen zum Stand oder Fortgang solcher Angelegenheiten nicht möglicherweise in fachlich betroffene Bereiche gegeben werden, wo die Informationen mal herkommen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war jetzt eine sehr, sehr diplomatische Antwort. Aber ich frage das jetzt noch mal ganz ehrlich: Als Sie Kenntnis davon erhalten haben, dass der Beamte X offensichtlich über das Strafverfahren gegen ihn informiert war, also da konnten Sie sich ja an einer Hand abzählen, dass, wenn die Durchsuchung am 13.04. stattgefunden hat und Sie ihn am 18.04. noch im Amt gesehen haben und darüber hinaus auch - - Also, sind denn da bei Ihnen nicht sämtliche Alarmglocken angegangen, ob er da nicht vielleicht Beweismittel vernichtend oder in irgendeiner Art und Weise tätig geworden ist, wie ich es vorhin beschrieben habe?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich habe das alles ja erst viel, viel später erfahren.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber in der Nachbetrachtung - - Also, ich meine, Sie haben doch da sicherlich irgendwie darauf reagiert.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, aber ich glaube, die Antwort habe ich Ihnen schon mal gegeben. Das muss natürlich die zuständige Staatsanwaltschaft für den Fall entscheiden, wo sie durchsuchen lässt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ich rede nicht - - Entschuldigung, wenn ich unterbreche. Das ist, weil ich nur acht Minuten Zeit habe, und ich möchte, dass Sie auf den Kern meiner Frage antworten. Mir geht es nicht darum, ob die Staatsanwaltschaft da durchsucht hat, sondern es geht schlicht um die Frage: Im Bundeskriminalamt gibt es eine Abteilung, da wird kinderpornografisches Material aufbewahrt. Da findet Sachbearbeitung statt. Da werden solche Fälle behandelt, und ein Tatverdächtiger aus einem Verfahren des Bundeskriminalamtes läuft da rum. Also, ich bin selbst, bevor ich das Mandat übernommen habe, Polizeibeamtin gewesen. Das heißt, ich kann mir das einfach nicht vorstellen, dass, wenn auf einer Dienststelle so etwas



2. Untersuchungsausschuss

passiert, dann nicht darüber informiert wird, zumindest in der Form: Wenn der hier hinkommt, lässt den nirgendwo rein oder verschafft ihm keinen Zugang oder sonst irgendwas. Also, da müssen doch irgendwelche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Ich finde es schon stark, dass da kein Hausverbot ergangen ist. Aber deswegen noch mal meine Frage: Es geht darum, dass der X da rumläuft und eventuell dort Dinge tut, die er nicht tun sollte als Tatverdächtiger im Falle einer Straftat im Zusammenhang mit Kinderpornografie, und Sie erfahren davon, dass er Zugang hatte. Wie haben Sie darauf reagiert?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, auf kinderpornografische Daten oder so hatte er keinen Zugriff. Ich glaube, das ist schon mal erörtert worden. Insofern sind wir wieder bei der Behandlung des Falles an sich, und ich kann Ihnen nur sagen, das muss die Staatsanwaltschaft entscheiden: Wo durchsuche ich? Wohnort?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ist das aus Ihrer Sicht völlig okay, frage ich jetzt mal, wenn Straftäter, die einer Straftat verdächtig sind, im Bundeskriminalamt rumlaufen, Zugang zu Räumlichkeiten haben, Zugang zu Papierakten haben und dergleichen und sich dort frei bewegen können? Das ist für Sie völlig in Ordnung?

Zeuge Dieter Schiffels: Das will ich damit so nicht sagen. Aber - -

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war aber meine Frage.

Zeuge Dieter Schiffels: Nein, das will ich damit nicht sagen. Das muss entschieden werden. Derjenige, der die Ausübung der Dienstgeschäfte - - darüber zu befinden hat, der muss das entscheiden. Da kann ich Ihnen wirklich - - Das bin ich in dem Fall auch nicht gewesen. Demzufolge ist das durch die Amtsleitung entschieden worden. Die Abteilung ZV wird da wahrscheinlich im Rahmen ihrer Zuständigkeit gearbeitet haben. Das weiß ich schlichtweg nicht, wie das im Detail war.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben gerade gesagt, Sie wollen jetzt nicht sagen, dass Sie das in Ordnung finden. Also finden Sie

es nicht in Ordnung, dass da so verfahren wurde, oder wie darf ich das verstehen?

Zeuge Dieter Schiffels: Es wird ja immer - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Akmann hat sich gemeldet.

MR Torsten Akmann (BMI): Darauf muss doch der Zeuge nicht antworten. Der Zeuge muss hier über Tatsachen berichten.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Darüber sind wir uns auch einig.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, zu Tatsachen gehören natürlich auch Wahrnehmungen, und ich habe ihn ja vorhin nach seiner Reaktion gefragt, nach seiner Einschätzung. Aber ich sehe schon - -

(Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Antwort war auch so klar!)

- Die Antwort war auch so klar, genau. Also, wir kommen da jetzt, glaube ich, auch an dem Punkt nicht weiter.

Ich möchte noch eine andere Frage stellen, und zwar geht es mir um ein Gespräch am 20.04., also nach der Durchsuchung - das war, glaube ich, der Tag der Krankenschreibung von Herrn X -, in Ihrem Büro in Anwesenheit von Herrn Maurer, Herrn Herb und Frau Wiegand. Ich habe hier einen Vermerk, den Frau Wiegand geschrieben hat. Das ist - jetzt muss ich mal gerade gucken - die MAT A BKA 18(27)1-2, Band 302, Blatt 14 f. Das ist hier das Blatt Nummer 17 oder die Seite Nummer 17. Das wird Ihnen, glaube ich, gerade vorgelegt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Da finden Sie, wie gesagt, auf der letzten Seite vor der Unterzeichnung auf dem Blatt 17 im vorletzten Absatz:

Darüber hinaus fand am 20.04. ... im Büro ...



2. Untersuchungsausschuss

das eben von mir beschriebene Gespräch statt. Mir geht es um den Satz:

VP Maurer wurde persönlich über die hiesigen Feststellungen unterrichtet.

Was heißt dieser Satz, oder was bedeutet dieser Satz, und was hat Herr Maurer in dieser Angelegenheit noch veranlasst? War er weiter mit der Angelegenheit irgendwie befasst? Haben Sie da etwas wahrgenommen?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, an den Tag kann ich mich erinnern. Ja, das hat in meinem Büro stattgefunden. Herr Maurer war, glaube ich, aus einem anderen Grund im Standort W3 und hatte mich dann angerufen, dass er mal vorbeikommt im Zusammenhang hier mit dem Beamten X. Er hatte noch einige Detailfragen, wenn ich mich recht erinnere, zu den Materialien an sich, Kategorie 1, Kategorie 2. Da gab es noch einige Fachfragen, die er hatte. Das war so Gegenstand der Erörterung. Deshalb war auch dann die Sachbearbeiterin dabei, genau, Frau Wiegand, die dann noch mal ergänzende Ausführungen dazu gemacht hat. Worum es da jetzt noch mal ganz im Detail ging, weiß ich nicht. Danach hat Herr Maurer ein längeres Telefonat geführt bei mir im Büro. Ich bin dann raus. Was er dort dann besprochen hat, mit wem, kann ich Ihnen nicht sagen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich dazu noch eine Nachfrage stellen, ergänzend? - Wusste denn Vizepräsident Maurer von der Durchsuchung, von den Maßnahmen, oder sind auch diese Dinge in diesem Gespräch erörtert worden?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, es ging lediglich um die - - nicht „lediglich“; Es ging um die Frage der Bilder, die der Beamte X erworben hatte. Aber es ging nicht um Details des Ermittlungsverfahrens, das die StA Mainz gegen ihn führt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wundere mich nur über den Termin.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Den Rest müssen wir, glaube ich, dann in der nächsten Runde machen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung. Ich dachte nur, dann hätten wir es abschließen können.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. Dann bitte diese noch.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich wundere mich nur über den Termin 20.04., Tag der Krankenschreibung nach der Durchsuchung. Und da ist nur die strafrechtliche Relevanz des Materials erörtert worden?

Zeuge Dieter Schiffels: Da ging es noch mal um eine solche Erörterung, ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil das war ja da schon gelaufen eigentlich.

Zeuge Dieter Schiffels: Also, ich kann mich nur wiederholen: Mir waren Details des Disziplinarvorganges nicht bekannt, und die sind auch da mit mir nicht erörtert worden, auch mit meinen Beamten nicht.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Fragezeit ist um.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann hat jetzt die SPD wieder das Fragerecht. - Uli Grötsch hat keine weiteren Fragen mehr. Herr Tempel, bitte sehr.

Frank Tempel (DIE LINKE): Im öffentlichen Teil auch nicht mehr.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann Herr Schuster.

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Keine Fragen!)

- Keine Fragen mehr. - Dann dürfen Sie weitermachen, Frau Mihalic. So schnell geht das manchmal.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Schiffels, so schnell geht das. - Ich habe in der Tat noch einige Fragen. Sie sagten zwar, Sie sind mit dem Disziplinarvorgang nicht befasst, aber vielleicht haben Sie ja Dinge gehört, die Sie uns hier sagen können. Wissen Sie, ob eine



2. Untersuchungsausschuss

Dienstunfähigkeit mit Herrn X besprochen worden ist?

Zeuge Dieter Schiffels: Ist mir nicht bekannt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, darüber haben Sie gar nichts in Erfahrung bringen können, auch nicht, ob eine anderweitige Verwendung für ihn irgendwie überprüft worden ist, im BKA, bei einer anderen Bundesbehörde oder dergleichen?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, es war mal kurzfristig eine Information aufgekommen, dass er in eine andere Abteilung möglicherweise umgesetzt wird im BKA; ZD, kann sein. Aber dass das - -

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Genaueres haben Sie darüber nicht erfahren?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte noch auf eine Sache eingehen - das ist auch eine Sache, die wir hier schon mehrfach gehabt haben mit anderen Zeugen -, und zwar: Nach der Entdeckung des X auf der Kundenliste, hätten Sie es da für angezeigt gehalten, diese Kundenliste vielleicht noch auf weitere BKA-Mitarbeiter hin zu überprüfen? Ich frage das deshalb, weil ja auch Herr Ziercke öffentlich schon mehrfach geäußert hat in anderen Zusammenhängen, dass es gerade im Bereich von Kinderpornografie Netzwerke gibt, teilweise bis in die Sicherheitsbehörden hinein, also das alles wirklich hochdramatisch ist. Wir haben uns vor diesem Hintergrund gefragt, ob vielleicht der Beamte X Teil eines solchen Netzwerkes irgendwie gewesen sein könnte. Weil da hätte es ja Sinn gemacht, vielleicht die Liste noch auf weitere Mitarbeiter des Hauses zu überprüfen. Es gab ja auch einen Fall in Mecklenburg-Vorpommern, wo ein Polizist auf der Liste entdeckt worden ist. Das war jetzt kein BKA-Angehöriger, aber ein Beamter des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Insofern ist, glaube ich, der Gedanke eines Netzwerkes nicht so abwegig. Hätten Sie das für angezeigt gehalten, diese Liste noch weiter auf Mitarbeiter zu überprüfen?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, was Netzwerke betrifft: Der Anlass bestand, direkt gesagt, zunächst nicht. Was Kundenlisten betrifft: An sich ist es oftmals so oder in der Regel so, dass das Einzelkunden aus ganz Deutschland sind - wir hatten das hier ja, 800 -, die für sich diese Bestellungen tätigen. Die Frage stellt sich ja dann nach Netzwerken: Kennen die sich untereinander?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Da wäre es ja vielleicht naheliegend, zu schauen: Es ist ein BKA-Beamter gefunden worden, aber vielleicht sind da ja noch fünf andere. - Also, ich übertreibe jetzt.

Zeuge Dieter Schiffels: Bei diesen Kundenverfahren ist es oftmals so, dass gerade solche Bekanntschaften nicht bestehen, weil das alles Einzelkunden sind, was nicht ausschließt, dass es solche kleineren Gruppen gibt; das ist gar keine Frage. Was Netzwerke betrifft: Ja, die gibt es. Das sind insbesondere andere Fallkonstellationen, wenn in geschlossenen Boards solches Material getauscht wird und die Leute dann über das Netz hier verkehren. Ob die sich dann persönlich kennen, ist wiederum eine ganz andere Frage.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, kriminalistisch würden Sie es so beurteilen, dass bei Einzelkunden die Frage nach einem Netzwerk jetzt nicht naheliegend ist.

Zeuge Dieter Schiffels: Eher nicht.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann möchte ich doch noch mal ganz kurz auf den 18.04. zurückkommen. Das hätte ich eigentlich vorhin noch gerne angeschlossen, aber das war mir jetzt auch entfallen. Bei dieser Feier oder bei dieser Veranstaltung am 18.04., wo Sie auch den Beamten X getroffen haben oder wo Sie ihm begegnet sind: Waren da noch andere Leute, die hier zum Beispiel im Verfahren relevant sind? Also, waren der Herr Hoppe beispielsweise oder Herr Ziercke auch anwesend?

Zeuge Dieter Schiffels: Herr Ziercke war nicht anwesend. Die Verabschiedung hat ein Vizepräsident gemacht.



2. Untersuchungsausschuss

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hoppe?

Zeuge Dieter Schiffels: Weiß ich nicht mehr, kann sein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sind sich da nicht sicher?

Zeuge Dieter Schiffels: Bin ich mir nicht sicher, dass Herr Hoppe da war.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir springen jetzt etwas in den Komplexen. Hoffentlich sehen Sie es mir nach. Ich möchte noch mal die Frage stellen - also, es ist jetzt was ganz anderes -: Haben Sie bzw. die Gruppenleiter in der Abteilung SO dienstliche Laptops und Smartphones oder Kombigeräte, Laptops mit Dockingstation oder dergleichen, oder müssen Sie je nach Bedarf sich solche Geräte extra irgendwo abholen, in Empfang nehmen, oder haben Sie so etwas persönlich zugewiesen?

Zeuge Dieter Schiffels: Es gibt Mobiltelefone, die zur Verfügung gestellt werden, und einige haben auch Notebooks, nicht alle, einige. Ich habe zum Beispiel ein Notebook, mit dem ich aber ausschließlich in die BK (?) des Bundeskriminalamtes hineinkomme, um dort zu arbeiten, auf einer sicheren Leitung.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das gibt es schon, dass Abteilungsleiter, Gruppenleiter diese dienstlichen Geräte zu ihrer freien Verfügung haben?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es ist jetzt nicht der Regelfall, dass man erst irgendwohin gehen muss, sich im Bedarfsfall ein Gerät abholt für einen bestimmten Zweck und das dann wieder abgibt?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein, auf der Führungsebene, Gruppenleiter, sind die fest zugeteilt.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trifft das auf alle Gruppenleiter zu?

Zeuge Dieter Schiffels: Weiß ich nicht. Also ich habe eines seit mehreren Jahren, ein fest zugeteiltes - nicht zur freien Verfügung, sondern zur dienstlichen Nutzung.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich, zur dienstlichen Verwendung. Das ist klar, genau. - Okay.

Wieder ein anderer Komplex, und zwar: Sie hatten vorhin schon gesagt, dass Sie Herrn Hartmann bei der BKA-Herbsttagung am 12. und 13. November begegnet sind. Sie haben zwar nicht miteinander gesprochen, aber Sie sind sich dort begegnet.

Zeuge Dieter Schiffels: Ich habe ihn gesehen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder Sie haben ihn gesehen, genau.

Zeuge Dieter Schiffels: Wir sind uns nicht begegnet.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir müssen da natürlich auch genau bleiben. Sie haben ihn da gesehen. - Ich möchte jetzt eigentlich auch nicht nach Herrn Hartmann fragen. Aber Sie haben ja gesagt, Sie waren selbst anwesend auf der Herbsttagung. Herr Ziercke und der Herr Staatssekretär Fritsche sind ja auch Gäste der Herbsttagung gewesen bzw. waren ja auch Teilnehmer der Herbsttagung. Haben Sie davon etwas mitbekommen, dass zwischen Herrn Ziercke und Herrn Fritsche Gespräche stattgefunden haben, was die abschließende disziplinarische Behandlung des Falles X angeht, also eine Verständigung, wie man mit dem Fall umgeht?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie kein Gespräch mitbekommen in diese Richtung?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine letzte Frage. Ist Ihnen bekannt - das haben wir mit den letzten Zeugen auch in der Art und Weise erörtert -, dass Herr



2. Untersuchungsausschuss

Ziercke, als er noch Präsident des Bundeskriminalamts war, in solchen Disziplinarangelegenheiten eine eher mitarbeiterfreundliche Linie vertreten hat, was ich grundsätzlich überhaupt nicht beanstanden möchte? Ich finde, eigentlich ist das eher ein positives Merkmal einer Führungskraft, eine eher mitarbeiterfreundliche Linie zu haben. Aber wir stellen uns natürlich die Frage, oder ich stelle sie mir auch, ob, wenn es denn so war, das aus Ihrer Sicht auch für so ein gravierendes Vergehen wie Kinderpornografie, also die Besitzverschaffung von kinderpornografischem Material gelten kann.

Zeuge Dieter Schiffels: Also, was Ihre erste Frage betrifft, war es nach meinem Kenntnisstand so, dass Herr Ziercke sehr ausgewogen entschieden hat, was Disziplinarangelegenheiten betrifft. Das kann ich allerdings nicht anhand - - Ich habe dazu keine Fallinformationen im Sinne von echtem Wissen, sondern nur insoweit, dass das bei Einzelmaßnahmen, die mal vielleicht im Haus waren, so ist - - Insoweit ausgewogen, würde ich sagen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auf meine zweite Frage?

Zeuge Dieter Schiffels: Entschuldigen Sie. Die zweite Frage war gewesen?

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die zweite Frage war, ob Sie es auch in einem Fall von Kinder- und Jugendpornografie für angezeigt gehalten hätten oder für angemessen gehalten haben, dass da eine eher mitarbeiterfreundliche Linie vertreten wird oder so eine mitarbeiterfreundliche Linie oder ausgewogene, wie Sie es gerade beschrieben haben?

Zeuge Dieter Schiffels: Ich weiß nicht, wie in dem Fall da konkret entschieden wurde. Insofern kann ich Ihnen auch nicht sagen, ob das jetzt mitarbeiterfreundlich war oder mitarbeiterunfreundlich. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, verstehe. - Okay, ich habe sowieso keine Fragen mehr. Danke.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. Dann frage ich noch mal die SPD?

(Uli Grötsch (SPD): Nein!)

Dann ist Herr Tempel noch mal dran. Er hat jetzt doch noch eine Frage.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich habe noch mal eine kurze Nachfrage. Eine hat sich gerade erledigt. Denn den Fall der Zurverfügungstellung von Technik wie Notebooks wollte ich auch nachfragen. Das haben Sie gerade beantwortet. Aber eine Frage habe ich noch bezüglich des Themas politische Bildung der Mitarbeiter, aktuelle Informationen. In vielen Dienststellen gibt es so eine Art Presseportal, wenn Pressemitteilungen, die den jeweiligen Dienstbereich betreffen, in der Öffentlichkeit sind. Ich kenne das, wenn man zur Nachtschicht kommt, kann man gucken; aktuelle Presselage im Zusammenhang mit der Polizei in meinem Direktionsbereich zum Beispiel. Gibt es so was beim BKA? Also, wird so was zur Verfügung gestellt?

Zeuge Dieter Schiffels: Bei uns gibt es einen Pressespiegel. Der wird täglich von der Pressestelle erstellt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Der steht wem zur Verfügung?

Zeuge Dieter Schiffels: Bei uns geht das bis auf Referatsleiterebene, dass Zugriff ist. Ich glaube, mehr haben nicht Zugriff. Das ist, glaube ich, auch eine finanzielle Frage, wie weit dort geöffnet wird. Der ist nicht für alle Mitarbeiter im Amt. Ich glaube, bis auf Referatsleiterebene ist der Pressespiegel zugänglich.

Frank Tempel (DIE LINKE): Also nicht jedem, nicht so im Intranet oder so was?

Zeuge Dieter Schiffels: Nein. Was sich aber jeder schalten lassen kann, ist so ein Presseticker von dpa.

Frank Tempel (DIE LINKE): Der Untersuchungsausschuss hier, spielt der auch eine Rolle in so einem Pressespiegel dann?



2. Untersuchungsausschuss

Zeuge Dieter Schiffels: Alle Informationen, die im Pressespiegel drin sind, sind solche, die BKA-Relevanz haben.

Frank Tempel (DIE LINKE): Also auch ein Untersuchungsausschuss, wo das BKA thematisiert wird?

Zeuge Dieter Schiffels: Insofern sind das auch Presseartikel, die - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Das wäre dann auch beim NSU-Untersuchungsausschuss so gewesen?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja.

Frank Tempel (DIE LINKE): Insofern müsste also jedem, zumindest dem, dem dieser Pressespiegel bekannt ist, der da Zugriff drauf hat, auch der Name Edathy bekannt gewesen sein.

(Zuruf von der CDU/CSU:
Wenn man ihn liest!)

- Na ja, der ihn liest. Der Einwurf ist berechtigt; ja, natürlich. - Das haben Sie ja im Prinzip schon beantwortet. Da brauchen Sie - -

Zeuge Dieter Schiffels: Der Pressespiegel des Bundeskriminalamtes ist nur eine Auswahl. In den richtigen Zeitungen steht viel mehr drin.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das ist richtig. Aber es ging ja massiv auch zur Problematik BKA im Rahmen des NSU-Untersuchungsausschusses. Das war ja einer der Komplexe, die da auch mit eine Rolle spielten. Ich frage Sie, ob Sie auch in diesem Zusammenhang, zum Beispiel als Empfänger dieses Pressespiegels, den Namen Edathy gelesen haben, auch über den NSU-Untersuchungsausschuss gelesen haben.

Zeuge Dieter Schiffels: Ja. Also, insoweit - - Das hat mich auch dienstlich natürlich interessiert, weil das einen Fall betraf, der diese Dimension hatte und natürlich auch das Bundeskriminalamt betraf. Das verfolgt man, sage ich jetzt mal.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das ist ja völlig normal. Der Herr Ziercke hat übrigens nicht viel was anderes gesagt. Der sagte auch, dass das Thema

war. Trotzdem gab es ja - - Ich habe jetzt - müssen Sie mir nachsehen - nicht nachgeguckt, ob Sie dabei waren. Es gab eine Reihe von dienstlichen Erklärungen im Nachhinein an die Innenausschusssitzungen, dass verschiedene Personen erklärt haben, dass sie entweder von dem Namen Edathy - - nichts gewusst haben usw. Haben Sie was von diesen dienstlichen Erklärungen mitbekommen? Haben Sie auch eine abgegeben?

Zeuge Dieter Schiffels: Ja, habe ich. Ich habe auch eine abgegeben. Die mussten alle abgeben von SO 12 bzw. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit diesem Fall hätten befasst sein können oder hätten davon erfahren können.

Frank Tempel (DIE LINKE): Können Sie sich da noch an den Wortlaut - weil ich habe das jetzt wörtlich nicht da - mal kurz erinnern, was da drinstand in der Erklärung?

Zeuge Dieter Schiffels: Also, konkret ging es um die Frage, ob jemand im Zusammenhang mit der OP „Selm“ den Namen Edathy vor dem 15. Oktober 2012 erfahren hat, also eigentlich ganz konkret die Frage: Wusste jemand, dass er auf der Liste drauf ist, vor dem 15. Oktober? Das war Kern der Fragestellung.

Frank Tempel (DIE LINKE): Wie erfolgen solche dienstlichen Erklärungen? Mir ist in Erinnerung, dass sehr viele Erklärungen wortwörtlich gleich verfasst sind. Ist das ein riesengroßer Zufall, oder, wenn Sie auch mit diesen dienstlichen Erklärungen zu tun haben, wer hat die vorbereitet?

Zeuge Dieter Schiffels: Der Fragebogen ist gekommen von ZD 25 oder vom Leitungsstab - das weiß ich jetzt im Detail nicht mehr - und letztendlich dann auf der jeweiligen Ebene ausgefüllt worden. Ob dort jetzt jeweils Detailabsprachen stattgefunden haben - was schreibst du rein? Was schreiben Sie rein? -, das weiß ich im Detail nicht mehr. Aber letztendlich waren die Fragen nach meinem Dafürhalten eigentlich relativ einfach zu beantworten.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das habe ich nicht abgestritten. Nur alle wortwörtlich, mit der gleichen Wortwahl beantwortet. Da muss man schon mal nachfragen, wie das kommt. - Danke schön.



2. Untersuchungsausschuss

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Danke schön. - So, jetzt mache ich noch mal die Runde.

(Barbara Woltmann
(CDU/CSU): Eine Frage
habe ich noch!)

- Ja, bitte.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Zum Notebook habe ich noch eine Frage. Wissen Sie, ob der Beamte X auch ein Notebook hatte?

Zeuge Dieter Schiffels: Das ist mir nicht bekannt. Kann sein, kann aber auch nicht sein. Ich weiß es nicht.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Gut. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Frau Lemke, haben Sie noch eine Frage?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann frage ich noch einmal rum: Herr Tempel, waren Sie durch mit Ihren Fragen?

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich bin total durch.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Mit Ihren Fragen, habe ich gesagt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Auch, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Gut. - Dann stelle ich die Frage, damit wir das dem Zeugen schon mitteilen können, ob es noch den Bedarf gibt, den Zeugen in einem eingestuften Teil zu hören. Ich hatte von der CDU/CSU schon mitbekommen, dass nicht. - SPD auch nicht. Frau Lemke, wie sieht es bei Ihnen aus?

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eigentlich schon.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir müssen es jetzt der Fairness halber sagen, weil wir Herrn Schif-

fels dann entweder einen schönen Abend in Berlin wünschen können oder ihn bitten müssen, hier noch eine ganze Zeitlang zu verweilen.

(Zuruf der Abg. Steffi
Lemke (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN))

- Im eingestuften Teil. Und Herr Tempel auch? - Okay. Dann ist es nur eine Unterbrechung, Herr Schiffels, und noch keine Verabschiedung. Dann sehen wir uns im eingestuften Teil noch mal wieder. Das kann jetzt noch eine Zeit lang dauern, weil wir sowohl Frau Dr. Vogt als auch Herrn Hoffmann vorher noch hören. Ich hoffe, Sie haben was zu lesen mit. Dann darf ich Sie bitten, noch mal in den Zeugenraum zu gehen. Wir sehen uns nachher in dem anderen Sitzungssaal.

Wir machen jetzt ein paar Minuten Pause und fahren dann in acht Minuten, um 18.20 Uhr, mit Frau Dr. Vogt fort.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 18.11 Uhr - Folgen Unterbrechung und Sitzungsteil Beratung, Nichtöffentlich)



(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 18.36 Uhr)

**Vernehmung der Zeugin
Dr. Sabine Vogt**

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Frau Dr. Vogt, wir kommen jetzt zur Vernehmung von Ihnen. Schön, dass Sie da sind. Ich habe Ihnen ja vorhin schon den Gegenstand der Vernehmung noch mal erläutert, Sie zur Wahrheit ermahnt, Sie belehrt. Dann fangen wir jetzt an mit der Vernehmung zur Person. Da darf ich Sie bitten, uns Ihren Namen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Dienort zu nennen.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Mein Name ist Sabine Vogt. Ich bin 56 Jahre alt. Mein Dienort ist Wiesbaden, Bundeskriminalamt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank. - Ich hatte das vorhin bei meinen einleitenden Bemerkungen ja auch gesagt, dass Sie jetzt die Gelegenheit haben, im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Ich erteile Ihnen sehr gerne das Wort dafür, im Zusammenhang darzulegen, was Ihnen vom Gegenstand Ihrer Vernehmung heute bekannt ist.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich möchte es nicht in die Länge ziehen. Ich will nur vielleicht zu meiner Person und, ich sage mal, meinem Stand der Verantwortung auch etwas sagen, damit Sie das einordnen können. Ich habe die Abteilung Schwere und Organisierte Kriminalität, in dem das Referat SO 12 ist, am 01.04.2013 übernommen. Das heißt also, im zeitlichen Kontext war das, nachdem der Vorgang Beamter X hochgekommen ist und sich in Bearbeitung befand und dann abgearbeitet worden ist, und es war zeitlich, nachdem die OP „Selm“ begonnen hat. Das ist vielleicht mal wichtig für Sie als Hintergrund.

Zudem vielleicht noch eine kleine kurze Ergänzung. Ich war in den Jahren 2004, November 2004, bis Anfang 2006 schon einmal in dieser Abteilung, die sich damals OA nannte, und war dort in einer Gruppe oder leitete eine Gruppe, in

der damals das Sachgebiet Kinderpornografie angesiedelt war. Also insofern hatte ich auch in dieser Zeit schon mal mit dem Inhalt oder dem Gegenstand zu tun. So weit vielleicht zur Einleitung von meiner Person.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Vielen Dank, Frau Dr. Vogt. - Dann stelle ich noch mal ein paar ergänzende Fragen, und dann haben die Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit, zu fragen.

Sie haben das ja schon erläutert, dass Sie, während die OP „Selm“ begann, noch nicht in der Verantwortung waren als Abteilungsleiterin SO. Dann schildern Sie uns doch vielleicht mal, wie Sie von der OP „Selm“ erfahren haben, als Sie Ihren Dienst angetreten haben am 1. April. Ist Ihnen das berichtet worden, oder haben Sie danach gefragt oder im Zuge vom Aktenstudium? Also, wie muss ich mir das vorstellen, dass Sie von der OP „Selm“ erfahren haben?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Zunächst einmal habe ich eins gemacht, als ich am 1. April angefangen habe: Ich habe alle Referate in meiner Abteilung besucht - das sind insgesamt 26 - und war auch am 15.05.2013 bei dem Referat SO 12. Dort ist mir nur in Erinnerung, dass allgemein berichtet worden ist von dem Ziel und der Hauptaufgabe des Referates, zunächst einmal die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen, dass man da einen besonderen Fokus drauf legt und dass man sogenannte Umfangsverfahren bearbeitet. In dem Kontext meine ich mich zu erinnern, dass zum ersten Mal gesagt wurde, wir haben hier auch ein größeres Verfahren, was natürlich Kräfte bindet, und man hat so ein bisschen die Herausforderungen auch dargestellt.

Es hat dann - das ist im Nachgang erst noch mal gesehen - in dieser Anfangszeit eine Führungsinformation gegeben, die mein Vertreter gezeichnet hatte. Das nannte sich Führungsinformation 2. Da wurde dann berichtet zur OP „Selm“, was man inzwischen auch bearbeitet hat und wie erfolgreich man auch im Prinzip versucht hat, jetzt diese Menge von Informationen zu bearbeiten. Ich selber habe dann in dem Zeitraum bis zum 15.10., als der Name von Herrn Edathy auftauchte, keine besondere Erinnerung mehr, weil das ein laufender Prozess war, der, ich sage mal,



2. Untersuchungsausschuss

keine Besonderheiten aufwies, außer dass eben die Menge der Vorgänge einfach dort war. Erst am 15.10., als dann der Name von Sebastian Edathy auftauchte, ist das natürlich schlagartig sehr ins Bewusstsein gerückt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Bevor wir dazu kommen, noch mal eine Frage: Läuft die Operation „Selm“ noch?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wir sind so weit eigentlich durch und abgeschlossen mit den Aufträgen. Ich hatte im Jahr 2014 noch mal Personal auch dort reingegeben, damit von unserer Seite aus die Akten aufgearbeitet werden. Das ist so weit jetzt abgeschlossen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Bevor ich zu Sebastian Edathy frage, noch mal zum Beamten X zunächst, weil das ja zeitlich auch davor liegt. Wie haben Sie denn davon erfahren, nachdem Sie die Abteilung übernommen haben? Ist das noch mal Gegenstand der Beratung gewesen, oder ist Ihnen das mitgeteilt worden?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein. Also, sagen wir mal so: Als ich die Abteilung übernommen habe, war er ja gar nicht im Dienst. Also, die Gruppe war vakant. Sie wurde durch einen Vertreter geleitet. Natürlich hat es im Haus den sogenannten Flurfunk gegeben. Das heißt, man hat gehört, der Beamte X ist nicht mehr im Dienst. Das war von daher für mich jetzt nicht überraschend, dass seine Gruppe, die er geleitet hat, vakant war.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Kannten Sie den Beamten X auch?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, ich kannte den auch.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Persönlich, also aus der Zusammenarbeit?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich kannte ihn einfach, ja, in verschiedenen Kontexten.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Waren Sie auch privat miteinander bekannt oder sogar befreundet?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann frage ich jetzt mal zum Fall Sebastian Edathy. Wenn Sie uns das mal schildern - ruhig im Zusammenhang -, wie Sie davon Kenntnis erlangt haben, wen Sie Ihrerseits informiert haben, dass Sie das einmal uns im Zusammenhang schildern, wie das am 15. Oktober und in den Tagen danach war.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, am 15.10.2014 [sic!] befand ich mich auf Dienstreise - also, ich war nicht in Deutschland gewesen - und habe dann von Herrn Schiffels, mit dem Sie eben gesprochen haben und den Sie vernommen haben, in den Nachmittagsstunden des - also, genau weiß ich es nicht mehr; es muss zwischen 15.30, würde ich mal sagen, 16 Uhr ungefähr - - einen Anruf habe ich von ihm erhalten, wo er gesagt hat - so sinngemäß; ich habe keine Notiz darüber -: Wir haben im Rahmen der OP „Selm“ auf der Liste einen Namen gefunden von einer politisch prominenten Person, und ich möchte jetzt weiter nichts dazu sagen - sagte er sinngemäß -; wir sprechen, wenn ich wieder zurück in Deutschland bin.

Ich bin dann an demselben Abend zurückgefliegen, planmäßig. Ankunft war laut Flugplan 20.25 Uhr. Es war auch, soweit ich mich erinnere, keine Verspätung. Wir haben dann zusammen telefoniert, Herr Schiffels und ich, und dann hat er mir den Namen gesagt von Herrn Edathy. Ich war zusammen mit Herrn Ziercke auf Dienstreise, und ich habe, soweit ich mich erinnern kann, ihn dann auch davon informiert, dass es Herr Edathy ist, der auf der Liste ist.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Da muss ich jetzt noch mal eben nachfragen, weil ich das nicht ganz verstanden habe. Sie waren mit Herrn Ziercke aber nicht im Ausland auf der Dienstreise, oder doch? Da waren Sie zusammen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wir waren zusammen auf der Dienstreise an dem Tag in Spanien, gemeinsam auf dieser Dienstreise. Ich habe, wie gesagt, nachmittags zwischen 15.30, 16 Uhr den Anruf von Leiter SO 1, von Herrn Schiffels, erhalten, dass eine politisch bekannte Person auf dieser Liste sei. Das ist das, was Herr Schiffels mir gesagt hat.



2. Untersuchungsausschuss

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das haben Sie auch direkt Herrn Ziercke mitgeteilt auf der Dienstreise?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Herrn Ziercke konnte ich nur sagen: Ich habe einen Anruf von meinem Gruppenleiter bekommen. Wir haben eine prominente Person auf dieser Liste. - Das habe ich Herrn Ziercke gesagt. Aber wir wussten beide nicht, wer es ist.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. Und Herr Ziercke hat Sie auch nicht gebeten, da nachzufragen noch mal bei Herrn Schiffels, um wen es sich handelt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein, hat er nicht, weil wir waren, wie gesagt, im Ausland, und ich habe nur ein normales Mobiltelefon, und ich wollte auch darüber nicht weiter telefonieren.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Als Sie dann abends gelandet sind, haben Sie auch Herrn Schiffels nicht persönlich getroffen, sondern Sie haben auch telefoniert.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Aber von einem sicheren Telefon dann aus?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich habe dann von meinem Telefon aus telefoniert. In Deutschland sind natürlich - - Wir sind nicht im Ausland dann. Also, das ist - - Ich sage es mal so: Das war für mich einfach dann etwas sicherer an der Stelle. In dem Kontext hatte dann Herr Schiffels mich informiert.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Aber Sie haben auch von Ihrem Handy dann telefoniert?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich habe von dem Handy telefoniert.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und dann haben Sie direkt Herrn Ziercke angerufen, oder wie ist das weitergegangen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich meine, dass ich noch Herrn Ziercke direkt bei mir hatte und habe ihn

informiert. Aber ich bin mir nicht mehr ganz sicher in dem Zusammenhang. Wir haben an der Stelle nur vereinbart, Herr Schiffels und ich, dass wir uns alle gemeinsam treffen an dem Tag drauf, am 16., mit Herrn Ziercke zusammen, um ein Briefing auch zu machen über den Sachverhalt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Kannten Sie den Namen Sebastian Edathy, als Herr Schiffels Ihnen das mitgeteilt hat? Konnten Sie das direkt einordnen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, zu dem Zeitpunkt war Herr Edathy ja auch, ich sage mal, durch den Ausschuss eine bekannte Person geworden.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Können Sie sich noch dran erinnern, als Sie Herrn Ziercke das mitgeteilt haben, wie er darauf reagiert hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich weiß nur, wie wir beide reagiert hatten, als wir in Spanien waren und es hieß, eine politisch bekannte Person ist auf der Liste. Da haben wir das zunächst einfach nur zur Kenntnis genommen, weil wir ja auch nicht wussten, um wen es sich handelt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und dann, als Sie ihm dann den Namen mitgeteilt haben, können Sie sich da noch dran erinnern, wie er reagiert hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich muss sagen, an der Stelle habe ich keine genaue Erinnerung mehr. Klar, wir waren natürlich - - Es war natürlich der Punkt, dass - - Also, ich kann Ihnen sagen, wie ich mich gefühlt habe, als Herr Schiffels mir das gesagt hatte, um wen es sich handelt. Da war mir klar, dass wir einen besonders sensiblen Vorgang haben und natürlich alles dokumentieren müssen und sehr sorgfältig vorgehen müssen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Können Sie uns noch mal die Situation beschreiben, in der Sie Herrn Ziercke informiert haben? Also, saßen Sie - sage ich mal - noch im Auto auf dem Weg vom Flughafen nach Hause oder zu Ihrer Dienststelle, als Sie telefoniert haben, oder wie war das?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, das kann ich Ihnen nicht sagen. Es muss letztlich gewesen sein direkt nach Landung und dann beim Ausstieg aus



2. Untersuchungsausschuss

dem Flugzeug, dass ich schon telefoniert habe, um zu wissen, was es denn da genau an Informationen geben muss. Also, es muss nach 20.25 Uhr, 20.30 Uhr gewesen sein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sind Sie mit Herrn Ziercke zurückgeflogen? Also, sind Sie zusammen im Flugzeug gewesen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wir haben getrennt gesessen. Wir haben nicht zusammen gesessen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und dann haben Sie es erfahren, und da hatten Sie Herrn Ziercke noch irgendwie in der Nähe und haben ihm das dann unmittelbar gesagt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich meine aus meiner Erinnerung, dass das so war. Aber ich kann Ihnen nicht mehr sagen, ob das am Gepäckband war oder wo das letztlich war. Das weiß ich nicht mehr.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Und an eine besondere Reaktion, also irgendwie: „Ach, du liebe Güte!“, oder: „Das ist ja ein großer Mist!“, oder irgend so was können Sie sich nicht erinnern?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Können Sie sich daran erinnern, was dann als Erstes von Herrn Ziercke gesagt wurde, was zu veranlassen ist?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, meine Erinnerung ist so weit gewesen, dass wir beide wussten, dass wir einen Termin dann haben am nächsten Tag. Das ist das, was ich noch erinnere.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Haben Sie auch darüber gesprochen, wer zu informieren ist, jetzt nicht nur, dass andere nicht zu informieren sind, sondern auch, wer zu benachrichtigen ist unmittelbar?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich selber habe das nicht weiter vereinbart, weil letztlich habe ich die Information von Herrn Schiffels bekommen, der mir sagte: Das ist schon vereinbart. Wir treffen uns am nächsten Tag, am 16. Insofern hatte ich da keine Kontexte mehr.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann zum 16. Da war ja das Briefing bei Herrn Ziercke. Können Sie uns das mal schildern vom Hergang? Also, wie ist das abgelaufen? Wer hat was gesagt? Wer hat was gefragt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wir haben uns morgens getroffen am 16. Ich hatte eigentlich dienstfrei an dem Tag. Mir war aber der Vorgang natürlich wichtig. Also bin ich reingekommen ins Büro. Das ging ungefähr um 10.30 Uhr los, rund, würde ich sagen. Dabei waren Herr Ziercke, Herr Schiffels, Vertreter von SO 12, meine stellvertretende Stabsleiterin, Frau Wagner, und meine Person. Wir sind dann grob informiert worden über den Sachverhalt: Wer hat was eigentlich entdeckt? Was ist auch noch mal mit der OP „Selm“? In welchem Kontext steht das? Also, es war eine grobe Information über die wesentlichen Erkenntnisse und dann natürlich auch die Frage: Wie schreiten wir weiter voran, dass dieser Vorgang auch vertraulich ist, dass er eben nicht über die neutralen Postfächer gesteuert wird? Das ist im Wesentlichen das gewesen, was für uns wichtig war. Zu dem Zeitpunkt war auch klar: Wir müssen natürlich schon einen Bericht auch für das BMI entwerfen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Es ist also da bei diesem Briefing schon erörtert worden, dass das Innenministerium auch zu informieren ist. Ist da Konkreteres drüber gesprochen worden, wer das Innenministerium informiert oder auf welchem Weg das erfolgt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das kann ich Ihnen nicht genau sagen. Für uns war klar, dass wir uns nur an die Schriftform halten und einen schriftlichen Bericht machen und dass die Informierung des Innenministeriums sicherlich durch die Amtsleitung erfolgt, also nicht durch uns.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Aber das heißt ja in der Regel auch, dass das vorzubereiten ist von der Abteilung, also in dem Fall von den Sachbearbeiterinnen aus SO 12.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wie sind Sie denn dann weiter damit befasst gewesen? Also, der



2. Untersuchungsausschuss

Auftrag kommt dann ja wieder zurück, oder die Sachbearbeiterinnen waren ja bei dem Briefing auch dabei. Wie ging das dann weiter, und wie wurden Sie weiter damit befasst?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Berichtsentwurf war, wie vereinbart, zu erstellen von SO 12. Die haben einen Entwurf vorgelegt. Der ist dann über die nicht neutralen Postfächer, sondern die persönlichen Postfächer gegangen. Das heißt, von SO 12 an Herrn Schiffels, von Herrn Schiffels zu mir. Also immer die namentliche Benennung dann. Ich selber habe das weitergeleitet an den Stabsstellenleiter persönlich, weil wir vereinbart hatten, dass wir einen möglichst kleinen Kreis nur von Mitarbeitern im BKA haben wollen, der mit diesem Vorgang zu tun hat.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Können Sie sich daran erinnern, dass Sie noch mit anderen Personen als mit den jetzt schon genannten über den Sachverhalt gesprochen haben?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich habe mit keinem - - Also, ich hatte ja keinen Grund. Ich habe nur mit Herrn Schiffels, mit den Sachbearbeitern SO 12 und mit dem Stabsstellenleiter bei LS, also beim Leitungsstab, darüber gesprochen, und es gab auch eigentlich keine weiteren Gründe, das zu erörtern.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wie sind Sie dann weiter mit dem Sachverhalt befasst gewesen? Also, dann gab es diesen Bericht. Wie ging das dann weiter, dass Sie - - Haben Sie nachgefragt, oder wie haben Sie den Sachverhalt weiterverfolgt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich bin eingebunden natürlich in meiner Funktion als Abteilungsleiterin. Das heißt, Nachfragen und Aufträge sind direkt dann immer von der Stabsstellenleitung übermittelt worden, entweder direkt ins Referat, und ich bin von denen informiert worden, oder sie sind über meinen Schreibtisch zurückgelaufen. Und umgekehrt: Antworten von SO 12 gingen in die gleiche Richtung. Das heißt, immer die Hierarchie auch wieder rauf, auch immer wieder nur an die persönlichen Postfächer, um zu verhindern, dass das irgendwo in die Öffentlichkeit dringt.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Frau Dr. Vogt, haben Sie in irgendeiner Art und Weise persönlich Einfluss genommen als Abteilungsleiterin auf irgendetwas, also Details ergänzt oder darum gebeten, dass Sachen noch recherchiert werden oder besonderes Augenmerk auf irgendetwas gelegt wird? Also, haben Sie, außer dass Sie - wenn ich das mal so nennen darf; verstehen Sie das bitte nicht falsch - Postkasten in die eine und in die andere Richtung waren, irgendetwas an entscheidender Stelle beeinflusst oder noch hinzugefügt oder so in dem Verfahren?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Für mich war einfach nur der Punkt: Wenn mir was nicht klar war in einem Berichtsentwurf, dann musste ich natürlich fragen, weil wenn ich es nicht verstehe, verstehen es andere vielleicht auch nicht. Aber in erster Linie geht es darum, dass natürlich aus der Sachbearbeitung heraus die Kompetenz dort vorliegt und dass dort natürlich auch berichtet werden kann, was dort getan worden ist. Für mich ist das eher das Thema gewesen: Sind die Angaben in sich schlüssig? Kann man sie verstehen? Und: Passt das einfach auch, oder sind da Widersprüche drin, die man so nicht nachvollziehen könnte? Aber das waren in der Regel aus meiner Sicht sehr gute Berichte, die gefertigt worden waren, mit denen man eigentlich sehr nachvollziehbar auch verstehen konnte, was passiert ist.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Sind Sie dann fortlaufend auch unterrichtet worden über den Gang der Akte Edathy, also in welchem Stadium sie sich befindet bis zur Abgabe an die Staatsanwaltschaft oder sogar noch darüber hinaus?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das war ja ein relativ kurzer Zeitraum. Nachdem, wie gesagt, am 15.10. der Name von Herrn Edathy auftauchte, gab es ja auch die Kontakte zwischen der ZIT, Frankfurt, und SO 12, also den Sachbearbeitern - wie verfahren wir jetzt? -, sodass dann sehr schnell am 18.10., soweit ich mich erinnere, direkt dann auch die Akte abverfügt worden ist und per Kurier von uns, vom BKA in Wiesbaden, zur ZIT gebracht worden ist. Es war ja klar, dass da auch eine schnelle Sachbearbeitung erfolgen muss.



2. Untersuchungsausschuss

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ist Ihnen bekannt, dass es Kontakte gab unmittelbar zwischen den Sachbearbeiterinnen im Referat SO 12 und der Staatsanwaltschaft Hannover, Herrn Oberstaatsanwalt Klinge?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das ist mir bekannt. So, wie ich das noch erinnere bzw. auch aus dem Aktenstudium ersehe, waren das insgesamt in dem Kontext viermal Kontakte, wo zwischen Herrn Klinge - heißt er, glaube ich - und unseren Sachbearbeitern Kontakt gewesen ist.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Können Sie sich noch dran erinnern, dass Sie auch wussten, dass es die Bitte gab vom Leitungsstab, Kontakt mit Herrn Klinge aufzunehmen und nach dem Fortgang der Akte oder nach dem Sachstand zu fragen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich habe das einmal direkt mitgekriegt, weil es auch über meinen Schreibtisch - - oder mir zur Kenntnis gekommen ist, entweder Schreibtisch oder mündlich. Ansonsten war das aber ein direkter Auftrag gewesen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Der Ihnen aber bekannt war?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Im Nachgang einmal bekannt. Einmal wusste ich es definitiv.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ist das ein üblicher Vorgang, dass aus dem Leitungsstab die Bitte kommt an das Fachreferat, an die Sachbearbeiterinnen, Kontakt zu halten, Kontakt aufzunehmen zur Staatsanwaltschaft, um zu gucken, welchen Fortgang die Akte nimmt, oder war das ungewöhnlich hier im Sachverhalt Sebastian Edathy?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, sagen wir mal so: Der ganze Sachverhalt ist ungewöhnlich. Ansonsten ist es sicherlich für mich etwas, was normal ist. Wir kriegen jeden Tag viele Aufträge, auch aus dem Leitungsstab der Amtsleitung, wo noch mal nachgefasst werden muss, wo einfach Unklarheiten sind. Also, das ist für mich erst mal nichts Außergewöhnliches, sodass ich da auch keinen Grund hatte, nachzufragen: Warum? Wieso? Weshalb? Also, war für mich normales Alltagsgeschäft.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann habe ich noch eine abschließende Frage. Michael Hartmann, der Bundestagsabgeordnete, ist der Ihnen bekannt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Er ist mir bekannt, ja.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Kennen Sie den auch persönlich? Hatten Sie persönlich mit ihm mal zu tun bei einer Tagung oder bei irgendeinem anderen Anlass?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, er war auf den Herbsttagungen des BKA gewesen, einmal Cybercrime-Thematik 2013. Er war, glaube ich, auch jetzt, ohne dass ich ihn persönlich wahrgenommen hatte, im Jahr 2014 auf der OK-Herbsttagung und Verabschiedung von Herrn Ziercke, und er war, wo ich persönlich auch mit ihm gesprochen hatte dann, also ich persönlich, im Juni 2014 auf einer, ja, ich sage mal, Veranstaltung, glaube ich, des Innenausschusses, war es gewesen, einer besonderen Informierung. Da ging es um Fragestellungen Cybercrime. Da gab es den eBay-Datenklau zu der Zeit. Wir hatten auch Kinderpornografie drauf, allgemein jetzt im Kontext: Was braucht man denn an neuen Gesetzen? Also, das waren so die Themen, die wir hatten. Und einmal hatte ich ihn vor einigen Jahren getroffen in Berlin anlässlich der Tagung vom *Behörden Spiegel*. Aber ich kenne ihn so persönlich im Sinne von „Er kennt mich, ich kenne ihn“ nicht.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Haben Sie bei einer dieser Gelegenheiten mit Michael Hartmann mal über den Sachverhalt Edathy oder über die Operation „Selm“ oder irgendwas in diesem Kontext gesprochen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, als er bei uns war im BKA zu einem Briefing, hatten wir das Thema Kinderpornografie. Wir haben nicht kontextual über Herrn Edathy gesprochen. Wir haben natürlich gesprochen über die Themen, soweit ich mich erinnere: Wie schwierig ist das? Welche Besonderheiten sind in den Fällen? Was muss eigentlich rechtlich passieren aus unserer Sicht? Das war mehr so diese Richtung, die ich erinnere.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen. - Dann kommen wir jetzt



2. Untersuchungsausschuss

zur Befragung durch die Fraktionen. Es beginnt Herr Tempel, Fraktion Die Linke. Bitte sehr.

Frank Tempel (DIE LINKE): Danke schön, Frau Vorsitzende. Ich möchte auch gleich an eine Frage, die Sie gestellt haben, zu Beginn mal anknüpfen, um da den Faden nicht zu verlieren. Es ging darum, wenn noch mal Rückfragen bei der Staatsanwaltschaft sind, was aus dem Fortgang der Akte wird. Da sprachen Sie - - wenn es Unklarheiten gibt. Also, ich kenne ja den Fall, dass die Staatsanwaltschaft ihrerseits immer mal Rückfragen haben kann daher, wo sie die Akte hat und noch mal Nachfragen hat, Nachbesserungen möchte, Ergänzungen möchte; das kenne ich. Aber welche Unklarheiten, wenn das BKA ab einem gewissen Stand, wo Sie zuständig waren, die Akte abgegeben haben - - Was sind das seitens des BKA für Unklarheiten, dass man Grund hat, noch mal nachzufragen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, meine Antwort - ich habe das dann vielleicht nicht genau richtig ausgedrückt - bezieht sich darauf: Wenn wir einen Bericht zuliefern an unsere Amtsleitung, der meinerwegen die Amtsleitung informiert oder das BMI in diesem Kontext, und ich habe etwas nicht verstanden in diesem Bericht, dann habe ich nachgefragt. Ich habe nicht die Akte „Abgabe an die Staatsanwaltschaft“ von Herrn Edathy gesehen oder in den Händen gehabt. Die habe ich zu keinem Zeitpunkt irgendwo mit hinterfragt. Ich kenne sie auch in der Form nicht.

Frank Tempel (DIE LINKE): Grundsätzlich ist die Frage entstanden - - Also, das BKA hat ja bestimmte Aufgabenzuweisungen. Das ist zum Beispiel: Es kommt ein Verfahren aus Kanada, und keiner weiß so richtig: Welche Fachdienststelle, welches LKA wäre dafür zuständig? Oder sind mehrere zuständig? Muss das aufgeschlüsselt werden - das haben wir hier alles auch gut erklärt bekommen von Ihren Kollegen -, um das aufzuarbeiten? - Aber irgendwann ist man mit dieser Aufgabe fertig, und man gibt es ab, entweder an eine andere Dienststelle oder an die Staatsanwaltschaft, wie in dem Fall. Welches Aufgabenspektrum des BKA deckt es ab, dass man dann, wenn man etwas abgegeben hat, sich noch mal - außer einer verständlichen Neugier - dafür interessiert, was aus dieser Akte weiter wird? Wo ist

da die Zuständigkeit? Welche Aufgabe des BKA wird da erfüllt, wenn die Akte einmal abgegeben ist, weg ist?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das Referat SO 12 hat zum Beispiel auch Rücklaufbögen mit an die Vorgänge drangehängen. Das haben die Kolleginnen und Kollegen mir auch erklären müssen, weil ich ja nicht sachbearbeitend tätig bin. Insofern versuchen die natürlich auch immer, noch mal retrograd zu erfahren: Was ist eigentlich aus unserem Vorgang geworden? Ist durchsucht worden? Welche Erkenntnisse sind dort entstanden? Das ist, denke ich mal, immer ein genereller Punkt, den die Sachbearbeitungen versuchen, wobei diese Rückläufe aus den Ländern nicht so gut sind.

Frank Tempel (DIE LINKE): Allein bei dem „Selm“-Verfahren haben wir 800 Beschuldigte. Ist das nicht ein Riesenarbeitsaufwand, bei den Verfahren dann immer nachzufragen: Was ist aus der Akte geworden?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wie gesagt, das wird über Rücklaufbögen normalerweise geregelt, also, dass wir an den Vorgang einen Rücklaufbogen hängen mit der Bitte für die Länderkollegen, den auszufüllen und zu berichten, was aus dem Verfahren wird.

Frank Tempel (DIE LINKE): Aber hier gibt es doch den Fall, dass nicht nur einmal, sondern mindestens zweimal angerufen wurde bei der Staatsanwaltschaft. Ich will es nur verstehen; das ist kein Vorwurf. Aber diese Frage konnten wir hier nicht klären: Warum wird auch vom Führungsstab direkt noch mal angewiesen, nachzufragen, was mit dem Fortgang der Akte ist? Also, ist es doch nicht ein Verfahren wie alle anderen gewesen? Es ist einfach nur - - Ich verstehe ja - der Herr Ziercke hat ja auch im Innenausschuss gesagt -: Da kommt so ein Name, und man weiß natürlich, das ist politisch brisant, und alles an Verschwörungstheorien, was irgendwo auftauchen kann, kommt. Ist es einfach rein aus der Voraussicht, dass dieser Ärger, den wir jetzt auch mit dem Untersuchungsausschuss haben, kommt, dass man nachfragt, oder ist das eine konkrete Aufgabe des BKA, die es erforderlich macht, solche Anrufe zu tätigen? Wenn, dann möchte ich



2. Untersuchungsausschuss

diese Aufgabe gern benannt bekommen. Ich verstehe die nicht. Ich erkenne die nicht.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich kann Ihnen nicht nach der Motivation - - Oder: Was war der Grund, Auslöser für eine Bitte von unserem Leitungsstab, nachzufragen? Das weiß ich nicht. Das haben die mir nicht aufgeschrieben. Insofern: Die Frage kann ich Ihnen auch nicht beantworten. Allerdings ist es für mich nicht ungewöhnlich, Aufträge aus dem Leitungsstab zu bekommen, wo wir bestimmte Dinge noch mal verifizieren, uns um Sachstände kümmern müssen, und in anderen Verfahren tun wir das teilweise auch, also, wo wir einfach drum bitten, noch mal den Sachstand im Land zu erheben: Wie weit sind die Ermittlungen? Also, es ist nicht so, dass das ein Einzelfall wäre. Bei Dingen, die in der Kriminalität von besonderer Bedeutung sind oder wo größere Verfahren dahinterstecken, ist das etwas, was wir in der Tat machen. Wir nehmen Kontakt mit den Ländern auf und versuchen noch mal, den genauesten Stand zu bekommen.

Frank Tempel (DIE LINKE): Macht ja auch Sinn. Ich muss ein bisschen immer - - Ich bin nicht unhöflich und will Ihnen nicht ins Wort fallen. Aber nach acht Minuten kommt da immer so ein Bing, und dann ist der Nächste dran.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, sorry.

Frank Tempel (DIE LINKE): Es macht ja auch Sinn, wenn man sich informiert, wenn man dann später eventuell auch - egal, ob vor Gericht oder im Untersuchungsausschuss - Fragen beantworten kann. Welche Möglichkeiten haben Sie denn, sich auf so einen Untersuchungsausschuss vorzubereiten? Ist das rein das Gedächtnis? Stehen Ihnen da Unterlagen zur Verfügung? Sie haben ja irgendwann erfahren, dass Sie hier aussagen sollen. Wie sieht denn die Vorbereitung dazu aus?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Sie haben umfangreich Unterlagen bekommen. Ich habe zu den Unterlagen, die mich betreffen, auch einen Zugriff. Also, die sind in einer Ablage abgelegt, und die kann ich mir angucken, wobei, ich gebe auch zu: Die Flut der Akten war dann doch viel.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das ist viel. Und das geht dann bis zum heutigen Tag, mit einer Betreuung auch?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Betreuung nein.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich frage deswegen, weil - - Ich will Sie ja nicht reinlegen hier. Es gibt ja die Arbeitsgruppe Untersuchungsausschuss BKA, und Sie werden auch begleitet; das wissen wir. Ich frage nach, weil es da ein Missverständnis gibt, wo ich nachhaken möchte. Also, da ist eine Betreuung dann auch da?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, eine reiseteknische Betreuung hat es gegeben. Man hat mir meine Belehrungen ausgehändigt, hat mir noch mal gesagt, genau den Untersuchungsgegenstand anzuschauen, diese Dinge. Das ist die Betreuung.

Frank Tempel (DIE LINKE): Wenn Sie im Zeugenraum sitzen mit den anderen Zeugen zusammen, haben Sie Kontakt dann zu dieser Betreuung?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich bin hier vom - - Jetzt habe ich wahrscheinlich - -

Frank Tempel (DIE LINKE): Sie sitzen im Zeugenwarteraum, -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, da sitzt -

Frank Tempel (DIE LINKE): - während wir hier bereits einen anderen Zeugen vernehmen.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: - eine Dame hier vom - - hier von Ihnen sitzt bei uns.

Frank Tempel (DIE LINKE): Vom Sekretariat. Die ist nicht von uns.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Die betreut mich im weitesten Sinne.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Die ist für den gesamten Untersuchungsausschuss zuständig.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Die ist auch dabei die ganze Zeit.



Frank Tempel (DIE LINKE): Aber der Vertreter des BKA von dieser Arbeitsgruppe kommt auch da ab und zu rein, während wir hier andere Zeugen vernehmen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Der kam wieder rein jetzt, als Herr Schiffels fertig war, und hat Herrn Schiffels zugeführt, und dann war er wieder weg.

Frank Tempel (DIE LINKE): Gut. - Wie viel Zeit habe ich noch, um einen neuen Komplex anzufangen?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Eine Minute.

Frank Tempel (DIE LINKE): Dann möchte ich wenigstens eine Frage kurz noch anschneiden. In Ihrer Funktion als Abteilungsleiterin: Controlling, welche Rolle spielt das? Wir reden ja hier nicht nur darum: „Wer wurde von wem informiert?“, oder so was, sondern natürlich stand auch die Frage - - Da liegt ein Verfahren mit Daten zu - wie sich später rausstellt - 800 Personen, kann monatelang nicht bearbeitet werden; zwei Leute wurden freigestellt. Also, es gab ja eine Reaktion. Aber wie sieht das Controlling auf Ihrer Leitungsebene aus, in Ihrer Verantwortung? Wir haben das ja andere Gruppenleiter zum Beispiel auch gefragt. Wir wollen ja auch nachhaken: Was ist vielleicht auch besser zu machen in der Zukunft?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie die Frage stellen, Herr Tempel; denn das ist in der Tat ein ganz kritischer Punkt bei den großen Umfangsverfahren, die vorliegen, diese Menge an Daten zu bewältigen. Das, was wir tun, ist natürlich das, was eigentlich jeden Tag erfolgen muss auf allen Ebenen: a) eine Priorisierung von den Vorgängen, Sachstände abfragen. Mein Mittel ist vor allen Dingen, dass ich regelmäßige Besprechungen habe mit den verantwortlichen Gruppenleitern, dass wir regelmäßige Führungsinformationen schreiben lassen und bei Dingen, die eben virulent sind, einfach auch reingehen und fragen: Müssen wir nachsteuern, an Personal beispielsweise?

Frank Tempel (DIE LINKE): Danke. - Jetzt kam dieses Bing.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja, jetzt kam das Piepen, und deswegen ist jetzt die Fraktion CDU/CSU dran. Wer fragt? - Frau Woltmann, bitte sehr.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Aber Herr Tempel, Sie wissen ja, Sie kommen wieder dran. Also, das kann Sie ja trösten dann.

Frau Vogt, ich möchte noch mal auf den 15. Oktober 2013 zurückkommen. Sie haben ja vorhin geschildert, dass Sie durch Herrn Schiffels telefonisch in Spanien informiert worden sind, aber noch nicht den Namen erfahren haben. Dann habe ich Sie, ich hoffe, richtig verstanden, dass Sie dann aber noch auf dem Flughafengelände doch ihn auch schon angerufen haben, um zu fragen: Welcher Name verbirgt sich hinter der Person, was er dort angedeutet hatte? Ich frage auch noch mal, ob ich Sie auch richtig verstanden habe, dass Sie dann Herrn Ziercke auch unmittelbar noch auf dem Flughafengelände über den Namen informiert haben. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Sie haben mich richtig verstanden, wobei den zweiten Teil - habe ich Herrn Ziercke noch direkt erwischen können und ihm das sagen können? - ich nicht genau weiß. Ich weiß nur, dass ich ihm definitiv nachmittags gesagt habe: Wir haben eine politisch bekannte Person auf dieser Liste. - Ich meine, dann, als wir gemeinsam gelandet sind, weiß ich, habe ich Herrn Schiffels noch mal kontaktiert und habe gefragt: Was ist es denn nun? Wer ist es? - Und dann ist es nicht mehr genau bei mir in Erinnerung.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Da muss ich noch mal nachfragen. Sie sind doch am Abend des 15.10. gelandet -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): - und nicht erst am 16.?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wir sind am 15.10. abends gelandet.



2. Untersuchungsausschuss

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Und haben Sie jetzt Herrn Ziercke noch an dem Abend informiert oder erst am nächsten Tag? Wann haben Sie ihn darüber informiert?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wenn ich ihn informiert habe, was wahrscheinlich der Fall ist, dann muss es an dem Abend gewesen sein, noch direkt dort im Flughafengelände.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Denn ich denke, das muss ja auch wie eine Bombe eingeschlagen sein, dieser Name - ich denke mal, auch bei Herrn Ziercke -, dass der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, der vielleicht nicht immer so freundlich während der Befragung mit Herrn Ziercke umgegangen ist - - muss das ja schon eine besondere Information von erheblicher Bedeutung gewesen sein. Insofern ist es mir jetzt so ein bisschen kaum nachvollziehbar, dass es da nicht irgendeine Reaktion gegeben haben soll. Deswegen frage ich Sie noch mal und bitte Sie, noch mal in Ihrem Gedächtnis wirklich nachzuforschen, wie die Reaktion war. Ich entnehme jetzt oder ich stelle jetzt erst mal fest, dass Sie gesagt haben, Sie haben ihn an dem Abend des 15.10. noch informiert. So, und jetzt frage ich noch mal: Wie hat er darauf reagiert?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, definitiv weiß ich, dass ich ihn nachmittags informiert habe, dass Herr Schiffels mich angerufen hat und dass wir eine politisch bekannte Person auf der Liste haben.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Am 15.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Am 15. zwischen 15.30 und 16 Uhr, irgendwo in diesem Zeitraum. Ich weiß auch, dass ich nach der Landung mit Herrn Schiffels Kontakt hatte und dass er mir dann den Namen gesagt hatte, telefonisch, und ich meine - aber ich bin mir nicht sicher -, dass ich Herrn Ziercke noch in Kenntnis habe setzen können.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Aber wenn Sie sich - - Entschuldigung, dass ich das doch noch mal so konkret nachfrage.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, das dürfen Sie.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Sie erinnern sich an den Nachmittag. Sie erinnern sich an die Uhrzeit. Sie wissen, wann Sie zurückgekommen sind, können sich aber nicht hundertprozentig daran erinnern, ob Sie ihn wirklich informiert haben und wie er reagiert hat? Wirklich so?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Frau Woltmann, ich kann das verstehen. Mir geht es auch so. Ich sitze hier, und ich habe nachgegrübelt. Ich bekomme an der Stelle die Dinge nicht ordentlich zusammen. Ich weiß nur dann wieder, dass wir alle verabredet waren am 16. und dass ich das abends schon in Erfahrung gebracht habe, dass vereinbart worden ist, dass wir uns am 16. treffen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Frau Dr. Vogt, wir kommen jetzt deshalb so durcheinander, weil der Herr Ziercke angegeben hat, er sei um 15.45 Uhr an diesem 15. Oktober durch die sachbearbeitende Dienststelle darüber informiert worden. Aber da müssen Sie ja zusammen in Spanien gewesen sein.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Da waren wir in Spanien auf Dienstreise.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Meinte er dann Sie mit der sachbearbeitenden Dienststelle?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das weiß ich nicht. Das müssten Sie ihn fragen. Ich weiß nur, dass ich ihm, wie gesagt, in diesem Zeitraum gesagt habe: „Eine bekannte Person ist auf der Liste, aber wir wissen, eine politische Person“, und dass ich den Namen noch nicht wusste zu dem Zeitpunkt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, der Präsident Ziercke hat nicht den Eindruck erweckt im Innenausschuss und auch nicht im Untersuchungsausschuss, dass er um 15.45 Uhr den Namen Edathy gar nicht kannte, sondern der erweckte den Eindruck, da kannte er den Namen.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, was ich nicht ausschließen kann, ist, dass er schon eine andere Informationslage hatte als ich. Er hat ja auch Telefon.



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, aber sagen Sie mal - -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Aber ich weiß, dass ich ihn informiert habe über diesen Sachverhalt, da ist eine bekannte Person auf der Liste. Das weiß ich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Bei aller Professionalität, die ich Ihnen unterstelle. Also, ich hätte es auch als Bombe gesehen. Sie sind zusammen in Spanien, kriegen so eine Info, und dann kann doch jetzt nicht Zweifel daran entstehen: Wussten Sie beide da schon den Namen oder nicht? Wie kam die Informationskette zustande? Das kommt mir jetzt wirklich komisch vor.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich wusste den Namen in diesem Zeitraum, nachmittags, definitiv nicht. Das kann ich erinnern.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, das hat auch Herr Schiffels so bestätigt. Ich habe ihn extra gerade eben gefragt, und er sagte auch, er hat Ihnen den Namen nicht gesagt.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wusste ihn der Präsident, als Sie ihm das mitgeteilt haben, oder hat der dann in Spanien telefoniert? Weil wir gingen bisher davon aus - deswegen die Verwunderung -, am 15. Oktober, nachmittags, wusste der Präsident, dass es sich um Sebastian Edathy handelt. Ich wusste bisher nicht mal, dass der in Spanien war, oder ich habe was versäumt. Das ist für uns auch eine relativ neue Information - nicht „relativ“, sondern eine brandneue. Das hat er auch nicht gesagt. Für mich wirkte das so, als wäre er in Wiesbaden gesessen und hätte sich auf dem Dienstweg ganz normal informieren lassen, und jetzt war er in Spanien, und die sachbearbeitende Dienststelle heißt Sabine Vogt. So kommt mir das jetzt gerade vor. Nur, Sie haben ihm nicht den Namen Sebastian Edathy nennen können. Können Sie uns irgendwie helfen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich kann Ihnen nur mit derselben Version dienen, die ich eben schon gesagt habe, weil das war der Sachverhalt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich kann Ihnen da auch nicht weiterhelfen jetzt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Als Sie gerade eben das ausgeführt haben - - Sie sind gelandet, und dann wirkte Ihre Aussage so: Die Kabinentür geht auf und noch, als es verboten ist, haben Sie schon Ihr Handy angemacht und haben nachgefragt. So wirkte es auf mich.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das weiß ich nicht. Das glaube ich jetzt nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber so ähnlich - - Also, Sie haben sehr schnell nachgefragt.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, natürlich. Also, ich habe zu Herrn Schiffels nach Landung Kontakt aufgenommen. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob das war, dass wir in dem - - oder dass ich in dem Raum stand, wo ich meinen Koffer in Empfang genommen habe. Das weiß ich nicht mehr, ob das am Fließband war. Das weiß ich wirklich nicht mehr. Ich weiß nur, ich habe sehr zeitnah nach Landung telefoniert.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und Sie wissen nicht definitiv, ob Sie dann mit der Information noch mal mit Herrn Ziercke gesprochen haben?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das kann ich nicht mit Sicherheit sagen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das heißt, Ihre Wege haben sich definitiv auch am Flughafen getrennt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Die Wege haben sich am Flughafen getrennt, in der Tat. Herr Ziercke hat einen anderen Weg genommen als ich.



2. Untersuchungsausschuss

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Na gut. Dann lassen wir das erst mal so stehen. Wir haben - das ist ja gerade noch mal gesagt worden - - Also, im Innenausschuss hat er klar gesagt, er ist am Nachmittag informiert worden über den Namen, und das war eben nicht nur, dass ein politischer Mensch, ja, ein bekannter Politiker auf der Liste steht, sondern er hat eindeutig und klar im Innenausschuss gesagt, dass er am 15.10. darüber informiert worden ist. Das ist jetzt schon ein bisschen verwunderlich. Und auch in der Chronologie, die wir haben, die ja, ich meine, auch vom BKA gemacht worden ist, sind diese Informationen ja auch drauf, dass er die Information über Herrn Edathy, dass also Herr Edathy auf der Liste steht, am 15. bekommen hat. Also hat er sie definitiv bekommen. Nun müssen wir da noch mal klären, wann genau er sie bekommen hat. Es ist sehr schade, dass Sie sich, obwohl Sie sich an so viele andere Einzelheiten erinnern, daran jetzt, an den Abend nicht erinnern. Ich weiß nicht, ob das so schockähnlichen Zustand ausgelöst hat, dass es so verwunderlich war, dass Sie sich jetzt daran nicht erinnern können. Gut. Nehmen wir das jetzt erst mal so.

Wie lange waren Sie in Spanien auf Dienstreise, und zu welchem Zweck waren Sie in Spanien?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Gehört das zum Untersuchungs- - Also, wir haben - - Ich meine, zwei Tage waren das gewesen, und wir waren bei spanischen Partnerdienststellen gewesen, also polizeiliche Kontexte ausschließend.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Gut. - Ich möchte jetzt auf einen - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Entschuldigung. - Also, Sie waren nicht auf einem Kongress, sondern Sie waren eigentlich zu einem Termin, wo Sie ganz eng mit Herrn Ziercke permanent zusammen waren, -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nicht permanent.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - weil es Arbeitstermine waren?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja. Also, nicht permanent, weil es gab unterschiedliche, ich sage mal,

Anlässe da drin, wo wir auch nicht zusammen waren. Also, ich war nicht dauernd an seiner Seite, das nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber prinzipiell ging es um Arbeitstermine und nicht um einen Kongress oder so was?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein, kein Kongress. Aber es gab da natürlich auch, ich sage mal, ein Abendessen auch bei den Dienststellen, -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ist klar.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: - wo wir nicht dauernd zusammen sind, sondern uns mit den Kollegen aus dem Ausland unterhalten. Das heißt, alles, was er in der Zwischenzeit macht, mit wem er telefoniert, das kriege ich auch nicht mit.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber am Nachmittag des 15. dann hätten Sie schon bemerkt, wenn bei ihm plötzlich Aufregung entstanden wäre mit viel Telefonaten usw.?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wenn da sehr viel telefoniert worden wäre, hätte ich das schon mitgekriegt, denke ich. Aber es kann durchaus sein, dass er zwischenzeitlich auch informiert worden ist. Also, ich schließe das nicht aus. Dass da parallele Anrufe gelaufen sind, das kann ich nicht ausschließen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Haben Sie im Laufe des Nachmittags - dann waren Sie ja noch in Spanien - eine Veränderung bei Herrn Ziercke festgestellt? War er in irgendeiner Art und Weise verändert im Laufe des Nachmittags und des Abends?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wir sind ja beide in - - Ich hatte ihm ja gesagt, da ist eine prominente Person, und ich weiß aber den Namen noch nicht.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Würden Sie bitte etwas lauter sprechen und das Mikrofon ein bisschen näher holen? - Danke.



2. Untersuchungsausschuss

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich hatte ihm ja gesagt gehabt, dass eine prominente Person, eine politische Person auf dieser Liste ist. Mein Eindruck war, zu dem Zeitpunkt hat er es noch nicht gewusst.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Können Sie noch mal schildern, wie genau er darauf, auf diese Information, reagiert hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, in dem Sinne - - Ich kann mich an so eine besondere Reaktion - - habe ich nicht in Erinnerung. Das war nur natürlich auch der Wunsch irgendwo - - Wer ist das jetzt? Aber wir nehmen das dann - - Wir müssen ja auch abwarten, ehe wir bestimmte Informationen haben. Vorher kann man damit erst mal nicht viel anfangen, außer dass klar ist - - Für uns war klar: Wir müssen sehen, dass wir dann möglichst schnell wissen, um wen es sich handelt. Aber wir haben das dann nicht weiter thematisiert. Das war ein kurzer Zwischenruf gewesen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Bei der Besprechung, die ja dann am nächsten Tag wieder in der Dienststelle stattgefunden hat - vielleicht könnten Sie das noch mal kurz schildern -: Wer war genau alles dabei, und was genau, ganz konkret, ist dort besprochen worden?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wie gesagt - -

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Und welche Anweisungen hat Herr Ziercke gegeben?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, Herr Ziercke war dabei. Herr Schiffels war dabei. Meine stellvertretende Stabsleiterin, Frau Wagner, war dabei. Wer genau von den Mitarbeitern SO 12 jetzt dabei war, kann ich im Moment auch nicht mehr sagen; das weiß ich nicht.

Dargestellt worden ist der Sachverhalt, also dass der Name von Herrn Edathy auf der Liste gewesen ist. Dann wurde dargestellt: Welche Liste ist das denn überhaupt? Um was handelt es sich hier noch mal?

Dann wurde erörtert, wie man den Vorgang auch handhaben muss, das heißt, sensibler Vorgang,

bitte nicht an die neutralen Postfächer, und, soweit ich mich erinnere, auch dann noch mal das Thema: Wir müssen sicherlich einen Berichtsentwurf machen, auch für das Innenministerium, weil damit konnte man schon mal arbeiten, und natürlich auch das Thema, die Akte selber auch ordentlich zu bearbeiten. Aber das war dann eher Sachbearbeitungsthema.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Vielleicht können Sie noch was dazu sagen, zur Information des Innenministeriums. Sie sagten gerade, es sollte eine Führungsinformation geschrieben werden. Ist auch ganz konkret darüber gesprochen worden, wie oder wer genau auch im Innenministerium informiert werden sollte? Wussten Sie, wie das ablaufen wird, wer dort wen informieren wird?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Dass das Aufgabe von Herrn Ziercke ist und nicht von uns, das war klar, sodass ich auch wieder nur mutmaßen kann, dass er gesagt hat: Ich werde das machen. - Aber ich weiß es nicht. Klar war nur: Wir werden schlicht und ergreifend nur eine saubere Aktenlage darstellen, den Sachverhalt schildern und das als Berichtsentwurf an die Amtsleitung geben.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): War dann Ihnen auch klar, wer im Innenministerium zu informieren ist, dass es der Minister ist, der Staatssekretär, oder wie ist das geregelt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: An der Stelle sagt mir meine Erfahrung, wer davon zu informieren ist. Aber das ist dann letztlich auch Sache der Amtsleitung gewesen, wen die da genau ansprechen und wie sie es machen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Gibt es da keine klaren Regelungen darüber, wie oder über welche Vorgänge das Innenministerium zu informieren ist?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, es gibt keine Regelungslagen, in welcher Hierarchie wer im Innenministerium zu informieren ist. Für die tägliche Arbeit sind es immer die Referate; ist ja klar. Für Vorgänge grundsätzlicher Art ist dann Unterab-



2. Untersuchungsausschuss

teilungsleiter oder Abteilungsleiter. Bei dem Vorgang war auch klar, dass auch natürlich hier möglichst wenig Außenwirkung erzeugt wird, also möglichst wenig Mitarbeiter auch im Innenministerium. Insofern könnte das nur recht hochrangig sein.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Haben Sie denn später auch noch Informationen darüber bekommen, wen Herr Ziercke informiert hat und was dann auch dort besprochen worden ist und welche weiteren Weisungen dann vielleicht auch aus dem Innenministerium gekommen sind?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich habe im Nachgang dann natürlich mitbekommen, dass der Staatssekretär informiert worden ist. Für uns blieb es letztlich bei der Weisung, die Vorgänge sauber zu bearbeiten, das heißt, ordentlich zu dokumentieren, die Aktenaufbereitung für die OP „Selm“ weiter zu betreiben, die Akte von Herrn Edathy natürlich schleunigst zu bearbeiten, und alles andere nahm den bekannten Gang.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ich denke mal, Sie gehören ja als Abteilungsleiterin schon zur Führungsebene im Haus. Deswegen die Frage: Sind Sie bei den weiteren Besprechungen über den Fall dabei gewesen oder regelmäßig darüber informiert worden, sodass Sie auch wussten, wie der Fall letzten Endes weiter bearbeitet wird? Waren Sie da ständig involviert?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, die Aktensachbearbeitung von Herrn Edathy ist eine Aufgabe gewesen, die in den wirklich professionellen Händen der Sachbearbeitung bei SO 12 gelegen sind. Hier ist natürlich dann das Gespräch mit der ZIT - was sind die Vorgaben der Staatsanwaltschaft? - zu beachten. Das ist ausschließlich eine Angelegenheit natürlich zwischen der Staatsanwaltschaft und der sachbearbeitenden Dienststelle. Natürlich bin ich informiert worden, wie die weiteren Bearbeitungsschritte sind. Aber es gibt ja auch keinen Grund, dort, ich sage mal, irgendwie zu agieren, weil das ist ordnungsgemäß behandelt worden und bearbeitet worden.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Also, Sie haben sich selber nicht weiter dann in den Fall eingeschaltet?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich war ständig im Informationsfluss drin.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Informiert ja, -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): - aber nicht selber mit eigenen Weisungen da noch eingebunden?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ich möchte noch auf einen Sachverhalt zu sprechen kommen. Am 27. November 2013 haben Sie Herrn Schiffels angerufen und ihm mitgeteilt, dass vom Leiter des Leitungsstabs, und zwar in Bezug auf die Führungsinformation Nr. 6 hin, telefonisch eine Weisung von Herrn Ziercke übermittelt worden ist, dass alle bei SO mit dem Fall befassten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht mehr das BMI informieren dürften. Erstens. Ist es so gewesen? Ja, man kann schon sagen aus den Unterlagen: ja. Und ist das so üblich, dass in so einem Fall dann die Mitarbeiter selber nicht mehr mit dem BMI sprechen sollen, oder was war Grund für diese Weisung?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wenn das in den Akten so steht, wird das auch so gewesen sein. Für mich ist das eigentlich erkennbar und klar, dass wir einfach wirklich eine klare Informationsstruktur da drin haben möchten, also dass jeder auch im Haus Bescheid weiß, wer informiert wen an der Stelle, weil das - - Wir wollten, wie gesagt, verhindern, dass es hier an der Stelle einfach auch zu viele, ich sage mal, nicht mit der Bearbeitung betraute Leute gibt, die dann irgendwo reingezogen werden. Also, für mich ist das jetzt nichts Besonderes gewesen, gerade in dem Fall immer in den hierarchischen Strukturen zu berichten.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Nun ist aber ja das Innenministerium schon Mitte Oktober informiert worden durch den Präsidenten. Insofern stellt sich ja schon die Frage, warum jetzt noch mal dann im November diese Weisung nachgeschoben wurde, dass jetzt aber auch kein anderer oder kein Mitarbeiter der Abteilung SO mit dem



Innenministerium Kontakt aufnehmen sollte. Ich muss noch mal fragen: Ist das denn sonst durchaus üblich?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wir haben sicherlich eine Situation, zum Beispiel wenn es um Gesetzesänderungen geht, wo natürlich ein Austausch auch besteht zwischen Mitarbeitern des Innenministeriums und meinen Mitarbeitern, weil man auch fachliche Probleme diskutiert oder auch Nachfragen hat zu bestimmten Entwicklungen, löschen statt sperren, also diese ganzen Themenblöcke. Insofern hat es, denke ich, hier nur der Klarheit gedient, dass man in dieser Angelegenheit eben wirklich dieses Chain of Command dann eigentlich verfolgt, also in den hierarchischen Strukturen berichtet.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Hierarchische Struktur bedeutet dann für Sie auch, dass es völlig normal ist und üblich ist, dass Herr Ziercke als Präsident des BKA auch selber diese Weisung ausgibt und sagt: Ich möchte, dass jetzt kein weiterer Mitarbeiter - - sondern nur vielleicht über ihn selbst oder über seinen Leitungsstab die Informationen rausgehen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, das ist für mich nicht ungewöhnlich.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Haben Sie davon - - Jetzt etwas auch wieder zum Ende November hin hatte der Anwalt von Herrn Edathy sich ja an die Staatsanwaltschaft in Hannover gewandt, um nachzufragen, ob irgendwas gegen seinen Mandanten vorliegt, und am 6. Dezember 2013 wurde das BKA durch den Staatsanwalt Klinge auch von diesem Anruf in Kenntnis gesetzt. Sind Sie selber auch über diesen Anruf aus Niedersachsen in Kenntnis gesetzt worden, und, wenn ja, was hat das bei Ihnen ausgelöst? Welche Schlussfolgerungen haben Sie daraus gezogen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich habe das im Nachgang natürlich erst mitgekriegt, dass es diesen telefonischen Kontakt gegeben hat. Für mich war einfach nur klar: Wir müssen es dokumentieren, wieder sauber aufschreiben und sicherstellen, dass das im Prinzip dann alles aufbereitet werden kann. Also, ich bin da sehr, ich sage mal,

ganz bewusst immer drauf gewesen, dass wir ordentlich eine Aktenlage schaffen, wo Dinge dann nachvollziehbar sind.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Nun hatte es ja einige Anrufe von den Mitarbeiterinnen bei der Staatsanwaltschaft in Niedersachsen, in Hannover, gegeben, was ja dann irgendwann dazu führte, dass die Staatsanwaltschaft fragte - ich sage es mal so einfach -: „Warum fragt ihr immer nach?“, und war etwas irritiert über diese Nachfragen. Dann sind ja auch vom Präsidenten alle angewiesen worden, dort nicht mehr nachzufragen. Wenn aber jetzt dieser Anruf - - Insofern waren Sie ja erst informiert darüber, wie der Stand in Niedersachsen ist, aber dann eben, nachdem die Informationen nicht mehr liefen, dann auch nicht mehr. Wenn Sie jetzt aber dann darüber informiert werden, dass ein Anwalt nachfragt, ob gegen seinen Mandanten ein Verfahren anhängig ist, hätte da nicht sehr viel schneller auch im Grunde die ganze Maschinerie anlaufen müssen? Deswegen frage ich Sie - wenn auch jetzt man sagen muss, ja, hauptsächlich in Niedersachsen, frage ich Sie aber jetzt noch -: Haben Sie daraufhin etwas unternommen, als Sie davon gehört haben, dass es diesen Anruf des Anwalts gegeben hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein, ich habe da nichts unternommen, außer wieder Dokumentation des Ganzen. Aber das wussten die Kolleginnen und Kollegen, die Mitarbeiter auch ohnehin, dass sie dokumentieren müssen. Ich habe das nicht bewertet. Ich habe es auch nicht irgendwie genommen und was Besonderes damit gemacht jetzt.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Danke. - Am - das hatten, glaube ich, auch Sie veranlasst - 14. Februar ist eine Chronologietabelle angelegt worden zur Operation „Selm“ und auch zum Fall Edathy. Diese Tabelle gibt es jetzt in zwei Varianten, und dazu möchte ich Sie befragen. Die erste Variante hat laut Begleitmail den Stand 16.21 Uhr. Ich muss, glaube ich, mal die MAT-Nummer sagen. Das ist MAT A BKA 18(27)1-3, 201, Seiten 119, 120. Diese Liste enthält nämlich einen Eintrag: Präsident Ziercke, Telefonat Oppermann.

Dann gibt es eine zweite Variante laut Begleitmail. Die hat den Stand von Uhrzeit 16.48 Uhr.



2. Untersuchungsausschuss

Die ist fast identisch, nur diese Zeile über das Telefonat fehlt. In der Begleitmail heißt es dazu kurz und bündig, der zuständige Unterabteilungsleiter habe um Löschung der falschen Zeile gebeten. So, Sie können sich das gleich da noch mal angucken. Da frage ich Sie nun: Was war jetzt tatsächlich falsch an dieser Zeile? Hat er telefoniert mit Herrn Oppermann, oder hat er nicht telefoniert?

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Denn Herr Oppermann hatte ja auch in seiner Pressemitteilung - wenn ich das noch eben, den Gedanken, zu Ende führen darf - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein, wir halten die Zeit an.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ach so, Entschuldigung. Ich dachte schon, jetzt ist die Zeit zu Ende.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Nein, nein. Die Zeugin sollte sich das in Ruhe anschauen.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich schaue eben noch mal. Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja, wir halten die Zeit an.

(Zuruf: Können Sie das Datum noch mal sagen?)

Barbara Woltmann (CDU/CSU): 15. Oktober ist das.

(Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist ganz unten auf der Seite 120!)

Ich frage das deswegen, weil Herr Oppermann ja in seiner Pressemitteilung vom 13. Februar selber angegeben hat, ihn angerufen zu haben, und Herr Ziercke hat auch dieses Telefonat ja nicht bestritten. Insofern ist jetzt die Frage: Was ist jetzt falsch gewesen an der Zeile? Warum sollte das rausgenommen werden?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil das ging nicht auf mich zurück. Und dann steht da ja drin:

aktualisierte Version [Herr Schiffels hatte um Löschung einer (falschen) Zeile ... in der alten Version gebeten]

Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Es war ja auch in der ersten Version mit Fragezeichen hinterlegt: Telefonat Oppermann - Fragezeichen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Die Chronologie oder die Aufstellung dieser Chronologie war ja von Ihnen in Auftrag gegeben worden. Haben Sie sich das später noch mal angeguckt, oder ist Ihnen aufgefallen, dass es im Grunde zwei Versionen gibt? Denn in der veränderten Version der Tabelle tauchte ja das Telefonat zwischen den beiden gar nicht mehr auf. Da fehlt das ja ganz.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, mir fällt das jetzt erst auf, dass „Telefonat Oppermann?“ - - Also, sagen wir so: Mir ist es aufgefallen wahrscheinlich, als ich es gesehen hatte. Aber ich kann es eben nicht erinnern direkt. Was ich halt weiß, ist, wenn es mit Fragezeichen versehen ist, dass es eben nichts Gesichertes ist. Also, insofern kann ich das auch nur retrograd versuchen zu erklären. Aber warum jetzt Herr Schiffels das angewiesen hat und woher er was weiß - - Da müsste man Herrn Schiffels noch mal fragen. Sorry.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Also, fällt Ihnen jetzt erst auf? Sie wissen nicht, können das nicht beantworten, warum es in der zweiten Version gestrichen worden ist und dann gar nicht mehr auftaucht?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: So ist das.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Das Telefonat hat aber ja nun tatsächlich stattgefunden. Wissen Sie etwas über dieses Telefonat zwischen den beiden? Haben Sie erst mal überhaupt Informationen darüber - selber, persönlich, aus eigener Information oder durch Dritte oder wie auch immer -, dass das Telefonat stattgefunden hat, und, wenn ja, haben Sie da nähere Informationen drüber?



2. Untersuchungsausschuss

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich habe persönlich keine Informationen erhalten. Ich habe das letztlich erfahren natürlich aus Presse und den Umständen, die dann folgten, auch mit dem Rücktritt von Herrn Minister Friedrich. Ansonsten war ich da in keiner Weise eingebunden oder informiert.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ende?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ja. - Frau Lemke fragt. Bitte sehr.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte gerne noch mal anschließen, Frau Vogt, an die Frage, wie die Information in Richtung Herrn Ziercke gelaufen ist. Sie sagten ja, Sie erinnern es nicht mehr genau, aber wenn, muss es am Abend auf dem Flughafen noch telefonisch passiert sein. Also, physisch, wissen Sie, haben Sie auf jeden Fall nicht mehr mit ihm gesprochen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wenn, muss es auf dem Flughafen passiert sein, in der Tat. Ich kann Ihnen wirklich nicht sagen, ob ich das genau war und ihm das noch direkt gesagt habe.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn, muss es telefonisch passiert sein. Sie haben sich nicht mehr getroffen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich habe nicht mehr mit ihm danach telefoniert, das nicht. Wenn, muss es am Flughafen noch gewesen sein.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn, muss es am Flughafen nicht telefonisch gewesen sein?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja. Also, ich bin gelandet. Ich habe mit Herrn Schiffels telefoniert. Das weiß ich noch. So, und danach - - Ob ich Herrn Ziercke noch direkt bei mir hatte, das weiß ich nicht mehr genau. Ich kann Ihnen das mit Sicherheit nicht mehr sagen. Ich mutmaße, dass ich es war.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen, dass Sie nicht mehr mit ihm telefoniert haben nach der Landung?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das nicht mehr, nein.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ziercke wusste aber am nächsten Morgen bei der Besprechung im Amt Bescheid, um wen es geht?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also muss er entweder am Abend noch von Ihnen informiert worden sein oder von jemand anderem informiert - -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Oder schon nachmittags.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von jemand anderem?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Es kann durchaus aus, dass er natürlich nachmittags schon die Information hatte, weil ja mehrere Kanäle durchaus gelaufen sind bei uns im Haus.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten ja gesagt, als Sie ihn noch nicht namentlich informiert hatten, war Ihr sehr deutlicher Eindruck, dass er den Namen auch noch nicht kannte.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Es gab zumindest keine erkennbare Reaktion: Ist alles schon bekannt. - Also, das nicht.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, er hätte dann letztendlich noch mal nachfragen müssen irgendwo, oder Sie haben seine Reaktion falsch interpretiert?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich kann Ihnen nur sagen: Er hat mir zumindest keinen Namen - - Er hat nicht gesagt: Ja, ich weiß, das ist die Person Herr Edathy. - Also, das hat er mir nicht gesagt.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie denn, ob aus Ihrer Abteilung eine parallele Information an den Präsidenten direkt gegangen ist?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das glaube ich nicht. Aber sicher weiß ich es nicht. Aber ich gehe da-



2. Untersuchungsausschuss

von aus, dass es nicht war. Wenn, dürfte das gelaufen sein eher über die Stabsstelle des Hauses, vermute ich mal, also des Amtes.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber Sie wissen nicht, wie die Information letztendlich beim BKA-Präsidenten gelandet ist, obwohl die Informationspflicht bei Ihnen als zuständiger Leiterin gelegen hätte oder hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich kann Ihnen nur sagen, dass ich, wie gesagt, diesen Nachmittagspart sauber drin habe und weiß, dass wir darüber gesprochen haben. Nach der Landung war ich informiert worden, und dann meine ich, dass ich es noch war, dass ich ihn am Flughafen erwischt habe und ihm das noch zurufen konnte. Aber ich bin nicht sicher.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Aber da wir das ja nicht sicher feststellen können, frage ich halt danach, wie er sonst hätte informiert werden können.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Über den Stab der Amtsleitung. Das kann natürlich auch schon im Laufe des Nachmittags passiert sein, weil ich ja nicht permanent um ihn rum war.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur noch eine Nachfrage. Sie hatten gesagt, Sie haben das erste Telefonat dann beendet, das noch in Spanien stattgefunden hatte, weil Sie sagten, das wollen Sie nicht im Ausland telefonisch besprechen.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum wollten Sie das? Haben Sie die Leitung als unsicher eingeschätzt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Herr Schiffels hat gesagt: Ich berichte dir, wenn du - - wenn wir wieder zurück in Deutschland sind. - Also, das wollte er nicht.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum, war meine Frage.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich denke, es ist besser, wir telefonieren in Deutschland. Ich kann die Leitung letztlich nicht einschätzen dort drüben.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das ein übliches Verfahren, im Ausland keine vertraulichen Informationen telefonisch anzunehmen, aber auf dem gleichen Telefon und der gleichen Leitung im Inland? Also, ich verstehe den Zusammenhang nicht, weil Sie sagten ja selber, es war schon eine ziemliche Bombe, die Sie dort erreicht hatte, und dann wartet man, um Stunden später auf einer genauso unsicheren Leitung, also über den gleichen Kanal die Information auszutauschen.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich denke, es ging vor allen Dingen auch darum, a) nicht im Ausland mit diesem Telefon diese Information zu übermitteln. Dass wir natürlich über andere dienstliche Dinge telefonisch reden, schon. Aber normalerweise im Ausland versuchen wir wirklich sehr restriktiv auch mit personenbezogenen Nennungen umzugehen. Das ist einfach - -

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Herr Ziercke am Nachmittag von der Stabsstelle informiert worden wäre, was wir ja nicht ausschließen können, dann wäre das quasi auf einem unsicheren Wege passiert?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das weiß ich nicht, weil er ein anderes Handy hat als ich.

Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Danke.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vogt, ich hätte dann auch noch einige Fragen, und zwar möchte ich mal auf den Komplex rund um den Beamten X eingehen. Also, Sie wissen ja dann, von wem ich rede, wenn ich vom Beamten X spreche. Seit wann sind Sie denn als Abteilungsleiterin mit dieser Angelegenheit befasst gewesen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich bin mit dem Beamten X überhaupt nicht befasst gewesen; denn als ich die Abteilung übernommen habe am 01.04.2014 [sic!], da war der Beamte X nicht



2. Untersuchungsausschuss

mehr in dieser Abteilung. Also, die Stelle war vakant, frei.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie hatten damit überhaupt -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Gar nichts.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - - also gar nichts zu tun. - Haben Sie denn irgendwelche Wahrnehmungen gehabt, bzw. kannten Sie denn den Beamten selbst, persönlich?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja - Frau Dr. Högl hatte das gefragt -, ich kannte ihn persönlich.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie haben auch von dem Verlauf, wie mit ihm disziplinarisch umgegangen worden ist, wie der Fall in Ihrer Abteilung bearbeitet worden ist, das haben Sie auch im Nachhinein nicht erfahren?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, disziplinarisch ist die überhaupt nicht in der Abteilung bearbeitet worden.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das weiß ich. Nur, ob Sie mitbekommen haben, wie mit ihm disziplinarisch umgegangen wurde?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein. Das war für mich gar kein - - Ich hatte keinen Zugang dazu, und es ist letztlich auch für mich auf Presseinformationen zurückgreifbar gewesen, was da war.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich gerne noch etwas fragen, und zwar betrifft das eine Sache, die Sie zwar selbst nicht mitbekommen haben, weil Sie halt eben später als Abteilungsleiterin in diese Abteilung gekommen sind. Aber ich möchte Sie trotzdem nach Ihrer Erfahrung in diesen Dingen mal fragen bzw. nach Ihrer Einschätzung. Es ist ja so, dass beim Beamten X eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde, als das Strafverfahren gegen ihn lief, und er daraufhin noch mehrere Tage im BKA tätig war, bis er dann letzten Endes krankgeschrieben worden ist. Wie schätzen Sie das nach Ihrer Erfahrung ein? Ist es so üblich bei Straftaten

von Mitarbeitern des Bundeskriminalamts, dass also, sozusagen nachdem den Tätern oder den Verdächtigen das bekannt ist, sie dann noch Zugang zum Bundeskriminalamt haben?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich kann Ihnen zu dem Sachverhalt überhaupt nichts sagen, weil ich kann das nicht einschätzen. Ich kenne die Kontexte nicht.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das auch allgemein nicht beantworten, also wie Sie eine solche Situation einschätzen? Dass Sie das konkret nicht beantworten können, weiß ich, weil Sie ja erst später in die Abteilung gekommen sind.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich kenne sämtliche Sachverhalte dazu nur aus dem, was Presse war, und Gerüchte. Ich kann keinerlei Wertung dazu abgeben.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich noch was ganz anderes fragen, und zwar: Haben die Gruppenleiter in Ihrer Abteilung dienstliche Laptops und Smartphones oder Kombigeräte oder anderes Gerät, was ihnen dienstlich zur Verfügung gestellt ist, also mobile Geräte?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trifft das auf alle Gruppenleiter Ihrer Abteilung zu?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wir haben alle - - Nicht Smartphones, Entschuldigung, wir haben keine Smartphones im Dienst. Dienstlich werden uns keine Smartphones zur Verfügung gestellt. Wir haben Laptops, VPN-Laptops, die getunnelt sind, besondere Sicherheit, und besondere, sichere Handys und normale Nokia-Handys.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, den Gruppenleitern stehen dienstliche Laptops zu ihrer persönlichen, auch zu ihrer - -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja. Auch den Sachbearbeitern, sofern sie dann - - im Ausleihestatus halt.



2. Untersuchungsausschuss

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Ausleihestatus. Aber die Gruppenleiter haben fest zugewiesene Geräte, also die jetzt nicht im Ausleihestatus sind?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das weiß ich noch nicht mal. Also, ich habe einen festen, weil ich den immer wieder brauche, und ich denke mir, der eine oder andere auch. Aber ob sie es alle jetzt haben - muss ich passen.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist leider um.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Aber es gibt ja noch eine zweite oder weitere Runden. - Jetzt ist die SPD dran. Uli Grötsch, bitte sehr.

Uli Grötsch (SPD): Ich will jetzt auch noch mal auf das Thema „Unterrichtung von Herrn Ziercke“ zu sprechen kommen und dahin gehend noch mal nachfragen. Vielleicht kann ich Ihnen ein bisschen auf die Sprünge helfen, wenn ich nach dem Briefing am 16.10. vormittags frage. Vielleicht erinnern Sie sich, dass darüber gesprochen wurde oder dass Herr Ziercke sich dahin gehend eingelassen hat, wer ihn informiert hat.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wir haben das gar nicht mehr erörtert, weil die Information war allen bekannt. Das heißt, es war gar nicht mehr der Gegenstand: Wer hat wen jetzt informiert? Also, darüber haben wir uns nicht weiter ausgelassen. Wir hatten alle den Kenntnisstand, dass Herr Edathy auf der Liste ist, und es ging nur noch um die Frage: Wie arbeiten wir jetzt sauber diesen Vorgang ab? Wie dokumentiert man das? Wer muss was berichten und aufschreiben? Das war eigentlich eher der Gegenstand.

Uli Grötsch (SPD): Jetzt mag das Verhältnis zu Herrn Edathy - das hat Herr Ziercke ja auch schon mal uns gegenüber angekündigt - nicht ganz unbelastet gewesen sein, das Verhältnis zwischen Herrn Edathy und dem BKA. So zumindest hat sich Herr Ziercke seiner Gefühlslage nach geäußert. Gab es da eine nähere Reaktion bei diesem Briefing am 16.10. um 10.30 Uhr, was jetzt den Umstand angeht, dass es eben gerade

Herr Edathy ist, der sich vielleicht ein paar Wochen vorher oder ein paar Monate vorher noch abfällig über Ihr Amt geäußert hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: War auch kein Gegenstand. Es war einfach nur das Bewusstsein, dass es ein sensibler Vorgang ist und dass wir wirklich sehr, sehr, ich sage mal, vorsichtig im Sinne von: nur diejenigen, die es angeht, dürfen damit umgehen - - dass wir das sicherstellen müssen.

Uli Grötsch (SPD): Sie hatten gegenüber den Kollegen, die vor mir gefragt haben, schon jetzt ein paarmal gesagt: „Dann habe ich mitbekommen“ usw. usf. Deshalb ist meine Frage, vielleicht anknüpfend an das, was Frau Woltmann vorhin gefragt hat: Können Sie mal darstellen, wie in diesem Fall dann die Informationskette - - oder die Informationen zu Ihnen gelangt sind? Also, Sie waren am 16.10. bei dem Briefing, über das wir jetzt schon öfter gesprochen haben, und dann, denke ich mir, sind Sie ja die Abteilungsleiterin, und das passiert ja in Ihrer Abteilung, Können Sie das darstellen, wie diese Informationen zu Ihnen gelangt sind?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wir haben bei diesem Vorgang wie bei jedem anderen Vorgang immer die hierarchische Beteiligung. Das heißt, aus der Sachbearbeitung bei SO 12 geht das an den dortigen Referatsleiter, vom Referatsleiter an Herrn Schiffels als Gruppenleiter. Herr Schiffels gibt die Information an mich weiter. Wenn es eine Information ist, die nicht sensibel ist, geht das grundsätzlich in den Stab bei mir. Ich habe auch einen Stab, der das aufbereitet und an mich weitergibt, und ich gebe es dann wiederum weiter an die Amtsleitung, sprich an den Leitungsstab zur weiteren Bearbeitung. Und umgekehrt, mit Weisungen und Nachfragen geht es dann auf dem gleichen Weg auch wieder runter, wobei ich im normalen Alltagsgeschäft nicht jede Nachfrage wissen muss, weil sonst käme ich nicht so richtig zum Arbeiten.

Uli Grötsch (SPD): Ein Umstand, der uns hier jetzt im Fortgang des Untersuchungsausschusses auch schon öfter begegnet ist, ist der, dass viele Mitarbeiter des BKA schon gesagt haben, diese Umfangsverfahren könnten zügiger dann bearbei-



2. Untersuchungsausschuss

tet werden, wenn mehr Mitarbeiter daran arbeiten würden, was ja irgendwie auch eine ziemlich logische Angelegenheit ist. Jetzt möchte ich Sie gern mal fragen: Als Sie Abteilungsleiterin geworden sind bei Ihrer jetzigen Abteilung, haben Sie sich da mal einen Überblick verschafft, wie die Personalsituation ist?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das war Sinn und Zweck meines ersten Besuches auch am 15.05.2013, als ich bei SO 12 war, um zu sehen: Passt das ungefähr mit dem Personal? Weil das ist ja schon eine lange Zeit her, dass ich mit dem Thema befasst war. Dort wurde, wie gesagt, im Referat auch dargestellt, dass es vor allen Dingen um die Identifizierung geht, wenn sexueller Missbrauch vorliegt. Die Personalknappheit ist dort auch ein Thema gewesen, auch zu dem Zeitpunkt. Allerdings - das muss man sehen - sind gleiche Nöte eigentlich auch in den anderen Bereichen, also auch im Referat Menschenhandel, in den Rockerbereichen, Waffenbereichen, Identifizierungsbereichen, OK, Geldwäsche. Wir haben überall eine enge oder angemessene - je nachdem, wie man es sieht - Personallage und müssen immer wieder neu priorisieren.

Das Umfangsverfahren selber war mit ein bis zwei Mitarbeiterinnen - die zweite Mitarbeiterin kam im Sommer 2013 wieder dazu - so ausgestattet, dass man sukzessive abarbeiten kann. Es gab auch keine Hinweise darauf, dass ein sexueller Missbrauch aktuell vorliegt, wo man hätte tatsächlich auch mit mehr Personal gleich reingehen müssen. Insofern war das ein Abarbeiten tatsächlich von Besitzern, möglichen Besitzern, von eventuell strafbarem Material. Also, es war keine Situation, wo man akut hätte direkt mehr nachsteuern müssen.

Uli Grötsch (SPD): Trotzdem wurden dann im Fortgang der Sachbearbeitung der OP „Selm“ ja mehrere Mitarbeiter noch der OP „Selm“ zugeteilt, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja.

Uli Grötsch (SPD): Haben Sie das entschieden, dass da mehr Personal dran arbeiten soll?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nun, zunächst kam einmal vom Referat der Hilferuf, dass man gesagt hat, man hat natürlich sehr viel jetzt auch mit der Aufbereitung der Akten für den Untersuchungsausschuss zu tun, Vorbereitung, Informationspflichten, die auch bestehen, dass man nicht mehr klarkommt in der Situation. Das haben wir dann erörtert, haben überlegt, wie wir nachfüttern können, weil wir können natürlich nicht die Arbeit ruhen lassen. Das war dann so der Punkt, wo wir gesagt haben im April 2014: Wir brauchen noch mindestens drei Leute, die professionell das auch können. - Also, auch die Sachbearbeitung in dem Bereich erfordert ja a) eine Freiwilligkeit und b) ein gewisses Verständnis auch für die Thematik. Dann haben wir eben noch mit Unterstützung aus einer anderen Abteilung tatsächlich drei Kolleginnen und Kollegen gefunden, die da einsteigen konnten.

Uli Grötsch (SPD): Jetzt sind Sie ja als Abteilungsleiterin in der hausinternen Hierarchie des Bundeskriminalamtes ja schon ziemlich weit oben. Ich frage Sie aber trotzdem mal, weil es ja eine besondere Brisanz der OP „Selm“ gab: Haben Sie sich denn selbst mal einen Überblick verschafft über die OP „Selm“?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich bin, als die Brisanz klar wurde, dass Herr Edathy auf der Liste ist, natürlich ins Referat gegangen und habe mir auch noch mal angeschaut, wie tatsächlich dort die Nöte auch in der Sachbearbeitung sind. Was machen die genau? Worum geht es denn da? Da hatte ich einen Termin, um das - - Ansonsten läuft das halt wirklich in dem Bereich, dass man dann genauer sagt: Wie kommt ihr klar mit dem Personal? Was braucht ihr? Wie lange habt ihr die Liegezeiten? - Ich habe später dann auch noch darum gebeten, dass mir regelmäßig Berichte geschrieben werden, einmal wöchentlich eine Wochenstatistik - wie viel Beschuldigte sind denn noch vorliegen? Wie viel Akten sind abverfügt worden? -, um einfach das, was Herr Tempel auch schon angesprochen hatte, das Thema Controlling, noch ein bisschen enger zu fassen, um wirklich steuern zu können.

Uli Grötsch (SPD): Kollege Tempel hat vorhin mal darauf hingewiesen, dass es uns am liebsten



2. Untersuchungsausschuss

wäre, wenn wir am Ende des Untersuchungsausschusses dazu hätten beitragen können, dass wir irgendwelche Verbesserungen bei der Sachbearbeitung bei Ihnen erreichen können. Deshalb möchte ich Sie gerne fragen: Hat es denn nun, nachdem sich dieser Untersuchungsausschuss auch mit der Sachbearbeitung der OP „Selm“ und der Sachbearbeitung von Umfangsverfahren befasst, Änderungen gegeben? Ändert sich an der Arbeitsweise irgendwas, oder sehen Sie irgendwelche Arbeitsprozesse jetzt anders, als das womöglich zuvor der Fall war?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, die Arbeitsprozesse selber waren, denke ich, zutreffend, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das gemacht haben. Wenn wir technische Lösungen hätten für die Fragestellung, würden wir versuchen, die auch umzusetzen. Ja, natürlich, wir hätten gern das Thema Mindestspeicherfristen, damit wir einfach erfolgreicher auch diese Arbeiten machen können. Aber es bleibt letztlich dabei: Sie brauchen Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereit sind eben, sich Filmmaterial anzugucken, die mit der Staatsanwaltschaft besprechen, wie zu kategorisieren ist. Also, es gibt da keine Wunderwaffe, um das zu beschleunigen.

Uli Grötsch (SPD): Meine nächste Frage geht dahin, welche Maßnahmen Sie in Ihrer Funktion dann getroffen haben. Nachdem am 16.10.2013 um 10 Uhr - - das Briefing um 10.30 Uhr beendet war, dann ging es wahrscheinlich, nehme ich mal an, auch für Sie darum, jetzt Maßnahmen zu treffen, gerade wenn es um den Umgang mit dieser brisanten Information geht, dass also nicht nur ein hochrangiger Mitarbeiter auf der Liste war, sondern jetzt auch noch eine Person des öffentlichen Lebens. Können Sie mal darstellen, welche Veranlassungen Sie in Ihrer Abteilung - oder das wird sich wohl auf SO 12 beschränkt haben - - damit diese Information nicht nach außen dringen kann?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wichtig war für uns zunächst, diese Information und den Informationsfluss, wie gesagt, in der Hierarchie zu behalten und vor allen Dingen nicht an neutrale Postfächer zu geben, also eine personenbezogene Weitergabe elektronischer Art - das war zunächst

mal ganz wichtig an der Stelle -, und sehr zeitnah alles zu erledigen, was im Kontext mit der Aktenbearbeitung auch stand. Das war vorrangig, Engste Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft, mit der ZIT in Frankfurt. Das sind so die Prioritäten zunächst gewesen.

Uli Grötsch (SPD): Dann habe ich noch eine letzte Frage; das wurde auch schon mal in die Richtung gefragt. Wenn einer Ihrer Gruppenleiter sich einer schweren Straftat schuldig machen würde, würden Sie Wert darauf legen, es zu wissen, auch um eventuell entsprechende Maßnahmen treffen zu können?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Selbstverständlich, ja. Ich würde das gerne wissen wollen, weil ich bin ja die direkte Vorgesetzte.

Uli Grötsch (SPD): Wie bewerten Sie es, dass diese Information dann nicht weitergegeben wurde, -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Welche jetzt?

Uli Grötsch (SPD): - zumindest auf Ihrer Ebene, sage ich mal?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, bezogen auf den Beamten X. Ich war überhaupt nicht „in charge“. Also, ich war keine Vorgesetzte vom Beamten X, zu keinem Zeitpunkt.

Uli Grötsch (SPD): Ich meine jetzt, aus Ihrer Funktion als Abteilungsleiterin heraus: Wie bewerten Sie das, dass das nicht an diese Ebene weitergegeben wurde, damit dort eben, soweit notwendig, eine Sicherungsmaßnahme getroffen werden könnte?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich verstehe Ihre Frage nicht, weil ich nicht in der - - Können Sie noch mal erklären, was Sie meinen?

Uli Grötsch (SPD): Ich meine, wie Sie als Abteilungsleiterin im BKA das im Nachhinein jetzt bewerten, dass der Beamte X noch am 15. ganz normal seiner Arbeit nachging, obwohl es dahin gehend schon Verfahren gegen ihn gab und eine Durchsuchung seiner Wohnung bei ihm stattgefunden hatte, und er trotzdem im BKA noch ein



2. Untersuchungsausschuss

paar Tage seiner Arbeit nachgehen konnte, so als wäre nichts gewesen.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich kenne keinerlei Sachverhalt da drum. Ich kann gerade gar nichts bewerten auch dazu. Ich kenne keine Umstände.

Uli Grötsch (SPD): Okay, danke. Im Moment keine Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Dann ist Herr Tempel wieder dran. Bitte.

Frank Tempel (DIE LINKE): Danke schön. - Ich muss trotzdem noch mal nachfragen, versuche es aber aus einer anderen Richtung. Sie haben eine hohe Verantwortung in Ihrem Bereich. Sie sind Abteilungsleiterin. Sie sind im höheren Dienst. Sie sind Entscheidungsträgerin und sind auch für das Ihnen nachgeordnete Personal verantwortlich; Sie haben da Pflichten. Insofern grundsätzlich aufgrund Ihrer Funktion können Sie auch jederzeit in Entscheidungspflichten kommen, wo Sie jetzt hier nicht waren, weil Sie später gekommen sind; aber theoretisch wäre das ja nicht auszuschließen. Sie müssten solche Entscheidungen treffen.

Wir haben hier einen Beamten X, wo uns geschildert wurde, dass der ja auch dann in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Es gibt ein ärztliches Attest. Es gibt eine schwere Belastung auch durch die ganzen Umstände, die zu dieser Erkrankung geführt haben. Trotzdem haben wir die Situation, dass, nachdem die Staatsanwaltschaft ihm das Verfahren eröffnet hat, dass durchsucht wurde, er sich eine Woche lang völlig ungehindert in der Dienststelle bewegen kann, an Diensttechnik weiter rankommt, dienstliche Möglichkeiten nutzen kann, die Waffe weiter hat. Wie ist eine solche Entscheidung zu verstehen? Es ist bisher, ich glaube, niemandem im Untersuchungsausschuss hier klar geworden, wie diese Sonderbehandlung ist. Am 18. ist er wohl noch - - Also, am 13. war die Durchsuchungsmaßnahme. Am 18. steht er noch bei der Verabschiedung eines anderen Kollegen da. Am 20. ist er dann dienstunfähig. Und die Abteilung hat gar nichts gewusst, wurde uns gesagt.

Also, grundsätzlich: Sie haben einen Gruppenleiter. Sie sind in der Verantwortung gegen einen Gruppenleiter. Sie haben Kenntnis davon, dass gegen einen Gruppenleiter grundsätzlich etwas vorliegt. Sie wissen, die Staatsanwaltschaft - Bereich „Interne Ermittlungen“ - ermittelt. Würden Sie in Ihrer Verantwortung, die Sie gegenüber Ihren Mitarbeitern haben, hinnehmen, dass Sie gar nicht darüber informiert werden, wenn gegen den, wo Sie eine Fürsorgepflicht haben als Vorgesetzte, Beamten Maßnahmen getroffen werden? In Ihrer Verantwortung als Abteilungsleiterin, würden Sie darauf bestehen, dass Sie informiert werden, um dann auch Fürsorgepflichten entgegennehmen zu können? Gehört das zu Ihrem Aufgabenbereich?

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Bevor Sie antworten, Frau Dr. Vogt, nehme ich Herrn Akmann dran. Er hat eine Meldung.

MR Torsten Akmann (BMI): Wir hatten das ja schon. Die Zeugin muss hier über ihre eigenen Wahrnehmungen berichten.

Frank Tempel (DIE LINKE): Zu ihrem Sachverstand als Vorgesetzte möchte ich das gerne wissen, Herr Akmann. Ich möchte nicht wissen, ob sie das - -

MR Torsten Akmann (BMI): Trotzdem, Herr Abgeordneter, dafür hat sie keine Aussagegenehmigung.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich habe nicht gefragt, ob das da richtig war, sondern wie sie entscheiden würde, wenn ein Gruppenleiter, der ihr unterstellt ist, von solchen strafprozessualen Maßnahmen betroffen werden würde.

MR Torsten Akmann (BMI): Das ist eine hypothetische Frage.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das ist keine hypothetische Frage, sondern das ist ganz einfach eine Frage im Rahmen der Fürsorgepflicht, ob hier eine gewisse Reaktion zu den Aufgaben gehört. Es gibt Rechte und Pflichten als Vorgesetzte, Herr Akmann, und nach denen darf ich hier fragen. Es ist schon klar, dass Ihnen die Frage unangenehm ist. Aber ich stelle sie.



2. Untersuchungsausschuss

MR Torsten Akmann (BML): Die ist mir überhaupt nicht unangenehm.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich merke das schon.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Es geht auch gar nicht darum, wem welche Frage unangenehm ist. Die Zeugin kann nur das beantworten, was sie aus eigener Anschauung beantworten kann. Ich gebe ihr jetzt Gelegenheit, auf die Frage zu antworten. - Bitte sehr.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, zu dem konkreten Sachverhalt - das wissen Sie, Herr Tempel - kann ich gar nichts sagen.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das habe ich ja vorher gesagt.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Die hypothetische Frage, wie ich reagieren würde, da müsste ich genau eigentlich den Sachverhalt kennen, um zu wissen, wie ich reagieren würde. Ich habe Schwierigkeiten mit diesem abstrakten Konstrukt.

Frank Tempel (DIE LINKE): Das ist doch eine völlig einfache Frage.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich finde das schwierig.

Frank Tempel (DIE LINKE): Einem Ihnen unterstellten Beamten droht ein Strafverfahren mit erheblichen Konsequenzen. Sie wissen das, weil aus Ihrer Abteilung heraus selber der Hinweis kam und an die Staatsanwaltschaft und an den Bereich „Interne Ermittlungen“ abgegeben wurde. Dann haben Sie dienstliche Pflichten als Vorgesetzte. Nach denen frage ich, diesen dienstlichen Pflichten, Würden die beinhalten, dass Sie sich darum kümmern - Sie müssten ja dann diese Entscheidung treffen -, dass Sie entsprechende Maßnahmen ergreifen können, wenn der Beamte es erfährt? Sie wissen, der Beamte ist Waffenträger.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, diese Maßnahmen, von denen Sie sprechen, das mache ich ja nicht alleine, sondern ich würde mich natürlich an meine Amtsleitung wenden und sagen: Wie verfahren wir jetzt? - Ich würde das absprechen. Ich wäre auch nicht diejenige, die dann selber aktiv

werden würde, sondern ich würde natürlich dann mit dem Verwaltungsleiter, Herrn Hoffmann, reden. Aber das - - Deswegen, ich kann nur hypothetisch so antworten. Ich wäre natürlich nicht - - Ich würde nicht sitzen und nichts tun, sondern ich würde natürlich sehen: Was ist jetzt alles zu veranlassen? Das wären dann meine - - Aber mehr kann ich jetzt zu diesem Fall wirklich nicht sagen.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich schätze Ihre Ausbildung und Ihre Qualitäten wesentlich anders ein, als Sie das hier mit Ihren Antworten zeigen; denn es gehört entsprechend Ihrem Aufgabenprofil dazu, genau solche Entscheidungen zu treffen, ob dann Maßnahmen zu treffen sind.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Aber ich treffe sie nicht alleine, sondern es ist immer eine Frage: Wo stehen wir in einem bestimmten Sachverhalt? Was sind die Kontexte? Wann muss man was machen? Was macht eine Staatsanwaltschaft? - Also, das sind ja alles die Rahmenbedingungen, die zu berücksichtigen sind. Insofern kann ich die dahinterliegende Frage einfach nicht beantworten im Moment.

Frank Tempel (DIE LINKE): Ich glaube, das kann ich so stehen lassen. Dann macht die zweite Frage keinen Sinn, weil da kriege ich dieselbe Antwort.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Herr Schuster, bitte sehr.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe ein bisschen recherchiert, Frau Dr. Vogt. Bevor meine Kollegin Woltmann weitermacht, wollte ich noch gerne was ergänzen. Ich habe jetzt tatsächlich in der Vernehmung Teil eins von Herrn Ziercke hier im Untersuchungsausschuss in einem ganz anderen Komplex etwas zum 15. Oktober gefunden, und zwar war ich ein wenig auf der Spur nach der Frage: Warum steht in der Chronologie, die Frau Woltmann Ihnen schon hat zeigen lassen, dieser Oppermann-Anruf am falschen Tag - nach unserer: 15. Oktober? Das könnte ja auch richtig sein, hatte ich damals jedenfalls den Eindruck und habe versucht, rauszubekommen bei Herrn Ziercke, ob es an diesem 15. Oktober doch einen Anruf gab, da ja an dem Tag



2. Untersuchungsausschuss

schon enorm viele Bescheid wussten. In Niedersachsen wussten ja auch einige schon Bescheid. Es hätte also am 15. Oktober ein Anruf kommen können, und dann wäre die Eintragung, die Herr Schiffels hat löschen lassen, richtig gewesen. So. Das habe ich ihn gefragt, und darauf antwortete er: Nein, und ich sehe gerade in meinem Terminkalender, ich war zu diesem Zeitpunkt in Spanien. - So, das hat er bei der Frage, wo es eigentlich um den 15. ging, nicht gesagt. Er hat es wohl gerade im Untersuchungsausschuss auch selber erst festgestellt. Ich war dann auch damals verwundert und habe ihn noch mal gefragt: Also, es gab in Spanien auch keinen Anruf über Handy? - Nein. - Auf die Frage unmittelbar danach, wie er denn dann erfahren hat von diesem eigentlichen Vorgang Edathy, sagte er: „Telefonisch von meiner Abteilungsleiterin.“ Das können nur Sie gewesen sein, vermute ich. Oder gibt es noch eine Abteilungsleiterin?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Nein. - Haben Sie ihn in Spanien telefonisch informiert?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich habe ein Telefonat erhalten von Herrn Schiffels. Diese Aussage „telefonisch“ kann man ja auch anders verstehen. Also, ich bin angerufen worden und habe gesagt - das, was ich jetzt schon ein paarmal gesagt habe -, eine politisch bekannte Person, prominente Person ist auf der Liste.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Na ja, gut.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das war ungefähr der Wortlaut.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Er sagte auf die Frage, wie jetzt die Information ihn am 15. nachmittags erreicht hat - Antwort -: „Telefonisch von meiner Abteilungsleiterin.“ Ich frage das jetzt nur eigentlich, weil ich genau wissen möchte, was Sie erinnern, weil wir haben Herrn Ziercke noch mal und können ihn dann befragen, weil jetzt ist die Konfusion eigentlich perfekt, weil Sie haben ihn ja nicht angerufen,

sondern Sie haben ihm das persönlich mitgeteilt in Spanien.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich habe ihm in Spanien diese Aussage gesagt: Da ist eine politisch prominente Person auf der Liste. Das habe ich ihm persönlich gesagt aufgrund des Telefonats von Herrn Schiffels.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. Und Sie konnten in Spanien nicht wissen, dass das Herr Edathy ist, weil Ihnen Herr Schiffels das gar nicht gesagt hat.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau. Richtig.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Was er uns jetzt erklären will, weiß ich nicht. Aber vielleicht noch die Frage: Wer war denn mit auf der Reise nach Spanien außer Ihnen und Herrn Ziercke?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wer war denn noch dabei? - Da fragen Sie mich jetzt etwas ganz Schwieriges.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich verstehe Sie nicht.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wer war noch dabei?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, es war noch jemand dabei?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja. Ich war nicht allein. Also, es war auf jeden Fall dabei: Wir haben Verbindungsbeamte in Spanien; die waren dabei, also vom BKA. Wer war denn noch dabei? Das Protokoll war dabei. Also, das Protokoll des BKA war dabei.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): So was wie Leiter Leitungsstab oder so jemand?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Referent, persönlicher?



2. Untersuchungsausschuss

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein. Also, das nicht. Wenn, ist es eine fachliche Begleitung, die erfolgt. Ich meine, aus dem Bereich Staatsschutz war noch einer dabei. Bin ich aber nicht mehr ganz sicher, wer es war.

(Steffi Lemke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann doch noch schriftlich nachgereicht werden, wer dabei war!)

- Das ist nachvollziehbar.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja, aber das ist ja nicht eine Frage von hier. Das machen wir dann - - Wir müssten das eh nacharbeiten.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Genau, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Dann habe ich noch ein bisschen recherchiert, und zwar auf die Frage - - Hat Herr Hartmann mit Ihnen Kontakt gesucht allgemein zu Fragen der Kinderpornografie oder speziell zum Thema OP „Selm“ oder „Spade“ oder noch spezieller zur Causa Edathy?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie wissen, dass er das ja schon mal an anderer Stelle getan hat, nämlich im LKA Rheinland-Pfalz hat er solche Nachfragen gemacht.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich glaube, Herr Hartmann kennt mich gar nicht, also persönlich, dass er sich erinnert an mich. So bedeutend bin ich dann, glaube ich, nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Für ihn scheinbar schon.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, das verblüfft mich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Für ihn scheinbar schon. Das muss nichts bedeuten. Aber ich habe ihn in seiner Befragung ziemlich präzise nach allen Namen befragt, die irgendwie mit dem Vorgang zu tun haben, ob er

mit denen dazu Kontakt hatte, und nur bei Ihrem Namen kam er ins - - wurde die Antwort plötzlich unpräzise. Er sagte sonst immer: „Nein, nein, nein“, und bei Ihrem Namen sagte er, dass er immer wieder Gespräche mit dem BKA geführt hätte, viele, und die wolle er nicht ausbreiten. Er hätte keine über die Causa Edathy geführt. Aber bei allen anderen hat er sich auf so eine gefühlte Aussageverweigerung berufen, das wolle er nicht ausbreiten, also ob jetzt „Selm“ oder „Spade“ oder Kinderpornografie. - Sie jedenfalls können sich nicht erinnern, mit ihm darüber jemals Kontakt gehabt zu haben?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich habe in einem direkten Gespräch lediglich diese Veranstaltung im Juni gehabt, wo ich aber nicht alleine war, und wir haben allgemein nur gesprochen über: Was muss gesetzlich passieren in dem Bereich? - Wir haben nicht über Herrn Edathy gesprochen. Das war natürlich auch bekannt aus Presse und Ähnlichem. Aber ansonsten keine Kontakte oder irgendwelche Informationsaustausche zwischen ihm und mir.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Er war ja auf der Herbsttagung -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: 2013.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - 2013.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Und er war, ohne dass ich ihn gesehen habe - - was ich gehört habe, dass er auch auf der OK-Fachtagung, also Herbsttagung gewesen sein soll - 2014.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das war auch die Verabschiedung von Herrn Ziercke.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau. Aber das habe ich nur gehört, und ich habe ihn nicht gesehen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wissen Sie, in welcher Funktion er da war?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein. Also, 2013 war klar.



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Das ist klar, ja.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: 2014 - muss ich passen; weiß ich nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Hat Sie das gewundert? Er war ja nicht mehr innenpolitischer Sprecher.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich habe ihn nicht gesehen. Ich habe nur gehört, dass er da gewesen sein soll. Also, insofern ist das für mich auch nicht irgendwie jetzt nachvollziehbar.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Und es war auch kein Thema innerhalb des BKA, dass nun der ex-innenpolitische Sprecher da war, -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - der ja nun auch zumindest eine kleine Geschichte hatte jetzt.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Die Veranstaltung im Herbst 2014 ist dominiert worden durch die Verabschiedung des langjährigen Präsidenten Herrn Ziercke. Das war ein ganz zentraler Punkt. Für mich persönlich war es einfach der zweite Tag, weil ich die Fachrede gehalten habe.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie wissen auch nicht, ob es irgendwie im Kontext zu dieser Verabschiedung noch mal ein Treffen gab im kleineren Kreis, zu dem Herr Hartmann eingeladen gewesen wäre, -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Weiß ich nichts von.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - weil er ja auch bei Geburtstagsfeiern usw. - -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Kann ich Ihnen gar nichts zu sagen, weiß ich nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Also, eine persönliche Beziehung zu irgendeinem BKA-Beamten kennen Sie nicht zwischen Herrn Hartmann und - -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):
Okay. - Dann macht die Kollegin Woltmann weiter.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wie würden Sie denn das Verhältnis zwischen dem Abgeordneten Hartmann und Herrn Ziercke beschreiben, als er noch innenpolitischer Sprecher war? War das rein über diese dienstlichen Dinge, dienstlich-politisch? Waren das dienstlich-politische Kontakte, oder gab es da einen engeren Kontakt? Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, aus eigenem Erleben kann ich dazu gar nichts sagen - bis auf die Besprechungen - ich weiß gar nicht - im Juni oder auf der Herbsttagung 2013. Man kannte sich; das konnte man sehen. Das weiß ich. Aber wie die beiden - - welchen Kontakt die miteinander hatten, das hat sich mir nicht erschlossen. Ich habe da keine augenzeuglichen - wie soll ich sagen? - Eindrücke.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Auch nicht über Dritte? Ich meine, man muss nicht immer alles selber erfahren, sondern kann es manchmal ja auch über Dritte erfahren.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich kann das nur generell sagen. Dass wir natürlich versuchen vonseiten des BKA, mit denjenigen, die ein innenpolitisches Interesse haben und Verantwortung und Funktionen in der Politik wahrnehmen - - dass wir versuchen natürlich, generell einfach auch zu informieren und im Rahmen dessen, was halt möglich ist. Aber sonst kann ich dazu keine eigenen Bewertungen vornehmen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. - Frau Dr. Vogt, ich möchte noch mal auf ein weiteres Telefonat zwischen dem SPD-Fraktionschef Oppermann und Herrn Präsidenten Ziercke zu sprechen kommen, und zwar hatten Sie am 16. Februar 2014 von Herrn Theissig, dem stellvertretenden Referatsleiter von SO 12, den Entwurf eines Sprechzettels bekommen für den Präsidenten für die Sitzung des Innenausschusses am 19. Februar. Dort ist für den 13. Februar 2014 ein Telefo-



2. Untersuchungsausschuss

nat zwischen den beiden vermerkt. Da ist zusätzlich dann noch vermerkt: Präsident bitte ergänzen. - Also, da ist noch was offengeblieben. Wir haben Herrn Ziercke in der Zeugenvernehmung hier befragt, was das für ein Gespräch gewesen ist, und da konnte er sich aber an dieses Gespräch nicht mehr erinnern. Können Sie sich erklären, wie es dazu gekommen ist, dass dieses Telefonat dort in der Liste auftaucht, oder haben Sie es auch gesehen, dass dann da noch etwas frei geblieben ist: „Präsident bitte ergänzen“?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wir haben das - -

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Entschuldigung, Frau Dr. Vogt, bevor Sie antworten: Ich habe noch mal die Wortmeldung von Herrn Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Ich habe eine Bitte: Könnten wir das der Zeugin mal vorlegen? Das ist für sie einfacher.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ja. Das ist MAT A BKA 18(27)1-3, 201, Seite 220. Und hier ist noch eine weitere Fundstelle. - Ach, das ist natürlich das Protokoll der Sitzung.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ihre Frage dazu ist, ob ich dazu etwas weiß?

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Meine Frage ist erst mal: Woher stammt die Information, und wie kommt diese Information überhaupt auf die Liste? Also, Herr Ziercke konnte sich nicht erinnern. Aber irgendwer muss es da ja draufgesetzt haben und muss ja die Information haben, dass es dieses Telefonat gegeben hat.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich muss sagen, ich kann - - Wir haben ja immer das aufgeschrieben, was zunächst mal bei uns in der Abteilung passiert ist, in meiner Abteilung, was in dem Referat passiert ist. Der Sprechzettel ist entstanden am - ich gucke mal, Entwurf - 15.02.14. Ich weiß nicht, wann die Presseberichterstattung kam. Das kriege ich jetzt wiederum nicht mehr in den Kontext.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Aber das war ja nur zwei Tage vorher. Also, von irgendwem muss ja die Information gekommen sein, sodass es dann Eingang in diesen Sprechzettel gefunden hat. Das fällt ja nicht vom Himmel. Woher kommt das?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich es nicht weiß, Frau Woltmann.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wissen Sie denn, dass es dieses Telefonat gegeben hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich habe es aus der Presse dann auch mitgekriegt, das ja, und es ist ja auch immer wieder thematisiert worden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Frau Dr. Vogt, dann hätten Sie etwas gelesen, was ich gar nicht kenne.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): 13. Februar 14.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Gucken Sie noch mal.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Das war nicht das im Oktober 13, sondern es handelt sich um ein Telefonat am 13. Februar 2014 - also nicht das andere; dass wir das jetzt nicht verwechseln miteinander.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Moment. - Sie meinen die Seite 9, „Durchsuchungen am 10.02.“, oder?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Richtig.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Die meinen Sie. - „Telefonat MdB Oppermann mit PR“. Das kann ich Ihnen - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also, das Problem ist: Der Herr Ziercke kann sich nicht erinnern.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, ich weiß, was Sie meinen.



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Der Herr Schiffels kann sich nicht erinnern. Sie können sich nicht erinnern. Aber irgendjemand bei Ihnen muss verdammt gut informiert sein, weil wir wissen auch nicht, was das ist.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Wer hat denn ganz exakt diese Liste aufgestellt? Irgendeiner muss sie ja gemacht haben. Er hat vielleicht dann ja Zulauf der Informationen gehabt. Wie ist denn überhaupt diese Liste aufgestellt worden? Durch wen ist die Liste gemacht worden? Der muss es ja irgendwo von irgendwem bekommen haben. Das fällt ihm ja nicht ganz von alleine ein.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, diese Liste ist von LS 1 - wenn wir auf die Seite 1 gehen dieser Liste; das ist das Blatt 000149. Die ist im Stab der Amtsleitung im Entwurf gemacht worden. LS 1 ist dort - sehen Sie - aufgeführt.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Also, in der Stabsstelle.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: In der Stabsstelle, -

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Das ist ja ziemlich nahe an Herrn Ziercke dran.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: - und - genau - ist dann runtergegeben von uns, dass wir entsprechend ergänzen. Also, Frau Greiner ist Mitarbeiterin von SO 12, Herr Theissig, wie Sie es dargestellt haben, der stellvertretende Referatsleiter; Herr Leon ist Mitarbeiter im Stab der Amtsleitung, sodass ich aus diesem Briefkopf oder aus diesem Kopf ersehe, dass zumindest das Dokument bei LS 1 erstellt worden ist und dass wir dann vonseiten der Bearbeitungsebene - SO 12 - unsere Dinge hinzugefügt haben. Also, das kann ich interpretieren aus dem, was sich auf der Seite 000149, aus diesem Blatt, ergibt.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Halten wir also fest: Sie vermuten, dass dieser Eintrag von der Stabsstelle gemacht worden ist. Wir wissen ja, die Stabsstelle ist sehr nahe am Präsidenten dran.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Also muss es ja da - - Wie werden Telefonate eigentlich registriert? Sind die in irgendwelchen Listen drin? Ich meine natürlich, in Telefonlisten, wie auch immer. Wie werden Telefonate registriert, dass man das nachvollziehen kann?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Sicherlich gibt es da immer die technischen Verbindungsdaten, und es gibt auf der Ebene, auch wenn es um Sachbearbeitung geht - was habe ich mit der Staatsanwaltschaft abgesprochen? -, eine Aktennotiz. Aber ansonsten, das tägliche „doing“ eigentlich nicht. Es gibt also keine Dienstanweisung oder so was in der Richtung, dass alles, was wir telefonisch erledigen, zu dokumentieren ist. Nur, wir versuchen es halt, in den Arbeitsebenen dann zu machen, wenn wir eine Vereinbarung mit einer Staatsanwaltschaft treffen zum Beispiel.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Also, Sie selber persönlich haben keine Informationen über dieses Gespräch, ob es stattgefunden hat und mit welchem Inhalt es stattgefunden hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Gut. - Dann ein weiterer Punkt. Das Referat bei Ihnen SO 41 - das ist das Referat „Auswertung Cybercrime“ - hat für Sie am 21. Februar 14 - Sie nicken schon und wissen es - ein Schreiben an das BMI entworfen. Es ging ja darum, dass man ein iPad von Herrn Edathy sichergestellt hatte. Da war alles, ich sage mal, auf null zurückgestellt, nämlich auf die Werkseinstellung, und da ging es dann darum, ob man noch mal irgendwie Daten finden kann, ob im Apple-Cloud-Speicher noch Daten zu finden sind. Da war jetzt für Sie ein Schreiben an das Innenministerium, an das BMI, entworfen worden. Das Schreiben ist aber letzten Endes nie abgeschickt worden, und - wenn ich das zitieren darf - da ist von Herrn Ziercke entschieden worden: Nein, wird nicht hingeschickt, es sei lediglich um einzelne Ermittlungsschritte gegangen, die für den Grundsachverhalt, der im BMI bekannt sei, nicht relevant sind.

Vielleicht zunächst erst mal die Frage an Sie: Warum haben Sie die Information des BMI oder die



2. Untersuchungsausschuss

Berichterstattung und die Bitte an das BMI für erforderlich gehalten? Können Sie sich erklären, oder haben Sie Gründe dafür, oder sind Ihnen die Gründe nachvollziehbar, dass es nicht dorthin geschickt worden ist? „Einzelne Ermittlungsschritte“, das klingt erst mal so ein bisschen verwunderlich.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, das Assessment von der Amtsleitung kann ich nachvollziehen. Hier ging es ja darum, dass wir zunächst einmal nur eine Unterstützungsleistung im Rahmen unserer Zentralstellenfunktion zur Datensicherung vornehmen mussten und sollten. Wir sind ja gebeten worden vom Land, das zu machen. Für mich war wichtig zunächst einmal, dass auch die Amtsleitung Bescheid weiß, dass wir um Unterstützung gebeten worden sind. Aber in der Tat hat es natürlich keine Auswirkungen auf die Sachverhaltsaufklärung, weil wir ja nicht eigenständige Ermittlungen geführt haben, sondern wir waren jetzt in einer völlig anderen Rolle unterwegs. Das heißt, wir haben für das Bundesland - Niedersachsen war es - hier eine Hilfestellung gegeben im Rahmen unserer internationalen Aufgabenwahrnehmung. Also, die Ermittlungsführung lag dort in dem Fall bei der Länderdienststelle, und wir waren diejenigen, die quasi eine Hilfestellung gegeben haben, um internationale Informationen und in dem Fall eine Vorabsicherung von Daten zu veranlassen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ist es denn tatsächlich zu der Datensicherung auch gekommen?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich gehe davon aus, Frau Woltmann. Aber ich kann Ihnen das nicht sagen, weil das ist etwas, was ich wiederum auch nicht mitbekommen habe.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ist das nicht der übliche - - Oder wer hat es denn dann veranlasst? Wie ist es dazu gekommen, dass dann die Daten gesichert worden sind? Es muss ja jemand das dann in Auftrag gegeben haben?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau, das Land hat - -

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Wie ist der Weg gelaufen dann?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Der Weg ist, dass das Land uns um Vorabsicherung bittet, dass wir im Ausland das anregen. Wir haben die Kollegen auf diesem Netzwerk - jetzt ist es G 7 24/7-Netzwerk; das ist ein bestimmtes Netzwerk von Cybercrime-Spezialisten - gebeten, diese Vorabsicherungen zu unternehmen. Ich bin jetzt nicht mehr informiert worden, ob das erfolgreich war oder nicht, aber kann aus dem weiteren Verlauf schließen, dass das natürlich auch unterstützungsmäßig gelaufen ist, weil in der Presse konnte ich ja dann auch nachverfolgen, dass es wohl gelungen ist, noch irgendwelche Informationen zu dem Vorgang Sebastian Edathy zu sichern. Aber ich kann Ihnen das nicht sagen, ob das erfolgreich war und was da drin war. Das ist mir nie zur Kenntnis gelangt.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Aber zumindest ist das in Auftrag gegeben worden?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja, natürlich.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ich habe das Schreiben oder den Entwurf, sagen wir mal - es ist ja nicht rausgeschickt worden -, an das BMI so verstanden, dass das BMI darüber informiert werden sollte, dass Sie um Datensicherung in den USA nachsuchen. Ist es ein üblicher Vorgang, dass das Innenministerium über diese Vorgänge informiert wird? Wenn ja, fragt man sich, warum es hier nicht passiert ist.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, generell Datenvorabsicherung ist kein Vorgang, den wir dem Innenministerium zur Kenntnis geben grundsätzlich, weil das eine alltägliche Maßnahme ist bei der Bekämpfung von Cybercrime oder Kinderpornografie. Die spezielle Unterstützungsersuchung oder die Bitte um Unterstützung von Niedersachsen war in dem Fall für mich besonders, weil ich vor dem Hintergrund, dass alles, was sich um das Thema von Herrn Edathy gerankt hat - - natürlich wollte, dass wir, wie gesagt, in dieser Weisungslage, in der Hierarchie nach oben berichtend, drin bleiben, und auch in dem Fall wollte ich, dass die Amtsleitung selber sagt und entscheidet: Ist das etwas, was relevant ist für diesen Vorgang Sebastian Edathy, oder nicht? - Aber für mich ist



2. Untersuchungsausschuss

das nachvollziehbar, was Herr Ziercke entschieden hat. Ich habe an der Stelle auch keinen Grund gehabt, zu intervenieren.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ich möchte noch mal auf die Pressemitteilung von Herrn Oppermann zurückkommen, wo er ja geschildert hatte, dass er mit Herrn Ziercke telefoniert hat in der Causa Edathy und dass er ihn auch angerufen habe und von ihm die Bestätigung bekommen hätte, dass tatsächlich Edathy auf dieser Liste stünde, dass also Herr Ziercke das bestätigt habe. Herr Ziercke - das wissen wir - war am 13.02. in der Bundesdruckerei hier in Berlin und hat dort von der Pressemitteilung Kenntnis erlangt. Waren Sie zufällig dabei bei dem Termin in der Bundesdruckerei?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich meine, am 13.02., wenn das der Termin ist, hatten wir eine - - aber das weiß ich nicht mehr genau. Das war eine - - Also, wenn es eine Abteilungsbesprechung war mit den Abteilungsleitern, dann war ich dabei. Aber ich weiß nicht mehr, ob es tatsächlich an dem Tag diese Abteilungsleiterbesprechung gegeben hat.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Andersrum gefragt: Waren Sie dabei, als Herr Ziercke von der Pressemitteilung von Herrn Oppermann Kenntnis erlangt hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein, das war ich - - Also, da dürfte er schon - - Ich weiß nur, wir hatten an dem Tag mit den Abteilungsleitern und ihm sehr viel Aufregung um diesen Vorgang, dass es um die Frage ging: Was genau ist denn noch mal passiert? Und: Haben wir das alles aufbereitet? - Ich kann mich erinnern, dass uns dort dieser Vorgang am Rande dieser Abteilungsleiterbesprechung beschäftigt hat. Deswegen vermute ich, dass das genau dieser Termin war in der Bundesdruckerei. Aber Telefonat und - -

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Und wie hat er - - Vielleicht können Sie das noch mal ein bisschen schildern, weil Sie sagen ja jetzt: Ja, da war viel Aufregung. Vielleicht können Sie noch mal ein bisschen näher erläutern, wie Herr Ziercke darauf reagiert hat. Waren Sie mit mehreren Leuten da? Waren Sie zu zweit da? Wie hat Herr

Ziercke reagiert? Was hat er gesagt zu dieser Pressemitteilung?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, immer vorausgesetzt, das ist dieses Datum gewesen, was ich in Erinnerung habe, weil ich weiß es jetzt nicht mehr genau: In der Bundesdruckerei hatten wir eine Besprechung mit allen Abteilungsleitern des Bundeskriminalamtes und hatten auch Vorträge von der Bundesdruckerei über deren Aufgaben. Ich kann mich erinnern, dass dort im Rahmen dieser Besprechung nebenher natürlich immer Informationen zu ihm gingen und dass es dann um diesen Vorgang Edathy noch mal gegangen ist im weitesten Sinn. Aber er musste halt die Besprechung auch leiten, diese Veranstaltung. Insofern lief das mehr so in einem seitlichen Blickfeld bei mir.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Können Sie sich noch erinnern, wie lange die Veranstaltung gedauert hat oder von wann bis wann diese Veranstaltung lief?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich würde mal sagen: So ein halber Tag war das.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): War das ein Vormittag oder ein Nachmittag?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ich meine, es ging vormittags los. Es gab dann irgendwann mittags eine Unterbrechung. Früher Nachmittag, würde ich sagen, war es zu Ende. Also, gut ein halber Tag.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Herr Ziercke hat ja den Inhalt der Pressemitteilung nicht bestätigt. Er war ja eigentlich sehr entrüstet über das, was dort dringestanden hat. Haben Sie zufällig mitbekommen, dass Herr Ziercke vielleicht an dem Tag auch mit Herrn Oppermann in der Sache telefoniert hat?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein. Ich war, wie gesagt, in dieser Abteilungsbesprechung, und ich habe da nichts mitgekriegt.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Gut.



2. Untersuchungsausschuss

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und die Kombination aus der Frage „Wie kommen Sie auf die Chronologie 13.02.: Gespräch Ziercke/Oppermann?“ und dem Umstand: Bundesdruckerei 13.02., das sagt Ihnen auch nichts?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein. Also, wie gesagt, meine Vermutung ist vor dem Hintergrund, dass das ein Entwurf ist, der beim Stab der Amtsleitung entstanden ist, dass unter Umständen da irgendeine Information vorlag, die wir nicht hatten.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Sie waren jedenfalls nicht Augenzeugin, dass man in der Besprechung sagte: „Der BKA-Chef muss jetzt raus und muss dringend ein Telefonat führen“?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Dann eine weitere Frage. Sie haben Ende Februar, und zwar ist das am 24. Februar gewesen, das Referat SO 41 gebeten um aktuellen Sachstand zum Vorabsicherungsersuchen bis zum Folgetag. Das Dokument zeigt im E-Mail-Ausdruck den Namen Jürgen Steinmann, BKA SO 53-3. Gleiches gilt auch für eine Führungsinformation Nr. 2 dazu vom gleichen Tag. Das zeigen wir Ihnen gleich. Das ist MAT A BKA 18(27)1-1, 114, Seite 25. Das müsste noch mal eben jemand raussuchen. Das Referat 53 - das ist die Frage - ist laut Organigramm für verdeckte Ermittlungen zuständig. Herr Steinmann - jetzt die Frage -, war er im Februar 2014 Angehöriger vom Referat SO 41, oder zu welchem Referat gehörte er denn eigentlich?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wenn ich das Dokument sehe, kriege ich das vielleicht besser zusammen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ja, wir suchen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Das ist das Ende der Redezeit. Es kann gleich noch weitergehen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Wir suchen in der Zwischenzeit. Dann kann sie gleich antworten.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Hatten wir nicht angehalten? - Nein, okay. Aber es war trotzdem abgelaufen. Dann machen wir jetzt so weiter.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Wir suchen das Dokument, und wenn wir wieder dran sind, dann machen wir da weiter.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: So machen wir das. - Jetzt hat Frau Mihalic das Wort.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Keine Fragen mehr an Frau Vogt. - Herr Grötsch hat auch keine Fragen mehr. Herr Tempel? - Dann geht es direkt weiter. Dann bitte ich darum, dass das jetzt rausgesucht wird.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Vielleicht finden wir eher MAT A BKA 18(27)1-1, 114, Seite 17.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Wo finden Sie Herrn Steinmann jetzt? Ich muss noch mal nachfragen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Im E-Mail-Ausdruck müsste der Name Jürgen Steinmann auftauchen.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, ich kann Ihnen das im Moment nicht genau erklären. Ich kann nur mutmaßen, dass Herr Steinmann irgendwo anders eingesetzt war zu dem Zeitpunkt. - Ach, jetzt weiß ich es wieder. Jetzt habe ich es wieder. Herr Steinmann war zur Unterstützung bei LS zu dem Zeitpunkt eingesetzt. Deswegen läuft es unter seiner Kennung SO 53. Aber er war unterstützend zur Aktenaufbereitung bei LS eingesetzt. Das war die Erklärung.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Es war jetzt also nicht das Referat für verdeckte Ermittlungen -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Nein.



Barbara Woltmann (CDU/CSU): - da eingeschaltet, sondern weil er einfach zur Unterstützung - -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Dann haben wir das auch schon geklärt. Gut. Vielen Dank.

Ich möchte jetzt noch einige Fragen stellen zur Operation „Selm“ und auch zur Nachbereitung. Die Führungsinformation Nr. 1 zur Vergabe der Auswertungsaufträge, das ist ja an private Dienstleister gegeben worden. Ist das eigentlich üblich, dass Sie auch solche Dinge an Fremdfirmen geben, Fremd-IT-Dienstleister? Ist das notwendig? Kann sonst die Arbeit nicht erledigt werden? Und wie sehen Sie das im Hinblick auch gerade auf Kinderpornografie-Fälle?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Diese Situation der Fremdvergabe an Private ist letztlich dem geschuldet, dass natürlich wir kein konstantes Mengenaufkommen haben, wo man auch eine große Zahl an Forensikern und denjenigen, die diese Untersuchungen machen können, vorrätig halten kann. Insofern besteht für uns immer die Frage: Entweder das Material wird überhaupt nicht ausgewertet und aufbereitet durch forensische Maßnahmen, oder eben es bleibt dann liegen. Also, insofern ist für uns diese Situation, dass wir forensische Unterstützung anfordern oder Private einsetzen, etwas, was inzwischen auch in vielen Ländern praktiziert wird, aber auch bei uns.

Wie ich das sehe? Ja, wir hätten gern alle mehr. Aber es ist eben kein konstanter Fluss an Erfordernissen da, sodass man sagen kann, es muss auch im forensischen Bereich priorisiert werden, was tatsächlich vorrangig bearbeitet wird und was nicht. Insofern bleibt nur die Frage dann: Nutzen wir Private für solche Aufbereitungstätigkeiten, oder bleibt der Vorgang einfach noch länger liegen?

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Und das läuft dann wahrscheinlich nach bestimmten Kriterien ab, -

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Genau.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): - die dann diese IT-Dienstleister auch bekommen, nach welchem Schema wie genau die das zu machen haben.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Ja. Also, wir haben auch teilweise sehr gute Erfahrungen gemacht, weil es schnell, zügig und ordentlich aufbereitet wird.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Jetzt noch ein letzter Komplex oder eine letzte Frage. Sie haben am 15. Mai 2014 gegenüber der Projektgruppe Informationsmanagement zu der Frage Stellung bezogen, ob Daten die Möglichkeit bieten sollen, bestimmte Personendaten aus Massenlisten etwa, also natürlich hier in diesem Fall Kinderpornografieverfahren, als bedeutsame Personen markieren zu können. Das haben Sie abgelehnt. Also, Sie haben Stellung dazu genommen, und das haben Sie abgelehnt. Stattdessen haben Sie die Notwendigkeit - - Ich zitiere Sie jetzt. Sie haben gesagt:

... dass gewährleistet wird, dass die in Massenlisten enthaltenen Personendaten am kompletten VBS-Bestand (und damit auch am Bestand „bedeutsamer Personen“, die von SG und ST festzulegen sind) vorbeigeführt werden.

Das ist MAT A BKA 18(27)1-3, 200, Seite 133 f. Da würde mich jetzt erst mal interessieren, was all die Abkürzungen bedeuten: VBS-Bestand und SG und ST. Würden Sie uns das erläutern?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: ST ist Staatsschutz. SG ist die Sicherungsgruppe; das sind zwei Abteilungen bei uns im Haus. VBS - Vorgangsbearbeitungssystem.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Ja, VBS haben wir schon mal gehabt.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das ist das System, in dem wir zunächst rein administrativ die personenbezogenen Vorgänge erfassen, damit wir sie auch wiederfinden.

Der Grund, warum wir das für nicht zielführend halten, ist auch recht einfach zu erklären: weil wir im Prinzip keine Kriterien haben in unserer



2. Untersuchungsausschuss

Abteilung, was bedeutsam ist und was nicht bedeutsam ist. Wer ist ein VIP, wer kein VIP? Das ist die Diskussion, die wir auch lange geführt haben, nach welchen Kriterien man eigentlich Personen einstufen kann. Letztlich können wir es nur unter dem Strafverfolgungszweck oder dem Schutzauftrag des BKA subsumieren.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Wenn Sie jetzt aber das Vorbeiführen der in den Massenlisten enthaltenen Personen am kompletten VBS-Bestand vorbei fordern: Was heißt das dann genau? Was muss man sich als Laie darunter vorstellen? Also, wie gehen Sie dann tatsächlich mit den Listen um?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, wenn zum Beispiel die Abteilung Staatsschutz eine bedeutsame Person identifiziert hätte, dann wäre es halt wichtig, dass, wenn die Abteilung Staatsschutz diese Person aufruft, im Prinzip auf den gesamten Bestand des BKA mit VBS-Vorgängen, wo diese Personen drin sind, eine Rückmeldung erfolgt, sagt: „Ja, hier ist ein Treffer“, also dass im Prinzip die Abteilung Staatsschutz diese Rückmeldung kriegt: Ja, hier ist ein Treffer zu dieser Person. - Das heißt „vorbeiführen“, weil wir haben ja alle sehr segmentierte, ich sage mal, Datentöpfe, um zu verhindern, dass eben zu viele Informationen zu sehr in die Breite gehen.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Jetzt muss ich aber doch noch mal ganz laienhaft nachfragen: Markieren Sie jetzt bedeutsame Personen, oder tun Sie das gerade nicht, dass Sie sagen: „Nein, machen wir nicht, ist zu schwierig. Wer ist jetzt schon bedeutsam? Wer fühlt sich bedeutsam?“?

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Also, zum damaligen Zeitpunkt haben wir das nicht gemacht. Wir haben keine bedeutsamen Personen. Was wir jetzt diskutieren, ist natürlich: Muss man sich unter Umständen anders in diese Richtung orientieren? Also, das sind jetzt Dinge, die wir versuchen nachzubessern. Aber es ist sehr schwierig. Wir können sicherlich nicht mit VIP-Kriterien arbeiten. Es kann immer nur so sein: Ist eine Person im Strafermittlungsverfahren bedeutsam, also ist sie Täter, Tatverdächtiger, oder hat die Sicherungsgruppe unter ihrem Schutzauftrag eine Per-

son als bedeutsam, weil sie eben den Schutzauftrag für diese Person hat? Also, das ist so die grobe Linie da drin.

Barbara Woltmann (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Okay. - Dann eine letzte Kontrollrunde: Frau Mihalic, Frau Lemke, haben Sie noch eine Frage? - Herr Grötsch? - Da hat sich nichts ergeben. Herr Tempel? - Aha, es hat sich was ergeben.

Frank Tempel (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Ach, Sie haben nur das Mikro angemacht, um Nein zu sagen. Sehr schön. - Die Union ist auch durch? - Okay.

Dann frage ich ganz kurz die Kolleginnen und Kollegen, ob wir Frau Dr. Vogt in einer eingestuftem Sitzung noch befragen müssen. - Okay. Dann habe ich die Freude und das Vergnügen, Sie zu entlassen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Ihnen, Frau Vogt, für Ihre Aussage hier. Sie haben uns weitergeholfen.

Ich darf Sie noch ganz kurz darauf hinweisen: Das Protokoll bekommen Sie, nachdem es fertiggestellt wurde. Dann haben Sie 14 Tage Zeit, sich das durchzuschauen, gegebenenfalls Ergänzungen und Korrekturen anzubringen. Ich bin auch gehalten, Sie noch mal darauf hinzuweisen, dass wir ausdrücklich durch einen Beschluss feststellen, dass Ihre Vernehmung abgeschlossen ist. Dieser Beschluss darf erst ergehen, wenn das Protokoll erstellt wurde, 14 Tage vergangen sind usw. Das gehört ja auch zur ordentlichen Durchführung hier dazu.

Wir danken Ihnen für Ihr Kommen. Noch einen schönen Restabend, sofern Sie einen haben in Berlin. Wir wünschen Ihnen persönlich alles Gute, selbstverständlich auch für Ihre Arbeit im Bundeskriminalamt. Vielen Dank.

Zeugin Dr. Sabine Vogt: Das ist sehr nett. Danke schön.

Vorsitzende Dr. Eva Högl: Wir machen jetzt eine kleine Beratungssitzung, eine Minute. - Bei der



2. Untersuchungsausschuss

Öffentlichkeit darf ich mich bedanken. Alles Weitere ist eingestuft. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir Herrn Hoffmann nicht in öffentlicher Sitzung vernehmen, und gehen direkt in die eingestufte Sitzung. Einen schönen Abend noch.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich: 20.39 Uhr - Folgt
Fortsetzung des Sitzungsteils Beratung, Nicht-öffentlich)

Anlage



Bundeskriminalamt

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
21. Mai 2015
6.19

POSTANSCHRIFT Bundeskriminalamt • 65173 Wiesbaden

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss der 18.
Wahlperiode
- Sekretariat -
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Thaerstraße 11, 65193 Wiesbaden

POSTANSCHRIFT 65173 Wiesbaden

TEL +49(0)611 55-15818

FAX +49(0)611 00-00000

BEARBEITET VON Schiffels, Hans-Dieter

E-MAIL

AZ SO 1 -

DATUM 23.04.2015

BETREFF **Stenografisches Protokoll der öffentlichen Zeugenvernehmung LKD Dieter Schiffels, BKA, in der 30.Sitzung am 04.03.15**

BEZUG Ihr Schreiben vom 13.04.2015, Geschäftszeichen: PA 27 - 5452

ANLAGEN


Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Protokoll meiner Zeugenvernehmung habe ich einen Änderungswunsch:

- Seite 39, linke Spalte, 14. Zeile: streiche „schlicht mahnendes“; setze „pflichtmah- nendes“ (offensichtlicher Hörfehler).

Ansonsten stimme ich dem Protokoll ohne weitere Änderungswünsche zu.

Mit freundlichen Grüßen


Dieter Schiffels
Leitender Kriminaldirektor



ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT: BKA, Thaerstraße 11, 65193 Wiesbaden

ÜBERWEISUNGSEMPFÄNGER: Bundeskasse Trier

BANKVERBINDUNG: Deutsche Bundesbank
Filiale Saarbrücken (BBk Saarbrücken)
BIC MARKDEF1590
IBAN DE81 5900 0000 0059 0010 20